

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Betriebs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgezeigte Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Verord-
 nungen und Verfammlungen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 27. September 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Proletarische Lebenshaltung und Brotwucher.

Je klarer man sich in allen Kreisen darüber wird, daß es den Agrariern bei ihrem Wuchertarif nur darauf ankommt, eine Periode der ungeheuerlichsten Lebensmittelpreiserhöhung anzubahnen, desto mehr Untersuchungen werden auch über die Frage angestellt, ob das Volk überhaupt im Stande sei, eine neuerliche Preissteigerung der Lebensmittel zu tragen. Eben erst hat der Landwirtschaftsprofessor E. Zeisewitz in München in einer sehr eingehenden, auch an dieser Stelle besprochenen Arbeit, die Frage verneint. Ein anderer Münchener Nationalökonom, Paul Wombert, hat im Verlage von Fischer in Jena eine Schrift veröffentlicht, in der er genaue Zahlen über die Stärke der Belastung der deutschen Arbeiterklasse durch die geplanten Wucherzölle giebt. Noch schärfer zeigen sich die schrecklichen Zustände, in welche die deutsche Arbeiterklasse gelangen müßte, wenn den Agrariern ihre Zollpläne gälgen, in den von den Arbeitern nahestehender Seite veröffentlichten Untersuchungen.

Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker hat über die Wohnungs- und Lebensmittelpreise in den Jahren 1896 und 1900 Erhebungen veranstaltet. Es hat sich hierbei mit Fragebogen an 500 Gemeinden gewendet und von 388 Antworten erhalten. Die Resultate der Erhebung können demnach sowohl auf Zuverlässigkeit als auf Objektivität Anspruch erheben. Die Zahlen beweisen zugleich, wie wenig Vorteil die Arbeiter von der Prosperitätsperiode gehabt haben; die Erhöhung der Lebensmittelpreise und der Wohnungsmieten hat den ganzen Mehrerwerb infolge der besseren Beschäftigung aufgefangt.

Nach der Erhebung der Buchdrucker sind die Detailpreise der Lebensmittel in Deutschland gestiegen, gefallen oder gleich geblieben in folgenden Orten:

	gestiegen	gefallen	gleich geblieben
Rindfleisch	168	49	160
Schweinefleisch	247	16	123
Kalbsteisch	943	15	126
Dammelfleisch	192	43	144
Butter	232	24	129
Schweinefett	155	46	182
Weizenmehl	152	65	165
Roggenmehl	181	16	173
Reis	107	46	230
Kaffee	40	192	145
Zucker	251	15	95
Eier	222	17	141
Kartoffeln	155	101	129
Milch	139	4	234
Lagerbier	21	8	343

Hier wird also ziffernmäßig bestätigt, daß die Preise der wichtigsten Lebensmittel fortgesetzt gestiegen sind. Diese Steigerung war sehr erheblich und betrug nicht selten 10, 20, sogar 40 Pfennige pro Kilogramm. Wenn dem auch entgegen gehalten werden kann, daß in einer Anzahl anderer Orte die Lebensmittelpreise gleich geblieben sind, so würde sicher eine einfache geographische Ordnung der Orte zeigen, daß von der beträchtlichen Preissteigerung der Lebensmittel gerade jene Orte betroffen worden sind, die in den Industriezentren liegen, und nach denen während der Jahre der Prosperität der Zustrom der Arbeiter sich gerichtet hatte. Die Arbeiter sind also in erster Linie von der Preissteigerung betroffen worden. Von welcher Bedeutung aber die Preissteigerung des Fleisches auch nur um 10 Pfennige für das Kilogramm für den Arbeiterhaushalt ist, zeigen uns die „Haushaltsrechnungen Nürnberger Arbeiter“, die im Selbstverlag des Nürnberger Arbeitersekretariats erschienen sind. Hiernach verzehret im Durchschnitt jährlich eine Familie von

	Rind-	Schweine-	Kalb-	Dammelf-	Zusammen
	fleisch	fleisch	fleisch	fleisch	fleisch
2 Köpfe	79,73	28,23	8,40	0,30	116,67
3 "	50,74	15,56	9,57	1,17	77,84
4 "	29,04	14,89	4,30	3,45	40,87
5 "	74,45	19,95	13,06	4,13	112,19
6 "	52,58	21,60	—	0,50	74,68
7 "	38,57	21,08	0,68	3,22	70,54
8 "	48,10	14,45	5,90	0,50	68,25
10 "	49,13	35,75	4,15	7,55	96,58
Durchschnitt	58,93	20,49	9,43	2,68	91,53

Das Arbeitereinkommen ist aber neben der Preissteigerung der Lebensmittel ganz besonders durch die Steigerung der Wohnungsmieten belastet. Es geht dies schlagend hervor aus einer Arbeiterstatistik, welche die deutschen Gewerksvereine herausgegeben haben. Danach betrug die Wohnungsmiete im Verhältnis zum Jahreseinkommen der befragten Arbeiter:

Orte:	Jahres-Einkommen	davon für Miete Proz.
Wien	600—1100	32
Köln	700—850	19
Warschau	700—1000	29
Wien	800—1200	24
London	800	21
Frankfurt a. O.	825	23
Berlin	900	20
Budapest	900—1000	21
Halle	900—1000	20
Dresden	950—1050	31,5
Leipzig	1000	24
München	1000—1100	30
Nürnberg a. Rh.	1100—1200	25
Laar a. Rh.	1200—1350	17
Mannheim	1200	30
Hamburg	1400—1600	29

Diese Angaben weisen auf eine erschreckend hohe Inanspruchnahme des Arbeitereinkommens durch die Wohnungsmiete hin. Was bleibt einem solchen Arbeiter übrig für die Befreiung der dringendsten Lebensbedürfnisse, und wie sollen sich erst die Verhältnisse gestalten, wenn es den Agrariern gelingt, die Lebensmittelpreise noch mehr in die Höhe zu treiben?

Dabei trifft die Krise in ihrem weiteren Verlaufe die Arbeiterklasse immer furchtbarer. Im deutschen Bergbau sind die Feiertage schon wochenweise eingelegt; Lohnabzüge, Betriebseinschränkungen, Arbeiterentlassungen sind an der Tagesordnung. Die industriellen Werke liegen daneben; in Berlin, München, Mannheim, Stuttgart, Breslau, Köln, Chemnitz, Leipzig, überall liest man von Massenentlassungen in der Metall-, Maschinen-, Textil- und Holzindustrie. Preussische Behörden haben bereits die bezeichnende Aufforderung erlassen, der Instandhaltung der Verpflegungslagern erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sie rechnen also mit einem Anwachsen des Proletariats der Landstraße. Wirklich zeigt denn auch die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens, die Zunahme der Konkurse, der Zusammenbruch der Schwindlegierungen mit Millionenverlusten, der Niedergang des Abfahrs, die Störung aller Geschäfte, daß die Behauptungen der kapitalistischen Presse: den schlimmsten Teil der Krise hätten wir hinter uns, gründlich falsch war. Die Krise vertieft sich und trifft mit furchtbaren Schlägen das Proletariat.

Wenn nun in solcher Zeit die agrarischen Brot- und Fleischverteuerer daran gehen, eine ungeheuerliche Verteuerung aller Lebensmittel mittels des neuen Zolltarifs durchzusetzen, muß dies für die deutsche Arbeiterklasse furchtbare Folgen haben. Die Löhne werden für absehbare Zeit nicht bloß nicht mehr steigen, sondern, sofern das Angebot der Beschäftigung begehrenden Hände durch die umfangreiche Arbeitslosigkeit sich mehrt, wieder herabgedrückt werden. Ist schon heute das Arbeitereinkommen durch die Höhe der Lebensmittelpreise und der Wohnungsmieten schwer belastet, so muß dies für die Zukunft geradezu unerträglich werden.

Diese Erkenntnis haben heute nicht bloß die Arbeiter selbst, auch die statistischen Untersuchungen von bürgerlicher Seite kommen zu dem gleichen Resultat. Dann aber ist der Kampf gegen das gefährliche Volks-Wuchertum, die Junker, mit unermüdlicher Schärfe zu führen, um die Arbeiterklasse vor Belastungen zu bewahren, die verderblich für sie werden würden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. September.

Der Ablösungswahn des Ommenpaktors.

Pastor Raumann ist angeführt des bevorstehenden national-socialen „Vertretertag“ wieder einmal am „Ablösen“. Erst wollte er die Socialdemokratie ablösen, und auf dieses Ablösungswort verwendete er mehrere Jahre. Nachdem die Ablösung der Socialdemokratie sich aber nur auf dem geduldeten Papier der „Hilfe“ und der national-socialen Parteitag-Protokolle vollziehen lassen wollte, macht sich Herr Raumann jetzt an die Ablösung der anderen Parteien. Die Erfolglosigkeit der Ablösung der Socialdemokratie hat ihn doch die Notwendigkeit bewiesen, die parteipolitische Existenz der National-socialen erst einmal durch Ablösung anderer Parteien zu fristen zu suchen. So legt dem Heuer der Führer des national-socialen Konventikels dem Vertretertag Beiträge über den „Niedergang des Liberalismus in Deutschland“ vor, in denen er die verschiedenen liberalen Parteien als die Todeslandkinder und Erbsäcker der national-socialen Zukunft-Sammel-partei bezeichnet. Wie der Führer die kranken Stämme zum Fällen zeichnet, so zeichnet auch der Pastor Raumann die Parteien, deren morsches Gebäu die National-socialen niederreißen werden, um die große national-liberal-socialen Einheitspartei zusammenzuzimmern.

So stellt dem Herr Raumann folgende Lehrgänge auf:

1. Der socialpolitische, handelspolitische und staatspolitische Fortschritt des deutschen Volkes wird gegenwärtig durch die starke politische Organisation der Agrarier aufgehalten, die es verstanden hat, außer den Konservativen auch die Mehrzahl der National-liberalen und des Centrums in Abhängigkeit zu bringen. Gegenüber dieser agrarischen Organisation ist eine industrialistische politische Organisation der gesamten Linken notwendig, aber durch den Radikalismus der Socialdemokratie und den Niedergang des bürgerlichen Liberalismus bis jetzt verhindert worden.

2. Der Niedergang des bürgerlichen Liberalismus zeigt sich darin, daß er Arbeiter, Großindustrielle und Bauern verloren hat; und zwar beruht dies in folgenden Ursachen:

- a) im Mangel eines einheitlichen gedachten Wirtschaftsprogramms,
- b) in der Unfähigkeit, die sociale und politische Bedeutung der Arbeiterklasse anzuerkennen,
- c) in der Ungenügendheit liberaler Bauernprogramme,
- d) im Mangel an Verständnis für den Machtkampf der Völker und Staaten.

3. Eine Neubildung des Liberalismus in Deutschland kann nur erfolgen, wenn von den bürgerlich-liberalen Elementen die politische Bewegung der Lohnarbeiter als zukünftige Grundlage der liberalen politischen Organisation anerkannt und die Machtpolitik des Deutschen Reiches als Bestandteil liberaler Gesamtpolitik begriffen wird. Beides ist nur möglich auf Grund einer volkswirtschaftlich-industrialischen, antiagrarischen Gesamtanfassung.

5. Der Herbeiführung dieses Zieles dienen innerhalb der Socialdemokratie die Versteinianer, außerhalb derselben die National-socialen, die führenden Kräfte der freisinnigen Vereinigung und gewisse Unterströmungen in den beiden Volksparteien. Diesem Ziele stellt sich am meisten entgegen der marxistische Radikalismus in der Social-

demokratie, der bürgerlich-liberale Doktrinarismus Eugen Richters und die übermächtigen agrarischen Einflüsse bei den National-liberalen.

6. Wir National-socialen haben nach Maßgabe unserer Kräfte die Aufgabe, innerhalb der liberalen Gesamtbewegung die Idee der einheitlichen Organisation von proletarischen und bürgerlichen Elementen zu stärken, und müssen diejenigen Teile des Liberalismus und der Socialdemokratie bekämpfen, die dieser Idee entgegenstehen.

Die National-socialen können sich also wieder in kühnen Welt-eroberungsplänen berauschen und von den vertwegensten Parteikreuzungsprodukten träumen. Der ideale Vorkamp wird freilich so wenig durch die Raumannsche Phantasiezeugung das Licht der Welt erblicken, als der imperialistische Socialismus, für den Raumann geschwärmt hat. Herr Theodor Barth würde sich auch schwerlich mit Herrn Raumann in Intimitäten einlassen, wenn er etwas für die Unerschütterlichkeit seines wadersträmpferischen Freisinnus besäße. Während Herr Raumann den Freisinn des Herrn Barth mit sozialem Öl zu salben und schließlich abzulassen trachtet, läßt ihn Herr Barth gemächlich gewahren, in der nicht ganz unbegründeten Hoffnung, daß Herr Raumann und seine Handvoll Getreuen schließlich noch einmal froh sein müssen, in der freisinnigen Vereinigung eine friedliche Zufluchtsstätte zu finden.

Deutsches Reich.

Handelskammer - Proteste gegen den Zollwucher. Die Handelskammer zu Sierlohn erklärte sich entschieden gegen jede Erhöhung der Getreide- und Lebensmittelpreise, insbesondere auch gegen die in dem § 1, Absatz 2 des Zolltarif-Gesetzes vorgeschlagene gesetzliche Festlegung der Mindestzölle, weil die deutsche Volkswirtschaft dadurch zu sehr belastet und der Abschluß von Handelsverträgen gefährdet oder wahrscheinlich unmöglich gemacht würde.

Auch die Handelskammer zu Hirschberg i. Schl. für die Kreise Hirschberg und Schönan erklärte sich gegen den im neuen Zolltarif-Gesetz vorgesehenen Minimaltarif und gegen jede wesentliche Erhöhung der Zölle auf die notwendigen Lebensmittel, namentlich auf Getreide. Ferner sprach sich die Kammer für die Fortführung der bewährten Politik der langfristigen Handelsverträge aus.

Endlich hat auch die Handelskammer zu Minden eine gegen den Doppeltarif und die Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel, Rohprodukte und Futtermittel gerichtete Erklärung angenommen.

Marineansprüche. Der Marine-Etat für 1902 wird außer den Forderungen für Schiffneubauten auch zwei Titel für Ersatzbauten enthalten, nämlich jene für je einen großen und einen kleinen Kreuzer; diese Forderungen werden sich auch im Etatsjahre 1903 wiederholen. Ferner wird der neue Marine-Etat eine Forderung für das im Dezember vorigen Jahres bei Malaga gesunkene Schulschiff „Gneisenau“ enthalten, wenn diese auch nicht zum Bau eines noch auf Stapel zu legenden Schiffes demütigt werden soll, sondern zum Umbau bereits vorhandener älterer Kreuzer für Schulschiffszwecke.

Die „Germania“ versichert, daß der Reichstag diese Forderungen sehr gründlich auf ihre Dringlichkeit prüfen werde, da die Finanzlage des Reichs die äußerste Sparlichkeit erfordere. Als ob ein solches Sparsparen nach Annahme des Flottengesetzes noch großen Erfolg haben würde. Obendrein pflegt für das Centrum das gründliche Prüfen nur den schärfsten Vorwand zum Sasagen abzugeben.

Geistliche Zartfütterer. Der Verband Deutscher evangelischer Pfarrervereine hat im Romer und Auftrag von mehr als 5000 evangelischen Pfarrern Deutschlands eine Protestkundgebung gegen den Voerentrieg erlassen. Der Protest des christlichen Gewissens“ beschränkt sich darauf, 1. ein Schreiben an den ehrwürdigen Präsidenten Krüger zu schicken zu Trost und Stärkung und mit der Bitte, sein Volk zu ermahnen, auch in Zukunft nicht Böses mit Bösem zu vergelten; 2. eine Zustimmungserklärung zu senden an die englischen Geistlichen, welche ein Zeugnis gegen die ungerechte Kriegsführung vor ihrem Volke abgelegt haben; 3. eine Bitte an untere Gemeinden zu richten, die notleidenden Familien des Voerentrieges auch ferner thätig zu unterstützen; 4. eine Mitteilung an den Reichskanzler einzureichen, daß der Verband der Deutschen evangelischen Pfarrervereine dem Gesuche der Missionskonferenz der Provinz Sachsen, betreffend den Schutz der evangelischen Missionen in Südafrika, beigetreten ist.

Ein etwas kümmerlicher Protest, der sehr gegen die flammenden Kriegserklärungen abtritt, die die nämliche Geistlichkeit gelegentlich gegen die Vertreter abweichender Meinungen zu erlassen pflegt. Der Kampf gegen den Unglauben und Aberglaubige ist natürlich auch viel wichtiger, als der Kampf gegen die unerhörteste Schmach aller alten und neuen Geschichte, der Kampf gegen den legitimierten und „patriotisch“ glorifizierten Massenmord, den Krieg. Die deutsche evangelische Kirche duldet in ihren Reihen keinen Socialdemokraten, aber sie hat nichts dagegen einzuwenden, wenn einer der Ihrigen einen beliebigen Eroberungskrieg als „heiligen“ Krieg verherrlicht!

Die lockere Faust der Marine-Unteroffiziere. Wegen Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung eines untergeordneten Matrosen hatte sich der Vortommant Vork von der 5. Kompanie des Oasen-Schiffs „Friedrich Karl“ vor dem Kriegsgericht der 1. Marine-Inspektion zu Kiel zu verantworten. Vork hatte dem Matrosen Feierabend, der sein Eßgeschloß nicht genügend gereinigt hatte, die Reste des Essens mit der Hand ins Gesicht geschmiert. Einige Tage darauf kam Feierabend zu spät zum Dienst. Vork nahm ihn hierauf mit ins Hellegut und verschloß die Luke. Dann hat er den Untergebenen unter vier Augen „nach allen Regeln der Kunst“, wie der Verteidiger sagte, verhandelt. Er verfehlte ihm einen Schlag ins Gesicht und einen Faustschlag ins Auge, daß es anschwellte. Weitere Schläge folgten, bis dem Matrosen das Blut aus der Nase lief. Als dieser erklärte, er werde die Mißhandlung melden, nannte ihn der Vorgesetzte einen

„feigen Gallanten“. Vor wurde wegen der erwiesenen Mißhandlungen zu einer Strafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt. Da Peterabend sich bei den ihm zu teil gewordenen Mißhandlungen gewehrt hatte, wurde er ebenfalls wegen eines „thätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten“ unter Anklage gestellt. Das Gericht sprach ihn von dieser Anklage zwar frei, da er sich lediglich in Notwehr befunden habe, verurteilte ihn aber wegen Ungehorsamsverletzung, die in einigen von ihm gemachten Redensarten gefunden wurde, zu drei Wochen und drei Tagen strengen Arrest. —

Von der preussischen Gefinde-Ordnung. In der „Schlesischen Zeitung“ ist folgender Bericht über die Verhandlung eines Breslauer Gerichts zu lesen:

Auf einem Dominium im Kreise Neumarkt hatte am 13. Juli cr. die Vorarbeiterin Auguste Rothhaar eine Anzahl deutscher und ungrischer Arbeiterinnen aufgefodert, zur Erzielung höherer Löhne die Arbeit niederzulegen, und die Arbeiterinnen hatten sich dazu bereden lassen. Nun ist aber das Aufreihen ländlicher Arbeiter zu Strafe, durch welche die Arbeitgeber zu Zugeständnissen genötigt werden sollen, durch § 8 des Gesetzes vom 24. April 1854, betreffend die Verletzung der Dienstpflichten des Gefindes und der ländlichen Arbeiter mit Strafe bedroht. Die Vorarbeiterin Rothhaar wurde daher auf Grund dieses Gesetzes unter Anklage gestellt und am Montag von der zweiten Strafkammer zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Die objektiv aufreizenden Wirkungen, die die Anwendung eines solchen Gesetzes auf die Landarbeiter haben muß, werden der Ausbreitung unruher Ideen unter der Landbevölkerung nur förderlich sein. —

Der Triumphzug des Sühneprinzen. Einem Blatte wird aus Köln geschrieben:

Gegenüber der Meldung der „Ostasiatischen Korrespondenz“, Prinz Li-Shun habe aus China eine Aufforderung erhalten, dahin zurückzukehren, sei darauf hingewiesen, daß die plötzliche Verschlebung in der Abwicklung des Reiseprogramms auch noch andern als chinesischen Einflüssen zuzuschreiben ist. General v. Höpfner's Kommando wurde nur bis heute verlängert, während der Prinz beabsichtigt, noch weitere Exkursionen durch Deutschland zu machen. Augenscheinlich wird eine weitere Ausdehnung der Reisen des Prinzen deutscherseits nicht gern gesehen; deshalb unterbleiben auch bei der vorgesehnen Reise die Aufenthalte in Koblenz, trotzdem dort alles für den Empfang des Prinzen vorbereitet war, ferner die Dampferfahrt nach Bingen sowie die von Saarbrücken aus vorgesehnen weiteren Reisen. Die Spazierfahrten des Prinzen drohten zu Triumphzügen auszuwachsen.

Der Sühneprinz hat bekanntlich nachträglich einen hohen deutschen Orden getrieben, so daß es einigermaßen unverständlich wäre, wenn die deutsche Regierung einer schweizerischen Düratanaile nicht das harmlose Vergnügen gönnen wollte, den Sühneprinzen allenthalben wie in Danzig anzuhören. Warum sollte dem ja längst „entführten“ Li-Shun nicht billig sein, was doch seiner Zeit Li-Shung-Tsang recht war. —

Detmold, 26. September. (Fig. Ver.) Der Landtag hat gestern die Wahl eines Genossen Weder-Ordinghausen für gültig erklärt. Dagegen wurde die Wahl des mit 7 Stimmen Majorität gewählten Dr. Neumann-Göfer mit 15 gegen 5 Stimmen für ungültig erklärt. Dr. Neumann-Göfer war als „socialliberal-schillernder Ordnungspartei-Kandidat gegen unsern Genossen Domschke im Wahlkreise Detmold-Hornlage nur gewählt worden, weil in der Wahlzeit zahlreiche Wähler nicht anwesend waren. Es ist zu hoffen, daß bei der Neuwahl unser Parteigenosse siegen wird. —

Der Jar und die elsaß-lothringische Frage. Der „Straßburger Post“ wird über die Auszeichnung eines jungen Elsäfers durch den Jaran gelegentlich der Kaiserzukunft in Danzig das Folgende geschrieben:

Ein Sohn des in Molsheim (Unterelsaß) stationierten Stationsassistenten Jank, der als Matrose auf dem Kaiserliche „Hohenpollern“ dient, hat gelegentlich der Anwesenheit des russischen Kaisers in Danzig von diesem den Verdienstorden dritter Klasse am Bande des Stambulaordens erhalten, wodurch die Eltern in hohe Freude versetzt sind. Der junge Jank, der zur persönlichen Dienstleistung beim Jaran auf dem Schiffe bei Tisch befohlen war, durfte dem Jaran Cigarren reichen, wobei er von diesem gestraft wurde, woher er sei. Auf die Antwort: „Aus dem Elsäß“, sagte der Kaiser: „Da sind Sie wohl ein Franzose!“ Schlagfertig erwiderte Jank: „Rein, Eure Majestät, ich bin ein Deutscher!“ „Nun, dann bleiben Sie als Elsäfer auch immer ein guter Deutscher“ war die Antwort des Jaran. Hieran hatten die Matrosen Einzelwettreden, wobei Jank den ersten Preis erhielt. Jank wurde nun wieder zum Kaiser Nikolaus befohlen, der ihm mit den Worten: „Das ist ja der gute Deutscher“, den Orden persönlich übergab, mit der Ermahnung: „Tragen Sie ihn stets in Ehren!“

Die französischen Spiesher, die, vor dem Jaran auf dem Bauche rutschend, nach „Revanche“ schreien, verdienen in der That, daß die Sache wahr ist! —

Die sächsischen Landtagswahlen haben am Mittwoch mit den Wahlen der Wahlmänner der dritten Klasse begonnen. In den Wahlkreisen Leipzig II und Leipzig IV gingen die Listen unserer Parteigenossen durch. Nur acht Wahlmänner im 2. Kreise gehören der vereinigten „Ordnung“ an. Die Wahlbeteiligung betrug rund 50 Proz.

Im zweiten Wahlkreise Chemnitz wurden sämtliche Wahlmänner in der dritten Klasse gewählt. Wir haben 4/5 der Stimmen erhalten.

In Delsnig gingen gleichfalls sämtliche socialdemokratischen Wahlmänner in der dritten Klasse siegreich aus der Wahl hervor.

Im 2. Kreise der Stadt Dresden wurden 119 socialdemokratische und 12 gegnerische Wahlmänner gewählt.

Den Ausschlag geben natürlich die Wahlen in der zweiten Klasse, die am Donnerstag stattfanden, über die aber noch keinerlei Nachrichten vorliegen. —

Ausland.

Frankreich.

Nachklänge vom Jarenbesuch.

Paris, 25. September. (Fig. Ver.) Einen interessanten Nachklang zum Jarenbesuch bildet der Konflikt zwischen dem socialistischen Bürgermeister von Ville, Delory, und dem Präfekten. Dieser hatte, wie schon kurz gemeldet, namens der Regierung dem Bürgermeister befohlen, anlässlich des Jarenbesuchs die städtischen Gebäude besetzen zu lassen. Genosse Delory wie — so weit bekannt — die andern socialistischen Bürgermeister ließen die Gebäude unbefasst. Der Präfekt nahm sich nun heraus, unsern Genossen in einer der Öffentlichkeit übergebenen Depesche mit dem Urteil der patriotischen enttäuschten Wählerschaft zu drohen! Der Fall war ja für ein „franko-russisches“ Herz und eine Soeben mit einem Jarenorden verzierte Präfektenstirn desto empörender, als die Stadt Ville den ehrenden Hochgenuss hatte, den Jarenzug an ihrem Bahnhof vorbeifahren zu sehen. —

Genosse Delory antwortet nun dem vorlauten Präfekten mit seiner besten Feder. Zunächst verweist er darauf, daß der Präfekt gar kein gesetzliches Recht hatte, seinen Befehl zu erteilen. Kroft des Munizipalgesetzes (das ja leider 1854, also vor der Jarenfreundschaft erlassen wurde) sind die Bürgermeister nur zur Besetzung am Nationalfest, den 14. Juli, verpflichtet. Also, schreibt Delory, könne der Präfekt gar nicht von der „Strenge des Gesetzes“ sprechen, die er angeblich nicht anwenden wolle. Was aber das Urteil der Wählerschaft anbelangt, so erinnert Delory, daß 1896 während des ersten Jarenbesuchs die gegenwärtige socialistische und radikale Mehrheit einen reaktionären Quidigungsantrag an den Jaran

abgelehnt hatte, was aber ihrer Wiederwahl nicht geschadet, während die Jarenwähler in den Wahlen 1900 unterlagen. Der Brief schließt mit den Worten: „So haben die Einwohner der von mir verwalteten großen Stadt geurteilt und — nach der Richts-Ilagung der Privathäuser zu schließen — habe ich allen Grund zu glauben, daß sie ihre Meinung nicht geändert haben. Das genügt mir, um unter Mißachtung Ihrer mir gleichgültigen persönlichen Beurteilung nicht zu bedauern, die Rahmen einer republikanischen und socialistischen Stadt in den Dienst der Apotheose eines Jaren nicht gestellt und sie für den Tag vorbehalten zu haben, da das russische Volk vom abfälligen Joch befreit sein wird, unter welchem es bisher noch gebeugt ist.“

Nun wird wohl die Hege in der patriotischen Presse gegen den tapferen Genossen losgehen. Umso mehr, als gerade jetzt zwei andere Bürgermeister in verschiedener Weise die Öffentlichkeit beschäftigen. Der nationalistische Maire von Meisel, Dr. Lefranc, ist von der Regierung abgesetzt worden wegen beleidigender Äußerungen gegen den Kriegsminister während der Manöver, und zwar im Gespräch mit fremden Offizieren. Ferner kam die patriotische Presse die würdige Haltung des Antiradikalen Bürgermeisters von Reims, Arnould, nicht verdonen, der beim Jarenempfang im Stadthaus den Jaren geflüßlich nicht mit Majestät anredete, sondern zu ihm demokratisch in der zweiten Person sprach. Noch vor Delory's Antwort entrückten sich die „franko-russischen“ Patrioten, daß die Regierung den Nationalisten Lefranc absetzte, nicht aber den Socialisten Delory, von Arnould schon gar nicht zu sprechen. Jetzt aber, nachdem Delory die Jarenmajestät direkt beleidigt, werden die Patrioten gewiß auf seine Absetzung dringen. Da darf man mit einigem Interesse der weiteren Entwicklung des Zwischenfalles und namentlich dem Verhalten der Regierung entgegensehen. —

Die Kommunalwahlen (Stichwahlen) in Saint-Lucien (Frankreich), welche am vergangenen Sonntag stattfanden, sind wie erwarten zu Ungunsten der socialistischen Liste ausgefallen. Nachdem in der Hauptwahl die socialistischen Kandidaten zusammen 1900, die Gegner 1600 Stimmen erhalten hatten, und nachdem zwischen den beiden Gruppen für die Stichwahl eine Verständigung erzielt war, hätte der Sieg ihnen zufallen müssen. In der „Petite République“ wird auch berichtet, daß die Socialisten alle ihre Pflicht gethan und zur Wahl gegangen seien. Trotzdem erhielt die reaktionäre Liste 2001, die socialistische Liste nur 1687 Stimmen. Der Sieg der ersteren ist herbeigeführt worden durch Fälschungen, bei deren Ausführung der gegenwärtige nationalistische Maire ertrappt worden ist. —

Asien.

Jur Sühneaktion in Japan. Ein Telegramm der „Times“ aus Tokio enthält den Wortlaut des vom Kaiser von China an den Kaiser von Japan gerichteten Entschuldigungs-Schreibens. Der Kaiser von China giebt hierin seinem tiefsten Bedauern Ausdruck, daß der japanische Gesandtschaftssekretär Sugihama ein Opfer des wilden Ausbruchs der Leidenschaft geworden sei, zu dem sich Soldaten und Zivilisten in Peking hinreißen ließen, als die Vögel plötzlich in die chinesische Hauptstadt eingedrungen waren. Die Entordnung Sugihamas habe nicht verhindert werden können, da die Unruhen ganz plötzlich und unerwartet ausgebrochen seien. In dem Schreiben heißt es dann weiter, wenn die allgemeine Sachlage im äußersten Orient unangenehm geblieben sei, so sei dies der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit zu verdanken, deren sich der Kaiser von Japan bei den Beratungen der Mächte bewußt habe. Der Abgesandte des Kaisers von China habe daher den Auftrag erhalten, dem Kaiser von Japan seinen aufrichtigen Dank zum Ausdruck zu bringen. Der Kaiser von Japan sprach in seiner Antwort auf dieses Schreiben die Ueberzeugung aus, daß die Beziehungen beider Länder in Zukunft immer enger werden, und gab der ersten Hoffnung Ausdruck, daß der Friede in Asien durch das vom Kaiser von China zu erwartende große Reformwerk dauernd gesichert werde. —

Parteitag

der deutschen Socialdemokratie.

(Schluß aus der 2. Vellage.)

Den Antrag 114 begründet

Fischer-Berlin:

Auf den Antrag 114, der ja eine ganze Reihe von Unterschriften gefunden hat, können sich alle Delegirten vereinen. Er erwidert es namentlich den Beschwerdeführern, sich auf unsern Vorden zu stellen; denn in der Sache, um die es sich für sie handelt, bekommen sie alle Aktionsfreiheit, die sie haben müssen. Diese Resolution ist eine Art Verständigung zwischen allen denen, denen es in dieser Frage um nichts anderes zu thun ist, als um das Wohl der Partei und das Wohl der Gewerkschaften, und die es für eine der ersten Aufgaben des Parteitages bei der Verhandlung dieser Frage halten, daß über die Stellung der Partei zur Gewerkschaft, über die Einigung der Auffassung der Partei in politischen und gewerkschaftlichen Fragen mit der Gewerkschaft gar kein Streit mehr entrenten kann. Wir haben bisher leider wiederholt die Wahrnehmung gemacht, daß man über Dinge gesprochen hat, über die gar keine Meinungsdivergenz bestehen kann (Sehr richtig!) über grundsätzliche Fragen der Partei und Gewerkschaft. Unsere Resolution geht von dem Gesichtspunkt aus, abermals klar zu stellen, daß bei aller Selbstständigkeit der gewerkschaftlichen und der politischen Bewegung, in der Grundausfassung der Dinge, in der Frage des Zusammenarbeitens gar keine Differenz besteht.

Der Antrag 1 erklärt, daß der Parteitag als der Vertreter der politischen Organisation der Arbeiterklasse mit der Vertretung der auf dem Boden des wirtschaftlichen Klassenkampfes organisierten Arbeiterklasse übereinstimmt in der rückhaltlosen Beurteilung des Streikbruchs. Es ist zwar niemals darüber in der Partei ein Streit gewesen; aber wir haben in neuerer Zeit, und zwar aus Anlaß dieses Falles, in einem ganzen Teil der „Gewerkschaftlichen“ Presse, vor allem im Centralblatt der General-Kommission, immer wieder die Behauptung gelesen, daß die Partei einen Schutzwall bilden solle für die Streikbrecher. Da steht im Centralblatt: „Es ist noch nicht lange her, als die Hamburger Parteivereine von den gewerkschaftlich organisierten als Unterschluß für alle Wäglichen betrachtet wurden, diesen Auf, den man jetzt mit Recht aus Unterschluß für Streikbrecher ausdehnen darf.“ Demgegenüber erklärt der Parteitag in dem ersten Satz der Resolution in Uebereinstimmung mit der von Anbeginn an vertretenen Auffassung, daß er mit der Gewerkschaft übereinstimmt in der Beurteilung des Streikbruchs.

In Punkt zwei erklären wir weiter, daß es selbstverständlich das Recht der Gewerkschaft sein muß, den Streikbruch mit aller Energie zu bekämpfen; aber die Art und Weise, wie sie mit ihren Erwerbsgenossen verfahren, welche Mittel sie anwenden, das muß in erster Linie den Gewerkschaften selber überlassen bleiben. Die Thatsache selber, daß die Partei mit der Gewerkschaft darin einer Meinung ist, daß es unverträglich mit der Organisation sei, Streikbrecher zu dulden, und es giebt niemand mehr, der auch nur mit dem Schein der Wahrheit oder unter Annahme eines Mißverständnisses behaupten kann, daß in dieser Frage zwischen Gewerkschaft und Partei ein Gegensatz bestehe.

Die Resolution erteilt nun in Punkt drei — und das bitte ich namentlich die Vertreter der Gewerkschaften zu beachten — den Gewerkschaften für ihre Thätigkeit in den wirtschaftlichen Kämpfen absolute Souveränität. Wenn jetzt solche Einzelfälle vor die Partei gebracht werden, dann muß das Schiedsgericht in jedem Fall die Einzelheit prüfen. Aus diesem Dilemma, das die Gewerkschaft unserer Ansicht gar nicht vertragen kann, hilft unsre Resolution heraus. Genau so wie in Parteilämpfen, können auch in gewerkschaftlichen Streitigkeiten vorkommen, die in der Organisation selbst sich ausgleichen können, aber sofort wird die Frage zu einer principiellen, sobald eine außerhalb stehende Organisation die Sache in die Hand bekommt.

Also die ganze Aktionsfreiheit der Gewerkschaften steht in Frage! Die Frage ist aber vollkommen gelöst im Punkt drei der Resolution, im Interesse der Gewerkschaft wie in dem der Partei. Selbstverständlich wird darin auch nur ausgesprochen, was seit Jahr und Tag Unus in der Partei ist. Die Partei hat nie beansprucht, in die Angelegenheiten der Gewerkschaften hineinzugreifen oder als Schiedsrichter für die Gewerkschaften sich aufzuplayen.

Nun komme ich zu dem Punkte, bei dem die Meinungen auseinandergehen. Ueber die ersten drei Punkte sind schließlich auch die streitenden Parteien einig, auseinander gehen sie nur in dem Punkte, wo der Parteitag Stellung nehmen soll zu dem Schiedsgericht. Wir erklären, daß das Schiedsgericht nach dem Wortlaut des Parteibeschlusses und dem vorgelegten Material nicht anders hat urteilen können. Als Parteitag können wir in die Einzelheiten des vorgebrachten Materials nicht eingehen. Es ist ganz unumgänglich, daß eine Körperlichkeit von 200 bis 300 Genossen das Beweismaterial prüft. Der Parteitag kann ein Urteil nur fällen über die allgemeine Grenzlinie in den Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Partei, und nur darüber, ob das Material, das in dem Schiedsgericht, der Begründung vorliegt, durch die Ausführungen hier bekämpft worden ist oder nicht. Eine Specialuntersuchung kann nur durch eine Kommission erfolgen und auch nur dann, wenn irgend eine Thatsache bisher vorgebracht wäre, die darlegte, daß das Schiedsgericht sich materiell oder formell geirrt hat.

Das können wir nicht. Wir können aber auch schon deshalb den Schiedsgericht nicht aufheben, weil damit alle die Behauptungen gleichsam sanktioniert würden, die in der einseitigsten, gebüßlichsten, unrichtigsten Weise gegen die Schiedsrichter erhoben worden sind. Nichts ist vorgebracht, was den Schiedsgericht auch nur in einem Teile erschüttern könnte, und darum muß der Parteitag, um künftigen Treibereien vorzubeugen, das konstatieren.

Dagegen kommen wir den Wünschen des großen Maurerverbandes insoweit entgegen, daß wir sagen, wir wollen Euch die Mittel und Wege angeben, wie Ihr die Hilfe der Partei in Eurem Kampf gegen disciplinbrüchige Mitglieder beanspruchen und benutzen könnt. Denn wir fühlen es mit den Hamburger Maurern, daß es einfach ein unerträgliches Joch ist, daß sie gezwungen sein sollen, mit Leuten, die in gewerkschaftlicher Beziehung gegen das erste Gesetz der Organisation gesündigt haben, mit denen sie Tag für Tag in ihrem wirtschaftlichen Kampf in Töbfeindlichkeit leben, in derselben Organisation für den gemeinsamen Klassenkampf zu sein. Ich stimme nicht mit Molkenbue überein, der glaubt, der Wunsch der Hamburger Accordmurer habe nicht erfüllt werden können ohne Einsetzung eines Schiedsgerichts. Freilich, so wie die Hamburger Maurer es wollten, konnte es von den Hamburger Wahlvereinen nicht gemacht werden: denn ein Wahlverein kann nicht aus der Gesamtpartei ausschließen. Und deshalb sagen wir in Punkt 3 unserer Resolution, daß die Partei nicht im allgemeinen in jedem Streitfall zu den Beschlüssen der Gewerkschaften über ihre Organisation und Taktik Stellung nehmen kann. Aber das Recht der Organisation auf Selbstbehaltung, das Recht darauf, ihre Bestrebungen durchzuführen, muß den gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen gewahrt bleiben, um innerhalb der Partei Ordnung zu schaffen. Wäre in Hamburg von vornherein nur der Ausschluß aus den Wahlvereinen beantragt worden, dann wäre die Frage auch von vornherein anders entschieden worden. Aber dieser Antrag ist nicht gestellt worden, und so sind wir in die Schwierigkeiten hineingekommen. Unsere Aufgabe war es nun, einen Weg zu finden, um den gewerkschaftlichen Ansprüchen zu genügen und das Parteiinteresse zu wahren. Wir schlugen deshalb in der Resolution vor, es den örtlichen Partei-Organisationen zu überlassen, darüber zu entscheiden, ob sie in derartigen Streitfällen eingreifen wollen oder nicht. Dadurch haben die Hamburger die Möglichkeit, die Accordmurer aus den Vereinen auszuschließen oder so lange zu suspendieren, als sie in ihrem Widerstand gegen den Centralverband beharren. Damit ist dem Maurerverband gegeben was er will. Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern, denen es um den Frieden und nur um den Frieden zu thun ist, werden unsre Resolution zustimmen. Mit ihr können wir den Streitfall so erledigen, daß wir alle Rechte der Partei und alle Rechte der Gewerkschaften hüten. (Bravo!)

Vernein

begründet den Antrag 102. Ich muß dagegen Verwahrung einlegen, daß mein Antrag ein Einerseits-Andrerseits-Antrag ist; er ist ganz bestimmt gefaßt, und er behält seine Berechtigung auch dann, wenn irgend einer der andern Anträge bereits angenommen ist. Er ist vor allem eine notwendige Ergänzung des Antrages Fischer, dem ich durchaus zustimmen kann unter der Voraussetzung, daß dann auch mein Antrag angenommen wird, der die Anerkennung des Rechts der Gewerkschaften und der Pflicht der Partei, dies Recht hochzuhalten, statuiert. Es handelt sich nicht nur um einen einzigen Fall, sondern es handelt sich auch darum, späteren ähnlichen Konflikten vorzubeugen. Aber hat gestern irgend vor der Möglichkeit eines Bundes v. Ein-Kaumann-v. Verlesch. Ich halte die Gefahr, die der Arbeiterbewegung von Kaumann und von Verlesch droht, für außerordentlich gering; aber wenn sie existiert, so könnte sie durch einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften oder auch nur durch die Aufassung eines solchen Gegensatzes höchstens eine Förderung erfahren. Es handelt sich hier um ein Lebensprincip der Gewerkschaftsbewegung, um die einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in eine Organisation. Ich will über die kleinen gewerkschaftlichen Organisationen durchaus nicht den Stab brechen, wir wollen sie auch nicht in die großen Organisationen mit Gewalt hineintreiben, wir wollen aber dahin wirken, daß sie hineinkommen, und ich hoffe, die Zeit wird nicht fern sein, wo die kleinen Organisationen eingesehen haben, daß es ihre Pflicht ist, in die großen Verbände einzutreten. Ich bin nicht der Meinung, daß der Schiedsgericht mit Gewalt desavouiert werden soll. Wenn zwei Instanzen der Partei, die nach ihrer Zusammensetzung alle Wahrscheinlichkeit geben, daß die verschiedensten Anschauungen da zur Geltung kommen, das gleiche Urteil fällen, so ist es nur klar und vernünftig, ihnen zuzugestehen, daß sie nach Lage der Dinge, nach dem Wortlaut des Statuts, nicht anders handeln konnten. Das Parteitag schreibt als Vorbedingung für den Ausschluß eine ebriole Handlung vor, der Begriff „ebriole“ ist definierbar, deshalb habe ich ihn in meinem Antrag ganz fortgelassen und nur den Grundsatz der Einheitlichkeit des Kampfes aufgestellt und gesagt, wo dagegen gesündigt wird, sollen die örtlichen Organisationen berechtigt sein, wenn sie es nach Lage der Dinge für nötig halten, die Sonderbänder, so lange sie Sonderbänder treiben, auszuschließen. Dies Princip können Sie anerkennen, Sie binden damit die Partei nicht und sagen andererseits den Gewerkschaften, daß die Partei die fundamentalen Grundbedingungen ihres Kampfes anerkennt und sie anrecht zu erhalten entschlossen ist. Die Socialdemokratie ist die Partei der Arbeiterbewegung, sie steht allen Elementen der Arbeiterbewegung mit dem Gehilf gegenüber: Was dem Kleinsten unter Euch passiert, das passiert auch uns. Und darum müssen wir vor allem aufrecht erhalten den Grundsatz, den ich in meiner Resolution zum Ausdruck gebracht habe. Ich bitte Sie dringend, für welche Resolution Sie sich auch entscheiden, doch noch meiner Resolution zuzustimmen, die geeignet ist, die Lücke zwischen den andern auszufüllen und jedes Mißverständnis, das über den Geist der Resolution Fischer entstehen könnte, auszuklären.

Die Diskussion wird eröffnet.

v. Rossinski-Bandbed:

Im Auftrag sämtlicher Schiedsrichter habe ich folgende Erklärung zu verlesen:

Die unterzeichneten Mitglieder des Schiedsgerichts in Sachen der Accordmurer erklären hierdurch, daß sie sich bezüglich des Schiedsgerichts nach wie vor mit dem Genossen Kuer solidarisch fühlen, wie sie ja auch ihre Entscheidung nach eigenem Gewissen und durchaus unbeeinträchtigt gefaßt haben. Hamburg, 23. September 1901. F. Biehl, Bandbed, 2. Grünwaldt, L. Landholt, B. Bild, Fr. Evers, H. Osfeld, Paul Hoffmann und von Rossinski.

Ich wundere mich, in welcher Weise man über die Schiedsrichter hergezogen ist, nicht seitens der Anwesenden, denn die sind zu schlau dazu. Wir sind nicht von Kuer hypnotisiert worden, wir müssen uns gegen eine solche Auffassung verwehren. Ich habe

weiter zu erklären, daß ich mit zu dem Genossen Schmed gegangen bin und ihm ein Material ersucht habe; er hat mir dann den Brief geschickt, und ich habe mich für verpflichtet gehalten, ihn Auer zu überreichen. Sie sehen also, wir kämpfen mit durchaus loyalen Mitteln. Wir Schiedsrichter waren uns von vornherein klar, daß, wenn Streikbruch vorliegt, der Ausschluß ausgesprochen werden muß; ich selbst habe den Genossen Kober ersucht, uns nachzuweisen, wo ein Streikbruch begangen ist. Paprolou meinte: es sei doch ganz selbstverständlich, daß Streikbruch vorliegt, aber eine Behauptung wird doch dadurch nicht wahr, daß man sie wiederholt. Ein Beweis dafür ist nichtbracht, und auch Bömelburg, dessen Kampfesweise sich vor der anderer Genossen in Hamburg rühmlichst ausgezeichnet, hat gestern keinen Nachweis geführt.

Singer: Ihre Redezeit ist abgelaufen, ich bitte Sie, zum Schluß zu kommen.

Mosbly: Ich bin ja noch nicht über die Einleitung hinaus. Der Weg, den die Resolution 114 angeht, ist nicht klar; z. B. für einen Fall, wie den von Dittensen, ist nichts damit zu machen. Wir müssen uns auf eine Resolution einigen, die volle Klarheit schafft. Darum bitte ich Sie dringend im Interesse der Sache.

Frau Rich-Hamburg:

Ich denke, es ist selbstverständlich, daß der Parteitag bemächtigt ist, in dieser Frage eine Lösung zu finden, die im allgemeinen Interesse steht. Ich habe die Resolution 113 nicht unterzeichnet, um wie Auer sagt, den Mißbrauch anzutreten, sondern um eine Basis zu finden, auf der eine Verständigung möglich ist. Gewiß ist in Hamburg und in der Presse im Ton gesündigt worden; aber die organisierten Arbeiter können das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen, wie es gestern die Akademiker getan haben. Man muß den Ton mindestens entschuldigen. Soweit Unterstellungen vorgekommen sind, behaupte ich sie; ich bin überzeugt davon, daß die Mitglieder des Schiedsgerichts und die Controlleure vom besten Willen befeuert waren. Es ist den Maurern, die Parteigenossen sind, nachzuführen, wenn sie mit den Accordmännern nicht in der Partei zusammenarbeiten wollen. Wer hier gegen die vitalen Interessen der Arbeiterbewegung verfährt, kann nicht innerhalb der Organisation mit uns für die endgültige Befreiung des Proletariats kämpfen. Das liegt auf der Hand. Die entscheidende Frage ist: Liegt ein Streikbruch vor oder nicht. Und da müssen wir fragen: 1. Ist der Maurerverband die offizielle Vertretung der Maurer? Die Antwort kann nur Ja sein. 2. Ist der Maurerverband berechtigt, Verträge mit den Unternehmern abzuschließen? Auch hier kann nur mit Ja geantwortet werden. 3. Enthält der zwischen dem Maurerverbande mit der Hamburger Bauhütte abgeschlossene Vertrag einen Posten, der gegen die Grundzüge der Klassenbewußtsein Arbeiterklasse verstößt? Hier lautet die Antwort: Nein. 4. Hat die Organisation der Maurer nicht mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß der Tarifvertrag gehalten wird. Das hat auch Auer mit Ja beantwortet. Wenn der Verband im Rechte ist und von seinem Rechte Gebrauch macht, und wenn dann festgestellt wird, daß die Accordmänner gegen diese Abmachung verstoßen, dann muß man weiter schließen: Hier liegt ein Disziplinbruch vor. (Sehr richtig!) In der entscheidenden Maurerverammlung haben die Accordmänner opponiert. Als Demokraten hatten sie sich der Mehrheit zu fügen. Sie sind nicht Demokraten und auch das soziale Gefühl ist ihnen abzusprechen, da sie nur von egoistischen Gefühlen geleitet worden sind. Wir müssen deshalb unbedingt erklären: Es war berechtigt, daß der Maurer-Verband über jene Bauten die Sperre verhängt hat. Ist aber die Sperre zu Recht verhängt worden, dann liegt ein Streikbruch vor, ein Streikbruch vor und damit auch eine ehrlöse Handlung. Im Parteistatut wird kein Unterschied gemacht zwischen einer ehrlösen Handlung, die jemand als politischer Genosse, als Privatperson, oder als Gewerkschaftler begeht, sondern von einer ehrlösen Handlung schlechthin ist die Rede. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Dr. Quard-Frankfurt a. M.:

Auch die nicht von Auer Angegriffenen hat es peinlich berührt, daß er in seinem Referat herabgewürdigte Gewerkschaftsführer in dieser Weise angegriffen hat; sein Referat war nicht zur Einigung angeht, sondern zur Erweiterung der Kluft. (Sehr richtig!) Die feinen Unterschiede zwischen Ehrlösigkeit, Streikbruch usw. versteht die Arbeiterklasse gar nicht, ihre Einheit besteht in der einheitlichen Auffassung von Wesen des Klassenkampfes. An der Spitze des Tarifvertrags in Hamburg steht das Verbot der Accordarbeit, und in dem Augenblick, wo die Accordmänner dagegen handeln, begreifen sie nach Ansicht der Arbeiter etwas, das das Prinzip des Klassenkampfes verletzt. (Sehr wahr!) Das ist das Entscheidende. Ich habe persönlich Erfahrungen bei den Accordmännern eingezogen und gefunden, daß sie zwar sehr gute Menschen, aber schlechte Maschinen im Gewerkschaftskampf sind. Das A und O ihrer Antwort ist immer: Wir können nicht mit dem geringen Zeitlohn auskommen, wir müssen im Interesse unserer Familien in Accord arbeiten. In formeller Hinsicht ist der ganze Streit darauf zurückzuführen, daß wir in Mainz den Centralisationsbestrebungen des Parteivorstandes zu sehr nachgegeben haben. Heben Sie den Schiedspruch auf und verweisen Sie die Sache an die Hamburger Wahlvereine zurück! Es handelt sich um die Hochhaltung des einheitlichen Klassenkampfprinzips für die Partei und die Gewerkschaften. (Bravo!)

Hoch-Honau:

Auch ich bedauere, daß das Referat von Auer sich zum großen Teil nicht mit der Sache, sondern mit Personen beschäftigt hat; ich begreife ja seine Empörung über die Verdächtigungen, die ihn getroffen, aber verfehlt ist es, so zu thun, als handele es sich um Heereien. Das scheint ja sehr Mode in der Partei zu werden. Aber wir verbiten uns solche Vorwürfe, als seien wir die Gesellschaften und Verächter. Wir haben auch unsere Meinung. Ich kann das Urteil des Schiedsgerichts nicht unterschreiben, es hätte zum Ausschluß schreiben müssen, da es das Verhalten der Accordarbeiter im Interesse der Solidarität selbst tief bedauert hat. Es wird also festgestellt, daß die Accordmänner ihren Brüdern im Kampf in den Rücken gefallen sind, und das ist ein Widerspruch zu unseren Parteigrundsätzen. (Sehr wahr!) Wer das thut, veründigt sich nicht nur gegen einen gewerkschaftlichen, sondern auch gegen einen socialdemokratischen Grundzug, die Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung zu fördern. Wer sich eines groben Verstoßes gegen unsere Prinzipien schuldig gemacht hat, kann aber nach unserem Organisationsstatut nicht zur Partei gehören. Die Disziplin verlangt, daß man seine persönliche Ansicht hinter der Sache zurückstellt, denn sonst untergräbt man jede gewerkschaftliche Tätigkeit. Solchen Disziplinbruch dürfen wir nicht zulassen. Auer spricht von Regimentsführung, ich weiß nicht, was er damit sagen will, ich weiß ja nicht, was hinter den Coulissen spielt. Die Genossen haben die alte Taktik so lange hochgehalten, wie das alte Organisationsstatut bestand. Ich halte Auer für einen schlauen Menschen im guten Sinne des Wortes, aber warum haben Sie nicht für eine klarere Formulierung gesorgt? Selbst Rollensbühne, der doch nicht zu den Dämnesten gehört, hat insolge dieser unklaren Formulierung einen ganz falschen Mißschlag erteilt. Der hohe Parteivorstand ist der Schuldige an der unklaren Formulierung des Statuts. Und nun zum Schluß! Verurteilen wir nichts, wie es die Resolution Fischer thut, sondern heben wir das Urteil auf und weisen die Sache an die Hamburger zurück. Nehmen Sie unsere Resolution an.

Thielhorn-Hannover:

Bömelburg hat gestern den Bericht des „Vollwillen“ über eine Rede Meisters erwähnt. Es war ein objektiver Bericht über eine Versammlung des Wahlvereins. Die Ansicht, daß es sich um einen künstlich konstruierten Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft handle, hat lange unter der Oberfläche geschlummert und ist jetzt hervorgetreten. Auch ich weige ich zu, besonders nach den geistigen Mitteilungen Auers, daß die Sache selbst betrifft, so möchte ich die Genossen warnen, in diesem Falle das Vorliegen eines Streikbruchs mit allen Folgen anzuerkennen. Ich warne wegen der ungewöhnlichen Konsequenzen

für die Partei. Die Partei hat doch nicht Rechtswächterdienste für die Gewerkschaften zu leisten. Wohin sollte es führen, wenn die Partei bestimmen wollte, wer in die Gewerkschaften gehört und wer nicht. Das würden sich die Gewerkschaften entschieden verbitten. Dabei sind in Dutzenden von Fällen Streikbrecher in den Gewerkschaften gelassen worden. In Hannover ist das beim Buchdrucker- und beim Tischlerstreik vorgekommen. Die Streikbrecher sind ruhig im Verbandsgebäude geblieben. Wollte die Partei alle Streikbrecher ausschließen, dann könnte sich das Schiedsgericht in Veranlassung erklären. Die Frage war nur so zu stellen: Liegt eine ehrlöse Bestimmung vor? Das ist einstimmig vom Schiedsgericht und von den Controlleuren verneint worden. Die Akten können wir nicht im einzelnen prüfen, da müssen wir Zutrauen zum Schiedsgericht haben. Der Parteitag kann gar nicht anders, als den Schiedspruch aufrecht zu halten. Daß die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen die Sache unter sich regeln, dagegen habe ich gar nichts. Ich empfehle 114 anzunehmen.

Hanse-Königsberg:

Ein großer Teil der Redner scheint mir übersehen zu haben, welche Funktionen der Parteitag in dieser Angelegenheit auszuüben hat. Wir sind hier als Richter berufen und dürfen nicht in die Fehler verfallen, die wir oft mit Recht den bürgerlichen Gerichten vorwerfen. Und da gilt es als unerhörterlicher Grundzug, daß man niemals eine Strafe festsetzt, wenn nicht vorher ein Strafgesetzbuch über die angeklagte Handlung besteht. Wir haben uns zu fragen: Ist in unserem Organisationsstatut, das unser Gesetzbuch, und in unserem Programm irgend eine strafrechtliche Norm gegeben, die es uns gestattet, die Angeklagten aus der Partei auszuschließen. Und weiter regiert sich für Richter, absolute Ruhe zu bewahren. Es gibt keine schiedsrichterlichen Berater für den Richter, als die Leidenschaftlichkeit. Hier handelt es sich nicht darum: Die Auer! Die Regien und v. Ein! Hier handelt es sich darum, den Angeklagten Recht zu schaffen. Es ist keine kleine Sache, die von uns verlangt wird. Wir sollen die Angeklagten entthronen als Parteigenossen! Da regiert sich peinlichste Gewissenhaftigkeit! In geradezu musterhafter Weise hat Bömelburg seine Rolle als Ankläger gespielt, eine Waise, die sich unter Staatsanwältin zum Muster nehmen könnten. So sehr ich das anerkenne, so sehr halte ich es doch für notwendig, den Herrn seiner Anklage auf die Verächtlichkeit zu prüfen. Und dabei können wir zu keinem anderen Resultat kommen als zu dem, daß das Schiedsgericht nicht anders hat urteilen können, als es geurteilt hat. Mit besonderer Gründlichkeit, Sachlichkeit und Objektivität hat das Schiedsgericht seine Aufgabe erfüllt. Natürlich wird nicht jeder von uns jedes Wort der Begründung unterschreiben. Das hat auch niemand verlangt. Wenn Auer den Schiedspruch jetzt kritisieren sollte, würde er auch manches ausmerzen wollen. Besonderen Anstoß hat das Wort von der Notwehr erregt. Es heißt aber im Spruch: Die Accordmänner befinden sich gewissermaßen in der Notwehr. Das Schiedsgericht suchte also nach dem richtigen Wert, es fand nur ein annähernd richtiges Wort und zeigte das ausdrücklich, indem es „gewissermaßen“ hinzusetzte. Wir müssen uns lediglich die Frage vorlegen: Liegt ein Streikbruch vor oder nicht? Es ist interessant, daß Quard und Hoch nicht mehr aufrecht erhalten, daß ein Streikbruch vorliegt. Auch Bömelburg sagt: Streikbruch oder nicht; jedenfalls haben sich die Accordmänner dem demokratischen Prinzip nicht gefügt; nicht ein Streikbruch, sondern ein Disziplinbruch liegt vor. Wonach aber mußte das Schiedsgericht erkennen? Nach den Fragen, die ihm vorgelegt waren. Und diese Fragen waren in Uebereinstimmung mit Anklägern und Angeklagten formuliert worden. Die Ankläger sagen heute: Es liegt ein grober Disziplinbruch vor und deshalb müssen die Angeklagten aus der Partei heraus. Aber diese Frage war dem Schiedsgericht gar nicht vorgelegt worden. Die Frage war ganz allgemein formuliert: Liegt ein Streikbruch vor? und bei dieser Fragestellung konnte das Schiedsgericht nur so erkennen, wie es erkannt hat.

Verschiedene Auffassungen über die Accordarbeit sind hervorgetreten. Aber die Bewertung der Ansichten über die Accordarbeit ist gerade von jenen Theoretikern mitgeschaffen worden, auf die sich die Herren aus Hamburg sonst berufen. Ich verurteile die Accordarbeit auf das entschiedenste. Ich erwarte auch, daß der Parteitag die Accordarbeit verurteilt und die Erwartung ausdrückt, daß sich die Accordmänner fügen. Bömelburg sagte: Ja, wenn die Angeklagten auch nicht das Bewußtsein hatten, daß sie einen Streikbruch verübten, so hatten sie doch das Bewußtsein des Unrechtes. Es kann aber einer nur verurteilt werden, wenn er das Bewußtsein der rechtswidrigen Handlungsweise in Bezug auf den Thatbestand hatte. Auer hat, glaube ich, schwer unrecht getan, als er in dem Verhalten Regiens, Eins und der Frau Steinbach lediglich eine Frontänderung sah und behauptete, sie hätten nicht mehr gewagt, Aug im Auge zu kämpfen. Ich bin anderer Ansicht. Wir müssen ihre Resolution auffassen als Ausdruck verächtlicher Bestimmung. (Sehr richtig!) Im Absatz 2 geht mir diese Resolution nicht weit genug, wenn sie nur den Ausschluß aus der örtlichen Organisation verlangt. Wichtig jemand die Treue — und die Treue ist kein leeres Wort! — dann soll er aus der Gesamtpartei ausgeschlossen werden. Es bleibt uns nichts weiter übrig, als die Sache nochmals nach Hamburg zurückzuverweisen, damit die Leute dort wegen Disziplinbruchs geholt werden. (Bravo!)

Silberschmidt-Berlin:

Die Rede Auers hat sich zu zwei Dritteln mit Dingen beschäftigt, die mit der Sache nichts zu thun haben. Wir wollen nichts weiter, als die Arbeiterbewegung fördern, andre Motive darf man uns nicht unterstellen. Die Hamburger haben nicht den Antrag auf Ausschluß aus der Gesamtpartei, sondern auf Ausschluß aus den Wahlvereinen gestellt, und weil dem nicht Folge gegeben ist, haben wir uns heute mit der Sache zu befassen. Im Fall Baumgart ist nicht die Entlassung der Accordarbeiter gefordert, das ist niemand eingefallen. Auer hat es ganz falsch dargestellt. Nicht die Accordmänner befanden sich in der Notwehr, sie veranlaßten die Unternehmung, tarifmäßig zu werden und verließen so die Verbandsmänner in die Zwangslage, Verächter ihrer Organisation zu werden oder die Arbeit niederzulegen. (Sehr richtig!) So war es im Fall Baumgart. Im Fall Dohl waren die Arbeiter um ihren Lohn gekommen. Dohl hat kein Wort, den Lohn nachträglich zu zahlen, nicht gehalten, und die Accordmänner haben durch ihr Verhalten ihre Kollegen um den verdienten Lohn bringen helfen. Wenn das keine ehrlöse Handlung, wenn das keine niedrige Bestimmung ist, so weiß ich nicht, was noch als ehrlös in der Arbeiterbewegung gilt. Ich bitte Sie, die Resolution Fischer abzulehnen und erlaube Auer, den Anspruch von der Wahrung des Vereinsrechts für die kleinen Disziplinierungen, auch wenn sie im Grunde mit den Unternehmern stehen und gegen die großen Organisationen kämpfen, zurückzunehmen.

Müller-Hamburg:

Die Hauptaufgabe von der Hypnose des Schiedsgerichts durch Auer, kommt nicht von Frau Staudach, sondern von mir, denn wenn ein Schiedsgericht sagt, wir halten die Accordmänner für Lumpen, wollen sie aber nicht noch extra als solche stempeln, wenn ein anderer Schiedsrichter, Grünwaldt, für Aufhebung des Schiedspruchs eintritt, so bekommt man eine eigenartige Auffassung von der Selbstständigkeit der Schiedsrichter. Nach einer Erklärung, die Mosbly verlesen hat, nehme ich den Ausdruck Hypnose zurück, aber ich halte das Urteil des Schiedsgerichts nach wie vor für falsch. Leider besteht bei uns in Hamburg ein Unwille und eine persönliche Hege gegen gewisse Personen. (Auf: Namen nennen!) Offensichtlich wird dem bald ein Ende gemacht. Die Leute, die in Versammlungen gegen den Schiedspruch aufgetreten sind, haben sich von edlen Motiven leiten lassen. Friede ist erst dann möglich, wenn der Schiedspruch aufgehoben und die Sache an die Hamburger Wahlvereine zurückgewiesen ist. Genau so, wie wir Kritik an bürgerlichen Urteilen üben, dürfen wir das auch an dem Schiedsgericht gegen die Accordmänner thun. Ich habe auch die Wahl zum Schiedsgericht abgelehnt, aber dadurch habe ich nicht das Recht verurteilt, mich nachträglich gegen den Schiedspruch auszusprechen. Ich wünsche schließlich Wiederherstellung des Friedens, aber die Vorbedingung dazu ist die Aufhebung des Schiedspruchs und die Ver-

weisung der Angelegenheit an die Hamburger Parteioorganisation. Das würde ein ernstlicher Appell an die Accordmänner sein, ihre Verfehlung wieder gut zu machen.

v. Elm:

Leider ist es mir nicht möglich, auf alle Angriffe von Auer in zehn Minuten zu antworten. Er mag von mir sagen, was er will, ich siehe glücklicherweise so, daß er das Vertrauen der Arbeiter zu mir nicht im geringsten erschüttern kann. (Sehr wahr!) Auer hat selbst gefühlt, daß seine sachlichen Gründe äußerst schwach sind, und sich deshalb auf das persönliche Gebiet begeben. Ich will mich bei der Kürze der Zeit auf wenige sachliche Bemerkungen beschränken.

In der Resolution 114 wird gesagt, daß die Schiedsrichter nicht anders handeln konnten. Zunächst nicht nach dem Wortlaut des Organisationsstatuts. Ich möchte darauf aufmerksam, daß nach dem Wortlaut des Statuts auch ausgeschlossen werden kann, wer gegen die Grundzüge des Parteiprogramms verfährt. Nun mögen Sie über den Begriff „ehrlös“ urteilen, wie Sie wollen, aber darüber kann es gar nicht zweierlei Meinung geben, daß die Accordmänner gegen den Grundzug verstoßen haben, daß der Klassenkampf der Arbeiter ein einheitlicher sein muß; sie haben eine Sonderorganisation gebildet, um den Tarif zu durchbrechen, sie sind ihren Kollegen in den Rücken gefallen, und deshalb mußten sie, selbst wenn man das nicht für ehrlös hält, doch nach dem Wortlaut des Statuts unter allen Umständen ausgeschlossen werden. Dadurch, daß man den Begriff der Ehrlösigkeit in den Vordergrund gerückt hat, hat man die ganze Angelegenheit verwirrt. Weiter wird in der Resolution 114 gesagt, nach dem vorliegenden Thatachenmaterial hat das Schiedsgericht völlig korrekt gehandelt, aber die Accordmänner geben in ihrer Rechtfertigungsschrift selbst zu, daß für ihre Handlungsweise nur das Motiv des höheren Verdienstes durch die Accordarbeit maßgebend war. Andre Motive gab es für sie nicht. Nun, wenn solche Motive als maßgebend anerkannt werden sollen, so werden wir niemals dahin kommen, allgemein ungütliche Maßnahmen durchzuführen zu können. Wir verlangen Opfer in der Arbeiterbewegung, wir müssen sie in der Gewerkschaftsbewegung genau so verlangen, wie in der politischen, und wer sich aus Rücksicht auf seine Familie der Durchführung unserer Beschlüsse widersetzt, dem haben wir noch immer gesagt: Du verstoßt gegen das Interesse der Gesamtheit, du mußt dein eigenen Interessen denen der Gesamtheit unterordnen, sonst bist du ein Ehrlöser. (Beifall.)

Die Accordmänner geben aber selbst zu, daß sie den organisierten Streikbrechern begehren wollen. Auer meint, die Frage der Accordarbeit gehöre gar nicht zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ich hätte einen solchen Anspruch von Auer, der doch so lange in der Bewegung steht, wirklich nicht erwartet, denn es kann doch kein vernünftiger Mensch bestreiten, daß die Frage der Accordarbeit im vollsten Sinne eine Lohnfrage ist. Es ist also falsch, so sagen, daß es sich nur um Meinungsverschiedenheiten über die Accordarbeit gehandelt hat. Der Schlußsatz der Resolution 114 sagt dem Centralverband der Maurer die Unterstützung der Partei erbitten? Nein, lediglich im Interesse der Partei wollen wir den Schiedspruch aufgehoben wissen, weil wir uns sagen, daß solche Leute, die das Ansehen der Arbeiterklasse bloßstellen, nicht in die Partei gehören. (Sehr wahr!) Unser Antrag auf Aufhebung des Schiedspruchs ist der Erwägung entzogen, daß man nicht der Gewerkschaftsbewegung einen Anstoß zwischen die Beine werfen darf. Auer hat in der Begründung des Schiedspruchs einen Begriff geschaffen, der alle bisher maßgebenden Grundzüge in der Gewerkschaftsbewegung auf den Kopf stellt, und weil dem so ist, weil Sie da Gründe hineingetragen haben, auf die sich später jeder Streikbrecher stützen kann, deshalb verlangen wir die Aufhebung des Schiedspruchs. Es ist da gesagt, eine Handlung, die man so lange gebuldet hat, kann nicht mit einem Mal eine ehrlöse sein. Auf diesen Satz des Schiedsgerichts könnte man sich in Zukunft auch dann stützen, wenn es sich um eine Verletzung der Arbeitszeit handelt. Dann hat Auer den Begriff der Notwehr hineingetragen. Notwehr haben wir bisher als berechtigt doch nur anerkannt im Kampf der Arbeiter gegen die Arbeitgeber, aber Notwehr im Kampf gegen die eigenen Genossen, diesen Begriff haben wir nicht gekannt. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Ich bedauere unendlich, daß ich nicht auf alles antworten kann; nicht in meinem Interesse, sondern im Interesse des Ansehens der Partei bedauere ich, daß man mir, nachdem ich so schwer angegriffen bin, nicht gestattet, mich zu verteidigen.

Auf Antrag von Ledebour, dem V. H. Hamburg widerspricht, werden dem Redner weitere zehn Minuten Redezeit gewährt.

v. Elm: Es wird mir auch in zehn Minuten nicht möglich sein. Auer hat von unbedenklichen Dingen gesprochen, die sich hineingemischt hätten, von Elementen, die im Traben sitzen wollen, von Hegereien, und hat dabei wiederholt meinen Namen genannt. Genosse Auer, wenn Sie die Geschichte der Entwicklung in Hamburg kennen, würden Sie diese Vorwürfe zurücknehmen müssen. Sie haben von meiner glänzenden Vereinfachung gesprochen, nun, das trifft auf mich nicht entfernt so zu, wie auf Sie. Aber wie lag die Sache? Das eine Mal in der Versammlung wurde mir durch einen Schlußantrag das Wort abgegriffen, das zweite Mal habe ich nur einen Antrag gestellt; zur Begründung des Antrags habe ich das Wort gar nicht bekommen. Ich habe also gar nicht gesprochen, und da spricht Auer von meiner glänzenden Vereinfachung! (Hört! hört!)

Nun sagt Auer: Wir seien die Schuldigen, wir hätten den Lärm in die ganze Partei hineingebracht. Es ist schon gesagt, worden: hätte man uns den Willen in Hamburg gelassen, dann hätten wir die Leute in Hamburg ausgeschlossen, und es hätte keinen Lärm gegeben. Nun kam Rollensbühne und sagte, den örtlichen Organisationen ständen diese Rechte nicht zu. Es ist kein Zweifel, durch die Änderung des Organisationsstatuts sind die Begriffe in dieser Beziehung verwirrt worden; unsere Absicht war es jedenfalls nicht, die Sache vor die Gesamtpartei zu bringen. Ich habe in einer Versammlung erklärt: auch wenn der Parteitag erklärt, sie sollen nicht aus der Gesamtpartei heraus, so haben wir doch das Recht, sie aus unserer örtlichen Organisation auszuschließen, und wir werden das auch thun, um Ruhe und Frieden in Hamburg zu haben. Vergessen Sie eins nicht, Genosse Auer: Ich weiß nicht, ob Sie jemals gestreift haben, es ist wohl schon lange her (Auer: Schon sehr lange her!). Sie werden das Gefühl der Erbitterung nicht mehr kennen, das einen ergriff, wenn man durch einen Streikbrecher herausgedrängt wird, und dies Gefühl kennen eine ganze Reihe von Genossen hier nicht mehr, sie haben keinen Begriff mehr davon, und deshalb urteilen sie so kühn und so lieblos und so formell über die Sache. Deshalb haben wir gesagt, im Interesse der Partei ist es notwendig, sie müssen hinaus! Im Interesse unserer Organisation ist das notwendig. Da sollen wir mit diesen Leuten zusammenarbeiten, die jeder kennt, von denen jeder weiß: sie sind ehrlös! Da kann es doch keine Ruhe, keinen Frieden, kein erpichtliches Zusammenwirken geben im Interesse der Partei. Und wenn wir dort nicht Wandel geschaffen, und nicht auf den Standpunkt gestellt hätten, die Partei muß eingreifen, was glauben Sie wohl, was dann in Hamburg geschehen wäre, ohne unser Zutun? Genosse Auer, eine große Anzahl von Verbandsmännern würde der Partei den Rücken gelichtet haben, wenn die Lokalverwaltung nicht den Leuten gesagt hätte: thut das nicht, die Sache ist noch nicht entschieden, die Sache kommt noch ganz anders. Denn das ist richtig, die unteren Parteigenossen denken anders über die Partei, als zu meist die oberen, die halten die Partei für das heiligste, was es giebt und sagen deshalb, daß in der Partei Streikbrecher nicht sein können, und wenn diese geduldet werden, dann ist es selbstverständlich, daß das Ansehen der Partei geschädigt wird. (Beifall.)

Nun hat man gesagt, wir hätten dort nicht ruhig beharrt, sondern einen leidenschaftlichen Ton angeschlagen. Parteigenossen! Ich habe in Hamburg nichts andres gesagt, als was ich Ihnen hier gesagt habe. Wie man redet, ist natürlich Sache des Temperaments; ich kann unter Umständen sehr erregt reden; das weiß ich, das thue ich. Ich war empört über den Schiedspruch, weil dieser neue Begriffe über den Streikbruch hineingebracht, weil die alten guten Begriffe auf den Kopf gestellt

wurden; und ich habe vielleicht auch Ausdrücke angewendet, die der eine oder andre als beleidigend aufgefaßt haben mag, das gestehe ich ohne weiteres zu. Aber seit wann sind wir so zimperlich in der Partei? Wir haben zwei Tage lang eine literarische Debatte gehabt. Das sind gebildete Leute; ich habe nicht gehört, wie wir aus dem Arbeiterstande hervorgegangen, — soll da uns nicht gestattet werden, in demselben Tone unsere Argumente vorzubringen, wie die akademisch gebildeten Genossen, namentlich wenn es unserer innersten Ueberzeugung entspricht? Genosse Auer, es entspricht meiner innersten Ueberzeugung, daß es bedauerlich ist, daß ein derartiger Schiedsspruch gefällt ist; es entspricht meiner innersten Ueberzeugung, daß es ein geringes Verständnis für die praktische Arbeiterbewegung bedeutet vor allem, daß eine derartige Begründung gegeben werden konnte.

Ja, Genosse Auer, Sie haben gestern Ausdrücke gebraucht, die Sie bei ruhiger Ueberlegung wahrscheinlich auch bedauern. Sie haben mir die böse Absicht unterstellt, die Partei zu schädigen, und das ist sehr schlimm, namentlich weil ich die Ueberzeugung habe, daß Sie das wider besseres Wissen getan haben. Genosse Auer, Sie kennen mich seit 25 Jahren als jungen Mann in Hamburg, zuerst als Kassakollegier dann, bei der vereinigten Sozialpartei; Sie sind — ich habe es Ihnen schon früher einmal gesagt — in Bezug auf verschiedene Fragen gerade mein Lehrmeister gewesen. Die Vorträge, die Sie in Hamburg gehalten haben gerade in gewerkschaftlichen Fragen, haben sich mir tief ins Gedächtnis eingepreßt. Ich bedauere, daß der Auer von vor 25 Jahren nicht mehr derselbe ist wie der Auer von heute; wenn Sie Ihre jetzigen Reden verglichen mit denen, die Sie damals gehalten haben, wo Sie den Arbeitern vielleicht etwas näher standen, so werden Sie den Unterschied merken.

Sie werfen uns vor, wir hätten nicht Mut, wir seien nicht tapfer genug. Wann bin ich jemals ausgekniffen? Fragen Sie jeden, der mich kennt, und er wird Ihnen sagen, daß ich feige noch nie gewesen bin, daß ich in Versammlungen hineingegangen bin, nicht nur wo es sich um Meinungsäustausch handelte, sondern wo ich ziemlich sicher war, verhasst zu werden; ein Einzelner bin ich der Masse entgegengetreten. Und, Genosse Auer, in Ihrer allernächsten Nähe sitzt ein Mann, ich meine in Berlin in der Redaktion des „Vorwärts“, der mich ganz genau kennt, der sich meinen Schüler, meinen Freund nennt, mit dem haben Sie sicher Gelegenheit gehabt, über mich zu sprechen und ich bin überzeugt, der hat Ihnen nicht gesagt: der Elm hat die Absicht, der Partei Schwierigkeiten zu bereiten, sondern: der Elm ist ein ebenso guter Parteigenosse, wie er ein guter Gewerkschaftler ist. Von den Buchdruckern haben Sie gesprochen und auf Metzger sich berufen. Was geht mich der Metzger an? Soll ich das verantworten? Der Mann ist niemals mein Freund gewesen und wird es auch niemals sein. Die Art und Weise, wie Metzger die Partei belächelt, verdamme ich. Er ist es eben, der bei unsrer sachlichen Auseinandersetzung, bei dieser Frage, wo es sich um die Feststellung des Begriffs Streikbruch handelt, wieder Verwirrung anstiftet und uns hinstellt als Leute, die einen künstlichen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften erzeugen. Können Sie mir beweisen, Auer, daß ich jemals die Absicht gehabt habe, Partei und Gewerkschaften zu zersplittern? Den Beweis werden Sie mir nicht mit irgend einer Feile erbringen können. Daß ich eine andre Auffassung über den Wert der Gewerkschaften habe wie Sie, daß ich, der ich speziell im gewerkschaftlichen Kampfe gestanden habe, der Meinung bin, daß die Partei den Gewerkschaften eine hohe Bedeutung beimessen sollte, das ist doch kein Kapitalverbrechen, damit will ich doch nicht die Partei schädigen. (Die Redezeit ist wieder abgelaufen, doch werden dem Redner auf Antrag von Kiesel-Berlin VI weitere zehn Minuten gestattet.)

Auer hat es uns Hamburgern als schweres Verbrechen angedreht, daß wir den Accordmännern nicht die Presse zur Verfügung gestellt hätten. Auer ist ja ein so glänzender Redner, er versteht es so gut, die Angelegenheit einem mundgerecht zu machen, daß es nicht möglich ist, dagegen aufzukommen; er kann nicht allein eine Kommission, nein, er kann gleich einen ganzen Parteitag hypnotisieren. (Heiterkeit.) Wie war denn die Sache? Wir hatten eine Pressekommissionsitzung, an der auch der Redakteur Stolten, Vornberg sowie Vertreter der Accordmänner teilnahmen, und in dieser Sitzung erklärte Stolten, der früher anderer Meinung war, daß wir gar nicht anders handeln können. Wir müssen die Annoncen der Accordmänner zurückweisen, wir können diesen Organisationsbrechern nicht die Arbeiterpresse zur Verfügung stellen. Ja, Genossen, Sie plädieren für die freie Meinungsäußerung, Sie sagen, die Leute müssen das „Echo“ in Anspruch nehmen können. Aber die Redaktion des „Echo“ hat von jeher den Standpunkt eingenommen, sich nicht in die Organisationsstreitigkeiten einzumischen und sie wenn irgend möglich aus der Zeitung fortzulassen.

Ich halte diesen Standpunkt für richtig. Nun aber betrachtet Auer die Organisation der Accordmänner als eine berechtigte. Ich bin der Meinung, wenn sein Anspruch in der Buchdrucker-Angelegenheit: „Fort mit aller Sonderbündelei“ eine Berechtigung haben soll, dann müßte er vor allem hier angewandt werden, wo sich eine Organisation gebildet hat, um den Streikbruch zu organisieren. Organisationen, die sich bilden, um den eigenen Genossen in den Rücken zu fallen, kann man doch als berechtigte Arbeiterorganisationen nicht anerkennen. (Zustimmung.) Wir sind eine Partei des Kampfes und haben keine Veranlassung, den einheitlichen Kampf zu stören und den Leuten, die das wollen, unsere Wäpfer zur Verfügung zu stellen. Ich finde die gegenteilige Auffassung von Auer ganz besonders eigenartig und erlaube ich, sie zurückzunehmen. Ich erlaube ihm darum in seinem eignen Interesse, denn wenn er derartige Grundsätze proklamiert, so könnten wir uns damit auch einmal auf dem Gewerkschaftslongueur befassen. Das ist ein Grundsatz, den Sie nicht aufrecht erhalten können und den die Partei nicht aufrecht erhalten kann. Wir dürfen den Leuten nicht die Mittel liefern, um den Klassenkampf zu führen.

So liegen die Dinge. Wollen Sie, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht gefördert wird, so heben Sie den unglücklichen Schiedsspruch auf, in welcher Form, ist mir gleich. Aber aufgehoben muß er werden, vor allem wegen seiner Begründung. Wollen Sie noch besonders aussprechen, daß die Schiedsrichter nach bestem Wissen und Gewissen geurteilt haben, ich habe nichts dagegen. Was Sie uns unterstellen, das haben wir Ihnen noch nicht unterstellt. Wir haben wohl erklärt, daß Sie dumme Kerle sind, aber nicht, daß Sie Schurke sind. Ein Schuft aber wäre der, der absichtlich der Partei Schwierigkeiten zu bereiten suchte. Den Beweis haben Sie nicht erbracht, Auer, den werden Sie auch nicht erbringen. Deshalb hoffe ich, Sie werden in Ihrem Schlusswort zurücknehmen, was Sie gesagt haben und auch der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß diese gemeine Absicht mir noch niemals innewohnt hat. (Lebhafte Beifall und Handklopfen.)

Die Debatte wird beendet.
Singer: Es ist ein Antrag von Käppler-Altenburg eingegangen: Der Parteitag erklärt: Der in Sachen der Hamburger Angelegenheit gefällte Schiedsspruch wird aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung an die erste Instanz, die Hamburger Parteiverein, zurückverwiesen. Ueber diesen Antrag sowie über die Resolution 114 werden wir namentlich abstimmen, da genügend unterstützte Anträge auf namentliche Abstimmung vorliegen.

Seine erhält das Wort zu folgender Erklärung: Ich bitte mit Bezug auf den Vorfall in der gestrigen Nachmittagsitzung eine Mitteilung machen zu dürfen.
Genosse Vollmar telegraphiert, daß die von mir geäußerte Annahme, Parvus betreffend, irrig ist und daß Vollmar gänzlich unbeteiligt ist. Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen das mitzuteilen und zugleich mein Bedauern auszusprechen, daß ich Folgerungen gegen Parvus daran geknüpft habe, die demnach unberechtigt sind. Ich habe dies auch an Parvus selbst sofort geschrieben.
Ich möchte ferner erklären, daß ich bedauere, durch die Form meiner Äußerung Anlaß zu einer Auffassung gegeben zu haben, an deren Möglichkeit ich, wie ich auf das bestimmteste versichere, absolut nicht gedacht habe. Ich verstehe die Gefühle, mit denen die

Genossen, die meine Äußerung so verstanden haben, sie aufgefaßt haben und bitte die Genossen um Entschuldigung. (Bravo!)
Schluß 12 Uhr.
Nachmittags Dampferpartie.
Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr.

Der Boeren-Krieg.

Chaos am Kap.

Die boerenfreundliche „Daily News“ bringt unter der Ueberschrift „Chaos am Kap“ einen Artikel, demzufolge der Zustand in der Kapkolonie einen ernsten Charakter annimmt und sich nach allen vier Himmelsrichtungen ausbreitet. Der Verfasser erklärt, die Schuld an diesem Zustand der Dinge treffe die mit der Handhabung der Kriegsgeetze betrauten britischen Offiziere, welche, unter dem Einfluß lokaler Loyalisten, in ausgedehntem Maße die bürgerlichen Geetze aufheben und, soweit die holländische Bevölkerung in Betracht komme, nur eine verantwortungslose Tyrannie ausüben.

Das Blatt glaubt, die Proteste der Holländer, die sich bereits über begangene Gewaltthaten beklagen und dem Bestreben der englischen Militärbehörden, das Kriegsrecht über die ganze Kolonie auszuweihen, sich widerlegen, seien der Kapregierung ein Anlaß zu ersten Vorgriffen. Viele holländische Einwohner, die sich bemühen, lokale britische Unterthanen zu sein, seien mit jeder erdenklichen Mißachtung behandelt worden und hätten unersehlichen Schaden an ihrem Vermögen erlitten.

Mangel an Lebensmitteln

Soll den Engländern nach einer Meldung aus Bloemfontein viel zu schaffen machen.

Die Zufuhr an Nahrungsmitteln sei sehr knapp und entspreche nicht dem Bedürfnisse, wodurch große Unzulänglichkeiten verursacht werden.

London, 26. September. Die tägliche Liste über die englischen Verluste in Südafrika umfaßt für gestern 5 Tote, 11 Verwundete und 10 an Krankheit Verstorbene.

Partei-Nachrichten.

Abends Feste.

Einen wohlgelungenen Kommerz, der nach hellem Tageslichte die grimmen Kämpfer bei Musik und Gesang friedlich einte, gaben am Dienstagabend die Parteigenossen Lübeds den Delegierten des Parteitag. Zahlreich waren dazu auch die Parteigenossen Lübeds erschienen und Hunderte mußten wieder umsitzen, da sie alle Plätze schon besetzt fanden. Gute Musik, ausgeführt von der Stadtkapelle, erste und heitere Gesänge erfreuten die Festteilnehmer. Die Genossen Singer, Bernerstorffer und Brade-Paris hielten Ansprachen. Genosse Wiesel trug den nachstehend abgedruckten, vom Genossen Stengle verfaßten Prolog vor:

Das alte Lübed grüßt! Willkommen A!,
Die Ihr zu erstem Ratsschlag Euch vereint!
Das alte Lübed grüßt die Hanfstadt,
Und treu und wieder ist der Gruß gemeint.
Wo trutzige Bürger einst zum Juch sich scharten,
Sich rüheten zu lähnen Heeresparten,
Dem König Fehde bietend fern am Sund:
Da steht nun Ihr, ein kampfgemunter Bund.

Des alten Lübed alter Hanfgeist,
Der sich auf sein eignes Recht gestellt,
Der fürsten Niedertrug und Kron- und Thron
Mit starken Männerfüßen hat zerstoß.
Der alte Hanfgeist, der läßt uns heute
Die Bäter führte, sie gestählt im Streite —
Euch grüßt er heut und mahnt: Bedacht im Rat!
Doch jagt er nie, gilt es entschlossene Tat!

Und laßt Euch lehren von der alten Stadt:
Sie sah des selbstbewußten Bürgers Kraft,
Des stolzen Haupt sich keinem Herren bog,
Dem keiner raubte, was sein Fleiß geschafft.
In festem Bund, zu Schutz und Trug geschlossen,
Schritt er den Nachbar und hat Schirm genossen.
Nicht ank're Nacht hat sich an ihn gewagt;
Von innen ward der feste Bau zernagt.

Des feid gedent, hier, wo zum letzten Mal
Das deutliche Bürgerthum sich aufgebäumt,
Noch einmal seine Dränger hat geschreckt,
Als Wullewaber hoben Traum geträumt.
Unionst der Kampf, die Halben und die Kalten
Die zagen, zaudern und die Lähnen halten,
Die Augen schließen vor dem freien Licht —
Ein solch' Geschlecht erklärt die Freiheit nicht.

Die Hanfa sank, die Bürgerfreiheit schwand;
Kur leere Form erhielt sich, wie zum Hohn.
Der einst ihr Juchst gab, der freie Sinn,
Dem Arämervolke war er längst entsloh'n.
Verlassen von den Schwachen und den Feigen,
Nicht sich der Hanfa Wauer niederneigen
Lief in den Staub, wo es vergessen lag.
Ein neu Geschlecht erst hebt es stolz zu Tag.

Ein neu Geschlecht, erfüllt von neuem Geist,
Und doch an lähnen Mut den Ähnen gleich,
Die einst den Königen ihr Gebot gend;
Ein neu Geschlecht kämpft für ein neues Reich.
Der Freiheit heilige Flamme zu entzünden,
Der Gleichheit Reich zu rühen und zu gründen,
Das Recht zu setzen für Gewalt und Trug:
Das ist das Ziel! Ihm gilt der Heereszug!

Das alte Lübed grüßt! Willkommen heut
Es Euch, die Ihr zum Ratsschlag heute kommt,
Die Ihr entsandt, damit Ihr prüft und wägt,
Was Euerm Volk, was u n s e r m Volke frommt.
Und wenn im Wortkampf scharfe Fiehe fallen,
Wenn hart die Geister auf einander prallen,
Was thut's? Ein echter Mann liebt freies Wort,
Und freies Wort ist aller Freiheit Hort!

Des alten Lübed alter Hanfgeist
Befehle Euch und mahne Euch zur Gut:
Was halt und halt, dem gebet nimmer Raum:
Dem hehren Ziel strebt zu mit Kampfesmut!
So grüßt Euch Lübed! Aus der Hanfa Tagen,
Geheimnisvoll von Geistesweh'n getragen,
Erkalt der Ruf zu neuem Freiheitsstreit.
Das alte Lübed grüßt die neue Zeit!

Der verstorbene Parteigenosse Schmitz in Wachen, der der Partei die Summe von 40000 M. hinterlassen hat, war, wie unser Solinger Parteiblatt mitteilt, von Beruf Apotheker und ein wissenschaftlich gebildeter Mann. Sein Vater war vor langen Jahren Professor am Karls-Gymnasium in Wachen. Der Verstorbene, der 80 Jahre alt geworden ist, unbißte schon früh fortschrittlichen Ideen und nahm an den Ereignissen von 1848 lebhaften Anteil. Seit Jahrzehnten gehörte er dem der Sozialdemokratie an, wenn er auch nicht in die Öffentlichkeit getreten ist.

Politikales, Gerichtliches usw.

Das Köller-Festmahl. Die Väter der Stadt Elmshorn glaubten im Herbst vorigen Jahres den sie besuchenden Herrn Oberpräsidenten v. Köller dadurch besonders günstig für ihre Stadt stimmen zu können, daß sie sich an Kosten der Stadt einmal ordentlich den Magen vollschlugen. Sie veranstalteten deshalb ein großartiges Festmahl, für den Oberpräsidenten nämlich, bei dem das Couvert (ohne Wein) lumpy 20 M. kostete. Es wäre zwar billiger gewesen, wenn man dem Oberpräsidenten das für nötig gehaltene Gratificessen zu 20 M. ins Hotel geschickt hätte; das hätte je-

doch den herrschenden Sitten widersprochen und deshalb aßen die Stadtväter die angenehme Mahlzeit mit.

Die kleine Stadt Elmshorn befindet sich jedoch in sehr mäßiger Vermögenslage, so daß sie z. B. Einkommen von 450 M. mit 6 M. Steuern belegen muß. Da solche kostspielige Schmausereien trotzdem schon mehrfach vorgekommen waren, so wurden die Vorgänge in der „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, die in Elmshorn fast gelesen wird, einer scharfen Kritik unterzogen. Dadurch fühlten sich dann die Stadtväter beleidigt und stellten gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Lütings, Strafantrag.

Selbst der Staatsanwalt mußte zugeben, daß die der Kritik zu Grunde liegenden Vorgänge wohl kritisch bedürftig gewesen wären. Trotzdem hielt er die Form der Kritik für schwer beleidigend und beantragte sechs Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 450 M. Geldstrafe oder 45 Tage Gefängnis.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Bauausläger haben gestern in einer gut besuchten Versammlung nach langer lebhafter Diskussion beschlossen, den Streik zu beenden.

Deutsches Reich.

Nach dem Gladmachereffekt. Als Anzeichen für die Stimmung, welche manche Fabrikanten augenblicklich befeelt, und sie veranlaßt mit dem rücksichtslosen Uebermut des brutalen Siegers gegen die leider unterlegenen Arbeiter vorzugehen, möge folgende Veröffentlichung dienen, welche die Zeitung der Flensburger Glasbläser in dortigen Blättern veröffentlicht.

1. Der Streik kam wohl von den Arbeitern eingestellt werden, als beendet erklärt ihn erst die Firma, nachdem auf allen Vereinigungskomitees die Glasarbeiter sich einzeln zur bedingungslosen Arbeitsaufnahme bereit erklärt haben; wie letzteres auch hier von der Firma verlangt und von den Glasarbeitern wohl oder übel befolgt werden mußte. 2. Ueber die Arbeiter streifender Arbeiter, Anweisung von Arbeitsplätzen und Zuteilung von Wohnungen wird gar nicht diskutiert und entscheidet hierüber einzig und allein die Firma.

Nun folgen Schimpereien auf die „gewerkschaftlichen Agitatoren“, sowie auf unser Parteiorgan, die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“. Dieses Schimpf ist so unqualifizierbar, daß unser Bruderblatt, dem wir vorstehende Mitteilung entnehmen, es ablehnt, darauf einzugehen. Zur Kennzeichnung der Fabrikleitung stellt unser Parteiorgan fest, daß diese den Vertretern der Glasarbeiter gegenüber ausdrücklich erklärt hat, es würden sämtliche Arbeiter mit Ausnahme eines einzigen wieder eingestellt und der Zahlstelle des Verbandes nichts in den Weg gelegt werden. — Damit steht die obige Veröffentlichung allerdings in Widerspruch.

Wahregelungen wegen Beteiligung an der Gewergerichts-Wahl hat, wie das halle'sche „Volksblatt“ berichtet, das halle'sche Köhrentwerk vorgenommen. Im Gegensatz zu andern Etablissements hat das Köhrentwerk Wahlberechtigungen überhaupt nicht ausgegeben. Von den 150—160 Mann, welche daselbst beschäftigt werden, sollen denn auch kaum 10—12 Mann zur Wahl gegangen sein. Einem von den 10 oder 12 Mann wurde, als er am Nachmittag des Wahltages keine Arbeit aufnehmen wollte, gesagt: „Wo sie heute morgen waren, können Sie auch heute nachmittag hingehen.“ Ein anderer wurde am Morgen des folgenden Tages entlassen.

Hält dem die Zeitung jenes Werkes die Unternehmerinteressen schon dadurch bedroht, daß sich die Arbeiter an den Wahlen zum Gewergericht beteiligen — einer Einrichtung, die sich sowohl für Arbeiter als auch für Unternehmer sehr nützlich erwiesen hat — oder haben die Gemahregelungen nur nicht die „richtigen“ Kandidaten gewählt?

Gegen den Porzellanarbeiter-Verband richtet sich eine Maßregel, welche die Zeitung der Porzellanfabrik in Stadtlengsfeld (Thüringen) ins Werk gesetzt hat. Die zur Zeit herrschende ungünstige Geschäftslage scheint der Fabrikleitung eine willkommene Gelegenheit zu sein, um den Arbeitern zu zeigen, „wer Herr im Hause ist“. Sämtliche in der genannten Fabrik beschäftigten Verbandsmitglieder wurden unter dem Vorwande dauernder Beschäftigung zu überreden versucht, ihrem Verbands den Rücken zu kehren, was auch bei einem Teil der Arbeiter gelang, während die übrigen 24 gekündigt und am 21. d. M. entlassen wurden. Die Verbandsleitung hat infolgedessen über die Fabrik die Sperre verhängt.

Achtung, Sattler! In der Ledertwarenfabrik von Hellborn u. Co., Joh. Max Falkenstein in Dresden, sind Wahregelungen erfolgt. Es wird ersucht, von Arbeitsangeboten nach Dresden abzusehen.

Die Hafnarbeiter in Passau (Bayern) sind in den Ausstand getreten.

Sociales.

Wohnungswesen. Der hier bestehende Beamten-Wohnungsverein, der zur Zeit 3800 Mitglieder zählt, hat sein erstes Haus mit 16 Wohnungen fertiggestellt. Es befindet sich in Steglitz. Mit weiteren Bauten, die 240 Wohnungen enthalten, ist schon der Anfang gemacht. Für nächstes Jahr sind noch eine Reihe größerer Bauten in Aussicht genommen. Die Wohnungen werden in der Größe von einem bis fünf Zimmern gebaut und zu Preisen vermietet, die nur die Selbstkosten decken. Auf diese Weise stellen sich die Wohnungen 10 bis 25 Proz. billiger wie die ortsüblichen Preise.

Es wird berichtet, daß die Staatsregierung dem Verein einen Teil der Domäne Dahleu überlassen und ihm auch Baugelder zu günstigen Bedingungen gewähren will.

Socialdemokratische Wahlsiege.

(Privatdepeschen des „Vorwärts“.)

Sera, 26. Sept. Bei den Landtagswahlen wurden gewählt die Socialdemokraten Bettelein und Leven. Die Genossen Fiedler, Wötter und Payer sind in ausfallslossten Stichwahlen. Großer Stimmengewinn.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Esolgoß zum Tode verurteilt.

Buffalo, 26. September. (W. T. U.) Esolgoß wurde zum Tode durch Electricität verurteilt, und zwar soll die Hinrichtung erfolgen in der Woche, die mit dem 28. Oktober beginnt.

Wochum, 26. September. (W. T. U.) Wie die „Westfälische Volkszeitung“ meldet, wurde bei der bakteriologischen Untersuchung des Leitungswassers festgestellt, daß dasselbe Zyphus-bacillen enthalte.

Wien, 26. September. Wie der „Oberösterreich. Wanderer“ meldet, branten heute nachmittags gegen 4 Uhr in dem benachbarten Ostroppa fünf Wessungen mit 12 Gebäuden nieder. Die gesamte, größtenteils unversicherte Ernte, sowie eine große Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen sind mitverbrannt. Das Feuer wurde durch Kinder verursacht, welche mit Streichhölzern gespielt hatten, während die Eltern sich auf dem Felde befanden. Acht Familien sind obdachlos.

Merane, 26. September. (W. T. U.) Das „Leipziger Tageblatt“ meldet: Gestern nachmittags wütete in dem altenburgischen Dorfe Bornshain eine große Feuerbrunst. Derselbe scherte drei Bauerngüter mit neun Gebäuden und sämtlichen Erntevorräten ein.

Part of Spain (Cuba), 26. September. (Meldung des „Reuter'schen Bureau“.) Nach einer Meldung aus Caracas wird Venezuela voranschicklich am 28. September Kolumbien den Krieg erklären.

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

Schluss der Mittwoch-Sitzung.

(Ausführlicher Bericht.)

Richard Fischer-Berlin (fortfahrend):

Das ist der Grund, weshalb ich für die Resolution Bedels nicht habe stimmen können, weil darin die Stelle steht — ich weiß, Bedel hat es nicht beabsichtigt, aber der Schluss wird daraus gezogen —, daß Vernstein den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft nicht führe. Wenn das in der wissenschaftlichen Revue steht, und es dann heißt: „andererseits hält Vernstein schon deswegen an der Socialdemokratie fest, weil er außerhalb derselben jedes politischen Einflusses ermangeln würde“ (Große Ausrufe) — ein so ordinäres Prinzip und das hat Kantshy aufgenommen! Wenn es weiter heißt: „Seine Aufgabe ist nur die Verjection der Partei“, dann sind das nicht Entgleisungen, sondern der Ausdruck eines Systems. (Sehr wahr.)

Dann ist es ja nicht nur Parvus. Die Genossin Luxemburg ist nicht anwesend, das kann mich aber nicht hindern, auch über sie etwas zu sagen. So war es schon in der Müllerandfrage. Man kann eine Auffassung vertreten in aller Schärfe, aber man darf die Meinungen der Genossen nicht fälschen und bloß in der Absicht, geistreich zu sein, zu rabulieren, zu unterstellen und zu fälschen, so zu operieren, wie es die Genossin Luxemburg in der Müllerandfrage und in ganz klassischer Weise in der letzten Nummer der „Neuen Zeit“ gethan hat. In der Subjektivitätsfrage siehe ich auf dem Standpunkt der Genossin Luxemburg, ich beteuere die Motivierung Fendrichs, das Wort von der Gleichberechtigung hätte er unterlassen sollen. Aber von und hat nicht schon eine gute Sache mit schlechten Gründen und in dummen Weise vertreten! Wenn ich nicht die Gabe habe, in geistreicher Weise meinen Standpunkt zu vertreten, mich gleich als Trottel zu bezeichnen — das kann man dem Gegner überlassen, dazu ist die „Neue Zeit“ nicht da (Sehr richtig!), dafür geben wir für sie nicht Tausende von Mark aus. Fendrich hat sich im Ausdruck vergriffen, aber deswegen mit der ganzen Kunst der Rabulistik, wie sie vielleicht ein Erbteil ihrer Klasse ist, aber ihn heranzuziehen, das geht doch nicht an.

Langer macht Fischer darauf aufmerksam, daß seine Redezeit abgelaufen ist.

Fischer: In zehn Minuten kann man eine Forderung ansprechen; aber man kann wenigstens die Forderung stellen, daß es so nicht weiter gehen darf, daß von der Partei Remedur geschaffen werden muß. (Lebhafter Beifall.)

Kantshy:

Auf die schweren Anklagen, die gegen mich erhoben sind, kann ich in den zehn Minuten nicht eingehen, ich will mich auf einige wenige Punkte beschränken. Vor allem nehme ich keinen Anstand, zu erklären, daß ich die letzten Artikel von Parvus, die nicht unter meiner Redaktion veröffentlicht sind, mißbillige und daß ich sie nicht aufgenommen hätte. Aber man darf auch nicht übertreiben und jene Artikel als unerhört hinstellen. Gewiß, der Ton ist unpassend, aber hat man nicht gegen Parvus und Luxemburg einen ähnlichen Ton in Süddeutschen Blättern angeschlagen? Hat man da nicht diese Genossen in einer unerhörten Weise beleidigt? Dagegen habe ich in dem Artikel über Auer nicht das geringste Beleidigende gefunden. (Widerspruch.) Die Absicht der Beleidigung selbst lag nicht vor, und Parvus hat mir brieflich erklärt, daß er vor Auer die größte Hochachtung besitze, sowohl als Menschen wie als Parteigenossen. Sie finden in dem Artikel nur eine Kritik der politischen Thätigkeit Auers, die vielfach nicht zutreffend, aber doch keine persönliche Herabsetzung ist. Allerdings hat Parvus auch eine Geschmäckelhaftigkeit über das Germanentum von Auer verbrochen, aber ich muß als Milderungsgrund anführen, daß er da nicht originell war, sondern die Schalkhaftigkeit von Auer nachahmen wollte. Sehr ungeschickt, denn um Schalk zu sein, muß man Grazie haben, und worin ich Auer und Parvus unterscheiden, das ist die Grazie, die der eine besitzt, der andere nicht. (Weiterkeit.) Aber abgesehen von diesen Artikeln ist doch das, was hier gesagt ist, furchtbar übertrieben. Es ist gesagt, Parvus und Luxemburg nehmen ja den ganzen Raum der „Neuen Zeit“ ein, nun, was haben sie denn in den letzten Jahren veröffentlicht? Parvus hat über die Finanznot in Rußland und über die landwirtschaftlichen Hölle äußerst instruktive und höchst lehrreiche Artikel geschrieben. Erst in jenen letzten Artikeln, auf die man fortwährend herumklettert, ist der Anstoß erregende Ton angeschlagen. Und was hat Luxemburg veröffentlicht? Einen Artikel über den Fall Millerand, in dem sie eine Reihe höchst instruktiver Thatsachen mitgeteilt hat, die für alle von höchstem Wert waren; einen Artikel über die Frage der Accordmauer, der ganz sachlich und unbefangen war und auch wertvolles Material bot. Soll ich alle diese Artikel ablehnen, bloß weil sie von Leuten herkommen, die manchem mißlieblich sind? Ich glaube, das wollen die Genossen selbst nicht.

Nun wüßte man mir ein, es handelt sich nicht um die Artikel, sondern um den darin angeschlagenen Ton. Dieser Ton vertritt ein System; und dieses System bestehe darin, daß jeder, der nicht meiner Ansicht ist, niedergedrückt wird. Das sei aber nicht Aufgabe der „Neuen Zeit“, sie solle Probleme diskutieren und nicht einfach die Diskussion erlösen. Ja, und denn nicht in der „Neuen Zeit“ eine Unmenge Probleme diskutiert? Ist nicht die Vernstein-Frage in der „Neuen Zeit“ aufgerollt worden? Man könnte mir eher vorwerfen, daß ich dieser Debatte zu spät als zu früh ein Ende gemacht hab. Wir haben Diskussionen gehabt über die Konsumvereine, die Jugendlitteratur, die Verstaatlichung der Werkzeuge und andre Fragen, man kann also nicht sagen, daß die „Neue Zeit“ kein Diskussionsorgan ist. Aber, sagt man, die „Neue Zeit“ solle über den Kampf stehen. Ja, wenn Sie das von mir verlangen, dann verlangen Sie etwas, was über meine Kräfte geht. Wenn Sie verlangen, daß die „Neue Zeit“ eine Art wissenschaftliches Ueberbrett sein soll, eine Art höherer Parte, die von Uebergenossen redigiert wird, dann werden Sie keinen Redacteur finden. Ich bin mir nicht bewußt, daß ich, wenn ich in die Arena des Kampfes hinabgestiegen bin, meine Pflicht den Genossen gegenüber vernachlässigt habe. Quard hat neulich gemeint, daß bei uns eine gewisse Nervosität über die Vernstein-Frage herrscht. Ich gebe das zu, diese Frage hat uns alle nervös gemacht. Haben wir drüber nicht man gemeint, jedes scharfe Wort als unerhörte Beleidigung aufzufassen.

Auch der Ton ist ein unpassender genannt. Man vergißt dabei eins. Wenn man mit einem Gegner polemisiert, so will man zeigen, wozu die Konsequenzen seines Tuns führen. Damit sagt man aber nicht, daß der Gegner sich dieser Konsequenzen bewußt ist und ihnen absichtlich zustimmt. Daß Vernstein nicht die Absicht hatte, die Partei aufzulösen, ist doch selbstverständlich; es ist mir auch niemals eingefallen, die bona fides der Genossen von der anderen Richtung anzuzweifeln, noch ist das irgend einem meiner Mitarbeiter eingefallen; es sind nur die Konsequenzen gezogen und gesagt, diese führen in den Sumpf. Aber man hat nicht gesagt, ihr wollt uns in den Sumpf führen. Das ist etwas ganz anderes. Das eine kann man mit allem Nachdruck bekämpfen, es ist aber nichts Beleidigendes, sondern nur etwas Schmerzliches. Allerdings kann ich nicht für alles, was in der „Neuen Zeit“ steht, die Verantwortung übernehmen, in dem Sinne, daß ich jedes Wort unterzeichne. Sie verlangen doch, daß wir Selbstkritik üben, aber das können wir nur, wenn wir Toleranz üben. Auf der einen Seite nennt man mich den Grobingeritorator, auf der anderen Seite sagt man, ich sei viel zu tolerant. Ja, es fällt mir allerdings schwer, der Censor meiner Genossen zu sein und meine Mitarbeiter zu kritisieren. Es ist möglich, daß ich da zu weit gehe, aber einer Schuld bin ich mir nicht bewußt. Im übrigen hoffe ich, daß diese

ganzen Klagen über die „Neue Zeit“ beendet sind, denn sie sind doch nichts als ein Rückfall der Vernstein-Debatte. Das gebe ich gern zu: Die Vernstein-Debatte hat niemand mehr geschädigt, als die „Neue Zeit“, und niemand in eine schwierigeren Situation gebracht als den Redacteur der „Neuen Zeit“. Ob der Redacteur der „Neuen Zeit“ daran schuld ist, das ist eine andre Frage, die ich jetzt nicht aufrollen will, da ja die Vernstein-Debatten für immer beendet sein sollen. Und weil ich glaube, daß die Vernstein-Frage begraben ist und daß wir uns jetzt zusammenfinden werden zu gemeinsamen, einmütigem Arbeiten, darum glaube ich, ist auch alles, was Sie gegen die „Neue Zeit“ vorgebracht haben, ein Ding der Vergangenheit. Wir werden jetzt wieder einmütig kämpfen und siegen. (Lebhafter Beifall.)

Seine-Berlin:

Stadthagen hat uns heute empfohlen, uns in der Polemik einer recht milden, wenig gehässigen und anständigen Form zu bedienen. Hoffentlich wird er das in Zukunft selbst beibehalten. Heute hat man davon noch nicht viel bemerkt, denn das Gebot der Verächtlichmachung anständiger Formen gilt doch auch unseren Gegnern gegenüber. Ja, muß Protest dagegen erheben, daß Stadthagen den Schriftsteller von Gerlach, von dem ich vorher gesagt habe, daß er ein guter Bekannter von mir sei, ohne jeden Anlaß als einen Samuhjinken bezeichnet. Eine solche Ausdrucksweise entspricht meiner Auffassung von der Würde dieser Zeitung nicht. (Sehr wahr!) Ebenso wenig halte ich es für angemessen, daß die Luxemburg ohne jeden Anlaß von den hier anwesenden Berichtserstattern als von Schmälen gesprochen hat. Nun, der Vater der Schmäle war ein polnischer Jude, und ich wüßte nicht, welche Ursache die Luxemburg auf diesen Ausdruck zu gebrauchen. Der Ton in unserer Presse ist vielfach ein sehr unangebrachter. Mir liegt hier ein Artikel der „Münchener Post“ vor, in dem in einem ganz ungläublichen Ton gegen die Mitarbeiter an den „Socialistischen Monatsheften“ hergezogen wird. Das Komische daran ist nur, daß der Haupt-Mitarbeiter, Gollmar, der Vertreter für München ist. Ueber Grunwald nur ein paar Worte: Er hat Vernstein gegenüber das Wort Goethes über Dilettantentum gebraucht. Als Goethe das schrieb, war er 70 Jahre alt. Nun sollen wir ja, wie Stadthagen meint, niemand seine Jugend vorkalten, aber Stadthagen selbst hat uns Mitarbeitern an den „Monatsheften“ vorgehalten, daß wir eigentlich noch junge Leute sind, die erst etwas lernen müssen. Ja, wenn Gollmar, Auer und ich junge Leute sind, so sind Sie, Genosse Grunwald, ein Embryo gegen uns. (Stadthagen: Wer hat denn das gesagt?) Und in welcher Weise hat Parvus Gollmar mitgespielt? Es ist besonders abfällig, daß er ihm vorhält, er halte gute Beziehungen zur Regierung. Ich weiß nicht, ob er sie hält, aber wenn er sie hielte, dann könnte ich schlussfolgern, daß Parvus ohne diese guten Beziehungen Gollmars gar nicht in München sein würde und daß er sich also nicht geniert hätte, diese Beziehungen auszunutzen. (Lebhafte Entrüstung.) Ich erwarte, daß das Blut dem Menschen gilt, der solche Geschenke annähme und dem, der sie gemacht hätte, ins Gesicht spuckte. (Rufe: Nein, Ihnen gilt's!)

Sie haben die Artikel von Parvus gemißbilligt, und die Art, wie Auer ihn gestern abgeferigt hat, war ja sehr häßlich, humoristisch und nett, aber sie genügt denn doch nicht vollkommen. Ich habe in meinem Wahlkreise den Kampf gegen die Antisemiten zu führen, und ich kann es nicht für angemessen halten, daß Parvus in der Weise, wie er es zweifellos durch jene Stelle in seinem Artikel that, Propaganda für den Antisemitismus macht. Denn das ist das Resultat seiner unangenehmen Bemerkung über die deutsche Nation, die eine Ration sei, die nicht schlau sein könne. Kantshy sagt, Parvus habe ihm geschrieben, das sei nicht so schlimm gemeint. Ja, das ist uns gleich. Gefragt ist gefragt, und ausgenutzt ist es vom ersten Tage ab. Es ist wirklich nicht angenehm, daß die Gegner jetzt kommen und sagen: „Das habt ihr von eurem Internationalismus.“ Wenn einer, so bin ich gegen den antisemitischen Gedanken gefeit, und es ist eine ungläubliche Thorheit, uns so etwas zu sagen, denn unser Internationalismus hat damit nichts zu thun. Unser Internationalismus bedeutet, daß jede Nation die andre achtet, und ich habe keine Mißachtung gegen die russischen und polnischen Juden, aber wenn jemand als Gast zu uns kommt und uns in die Stube spuckt, so werden wir uns das nicht gefallen lassen und werden mit aller Energie, wenn auch mit der uns angeborenen Höflichkeit, dagegen Protest erheben. (Ruf: ruft: Sie waren ja selbst Antisemiten, Sie waren Vorsitzender des antisemitischen Vereins deutscher Studenten). Der diesen Juruf macht, war derselbe Herr, der sich vorhin erlaubte, Blut zu rufen. Daran, daß ich Antisemit war, habe ich kein Hehl gemacht, das hat jeder gewußt.

Nun noch eins: Kantshy hat darauf hingewiesen, wie schwer es ist, daß die „Neue Zeit“ zugleich ein Kampforgan und ein wissenschaftliches Organ sein soll. Ich gebe zu, daß das sehr schwierig ist; z. B. dürfte man dann nicht die Abgeordneten der Partei so angreifen, wie das geschieht. Ich glaube, daß der eingeschlagene Weg nicht immer der richtige war, und ich hätte mir gewünscht, daß Kantshy ebenso wie Vernstein erklärt hätte, daß er den Beschluß des Parteitages acceptiert. Wenn nur auch Kantshy so wäre, aber dafür habe ich leider keine Hoffnung. Ledebour hat vorhin in höchst lächerlicher Weise sich über die Erklärung Vernsteins ausgesprochen, über die wir uns alle so freuten haben; er hat gesagt: Vernstein stellt sich hin und sagt: Ich kann auch anders!...

Singer: Es ist nicht angebracht, Privatgespräche in die öffentliche Diskussion zu ziehen. Ich bin selbstverständlich bereit, volle Redefreiheit zu gewähren, aber das geht nicht, daß Privatgespräche hier öffentlich erörtert werden.

Seine (fortfahrend): Dann benutze ich die Gelegenheit, um zu erklären, daß ich die Handlungsweise von Vernstein für höchst mutig und ehrenvoll gehalten habe, daß niemand ein Recht hat, ihm daraus einen Vorwurf zu machen und daß diejenigen, die das nicht anerkennen, Leute sind, die zeigen, daß sie den Frieden nicht wollen. (Beifall und Widerspruch.)

Städtien-Altenburg:

Die Parteipresse hat nicht die Aufgabe, Parteigenossen anzugreifen. Wir in Thüringen haben uns ganz gut vertragen, bis Genosse Grunwald als neue Leuchte nach Erfurt kam und als „Chefredacteur“ die vier Seiten starke „Erfurter Tribüne“ zu leiten begann. Nun gut! Aber was uns nicht gefällt, das ist die Unreife (Sehr wahr!), die Sucht, ja in der Öffentlichkeit besprochen zu werden, was man dann mit allen Mitteln zu erreichen sucht. Als die Anti-Vernstein-Landwämer an die bürgerliche Presse verbannt waren, da schrieb diese, die Thüringer Socialdemokratie steht unter dem Einfluß des Dr. Grunwald — zu dem „Chefredacteur“ wurde noch der „Dr.“ angefügt. Es wurde ihm damit eine Wichtigkeit beigegeben, die wir ganz entschieden bestritten müssen. Verschiedene Parteigenossen haben das mit Recht kritisiert und in welcher Weise hat Grunwald sie dann angerempelt! J. B. den Genossen Thiele! Den „Vorwärts“ respelt er an, weil dieser seine langen Artikel nicht in die Welt hinausschleppen darf; dazu ist unser Centralorgan wahrhaftig nicht da. Wie soll denn das erst werden, wenn die Parteipresse sollen und die „Erfurter Tribüne“ vielleicht sechs Seiten stark erscheint! (Weiterkeit.) Der Parteivorstand hätte Grunwald schon längst sagen sollen, diese Anrempelungen müßten eine Grenze haben, er solle sich nicht so viel Krout herausnehmen, es seien noch andre Leute da. (Sehr wahr!) Es läßt sich gar nicht leugnen, daß in den Kreisen der Genossen eine sehr starke Mißstimmung gegen die Akademiker in der Partei herrscht. Ich teile diese Mißstimmung in der Weise nicht; wenn das aber in der Weise weiter geht, dann begreift man sie (Sehr wahr!) um so mehr, wenn die Parteithätigkeit dieser Leute noch sehr jungen Datums ist. Jeder hat das Recht, seine Meinung zu sagen,

aber gewisse Grenzen und Formen muß er innehalten; auf keinen Fall aber darf er in hochmütiger und präventiver Weise auftreten. Dieses Auftreten war bisher ein Vorrecht der Genossin Luxemburg. Wenn ich unhöflich sein wollte, dann würde ich sagen: der Genosse Grunwald scheint mir eine mißlungene männliche Ausgabe der Genossin Luxemburg zu sein. (Stürmische Heiterkeit.)

König-Dachum:

Wir haben kein polnisches Blatt im Kreise. Nun hat der Vorstand seine Beziehungen zur „Gazetta Robotnicza“ gebrochen. Welches Blatt sollen wir nun unsere polnischen Genossen im Kreise empfehlen? Redner empfiehlt den Antrag 136. Wir im Buchhandel empfinden es schmerzlich, daß die „R. Z.“ keine Fortschritte macht, während die „Soz. Monatshefte“ durch barumhastige Kellame von Tag zu Tag neue Leser gewinnt.

Ulrich-Offenbach:

Die Preßkommissionen sind ein Kind der Parteiverhältnisse an den einzelnen Orten. Gätten diese Orte einen auskömmlichen Redaktionsetat, dann hätten die Präventionen | gewisser Redacteurs ihre Berechtigung. An einzelnen Orten aber befinden sich die Parteiblätter in äußerster Not und das Sparen am Redaktionsetat ist die Hauptaufgabe der Preßkommissionen. Bis zu einem gewissen Grade war Calver berechtigt, darüber zu klagen, daß in der Preßkommission Genossen sitzen, die von der Journalistik nichts verstehen. Durch das Reden darüber wird aber nicht Wandel geschafft, das ist nur möglich, wenn die Genossen es sich zum Gesetz machen, nur dann an die Gründung von Blättern zu gehen und an die Verrückung von Redacteurs, wenn sie die materielle Grundlage haben und einen Redaktions-Etat aufstellen können. (Beifall.) Nun will ich über den Ton meine Meinung sagen. Der ersten Mahnung Heines will ich gern folgen, aber seinen weiteren Ausführungen kann ich nicht folgen. Wenn wir uns bescheiden sollen, einen vernünftigen Ton anzuschlagen, dann dürfen wir nicht so losgehen wie Heine. (Lebh. Zustimmung.) Der größte Teil meiner Ausführungen ist abgeschlossen durch die Erklärungen Kantshys. Ich habe die Zuversicht, daß die „Neue Zeit“ in der Folge andere Bahnen folgen wird. So kann es nicht fortgehen, wie in der letzten Zeit, wenn sie nicht jeden Einfluß im Parteileben verlieren will. Sie hat die Stellung verloren, die ihr eigentlich gebühren sollte, und zwar, als sie in der Debatte über die Agitations-Töne anschlag, die ihre Mitarbeiter, die anderer Meinung waren, herausgeraucht hat. (Sehr richtig!) Es fehlt leider einem großen Teil unserer Journalisten das proletarische Klassenbewußtsein, das sie in erster Linie unter sich beibehalten sollten. Wie kommt das? Es erklärt sich daraus, daß die lautesten Rufen im Streit in der That die Abflung mit den eignen Parteigenossen verloren haben. Deshalb schlagen sie gegen Heines einen bedenklichen Ton an. (Sehr wahr!) Unsere Gegner können uns oft nicht besser bekämpfen, als durch die Veröffentlichung von Äußerungen von Parteigenossen gegen einander, die sie noch besonders ausmühen. Der größte Fehler, den wir zu beklagen haben, ist der: unsere eignen Organe sind oft nicht mehr Kampforgane gegen unsere Feinde, sondern Kampforgane gegen uns selbst. Sollten die heutigen Verhandlungen dazu führen, dieses Uebel zu beseitigen, dann hätten sie großen Wert. (Beifall.) Kantshy sagt, es sei unmöglich, daß die Redaktion der „Neuen Zeit“ über den Waffern schwebt. Bis zu einem gewissen Grade aber hat er, der leitende Redacteur einer solchen Zeitschrift, an der Hand, alle Richtungen zu Wort kommen zu lassen. Keine sollte geächtet werden. Dazu mußte er allerdings die eigene Meinung möglichst zurückstellen und persönliche Angriffe unterlassen. Nicht ein wissenschaftliches Ueberbrett wünschen wir, wohl aber, daß die Formen beachtet werden, unter denen man sich selber behandelt wissen will.

Calver:

Diese Debatten machen immer den Eindruck: Wo Bestimmungen herrschen, gilt die Moral immer nur für den andren Teil, deshalb will ich auf die „Neue Zeit“ nicht eingehen; ich fühle mich da als Partei. Ehrhardt hat sich mit meinem Artikel in den „Socialistischen Monatsheften“ beschäftigt. Ich muß voraussagen, daß bei dieser Frage höchstens über einen Punkt Einstimmigkeit bei uns herrscht, darüber nämlich, daß unsere Preßverhältnisse unbefriedigend sind. Ueber die Gründe streiten wir uns und über die Mittel, wie dem abzuwehren ist. Ich fürchte, diese Mißstände werden zunehmen, je größer der Stab unserer Journalisten wird, und zwar unserer Berufsjournalisten, die bloß Journalisten sind und es bleiben wollen. Je größer ihr Kreis wird, desto mehr müssen sich diese Gegenstände herausbilden. Der frühere Idealismus ist nicht mehr vorhanden, jedenfalls dürfen wir uns auf ihn nicht verlassen. Von den Honorararbeitern verlangen wir ihn ja auch nicht. Sie werden nach den Sätzen ihrer Organisation bezahlt. Verlangen Sie ihn also auch nicht bei den geistigen Arbeitern. Auch ihre Ansprüche sollten befriedigt werden, sonst ist die Folge unbefriedigende Leistung in der Presse. Getadelt habe ich besonders den Mangel durchgehender Berichterstattung über den Wirtschaftsmarkt. Wir sind da ganz auf die gegnerische Presse angewiesen, und die Arbeitgeber, Banken, Klüngenvereine schützen aber die Lage so wie es ihnen paßt, nicht wie sie ist. Die Arbeiterorganisationen könnten sehr gut Material zur Beurteilung der Lage beschaffen. Gätten sie es gethan, so würden diese von der herannahenden Krise überrascht worden sein. Mein unangenehmes Urteil über die Parteipresse kann ich in keiner Weise modifizieren. Auf der einen Seite stehen die Schriftsteller; ihren berechtigten Forderungen sollte die Gegenseite entgegenkommen; nur so ist ein Ausgleich möglich.

Grünbe beantragt Schluss der Debatte. Ledebour: Ich persönlich bin in unerhörtester Weise angegriffen worden von Heine. Wir müssen darauf antworten können. Der Schlussantrag wird abgelehnt.

Dr. Gradnauer:

Es ist hier außerordentlich viel über den guten Ton in der Parteipresse gesprochen worden. Wie schwer es ist, die richtige Grenze zu finden, das hat sich bei einzeln Rednern gezeigt, die sich selbst über den schlechten Ton von Rosa Luxemburg und Parvus beschwert. Ich stimme darin mit ihm überein; dann aber ist es um so bedauerlicher, daß er die Unziemlichkeiten von jener Seite mit eben so groben Unziemlichkeiten von seiner Seite beantwortet hat. (Sehr gut! Ruf: übertroffen hat!) Der „Vorwärts“ ist seither bemüht, in Parteiangelegenheiten einen Ton innezuhalten, der nicht angeklagt werden kann. Ehrhardt hätte den Vorwurf aus einem einzelnen Fall nicht verallgemeinern sollen. Ehrhardt hat dabei eine einzigartige Auffassung über den persönlichen Verkehr der Genossen. Es ist eine seltsame Zumutung an mich und andre Genossen, wir sollten nicht über die Strafe gehen mit Genossen, mit denen wir uns in sachlichem Gegenstand befinden. Ich stimme mit Rosa Luxemburg in sehr vielen Dingen nicht überein, aber ich halte sie persönlich für eine sehr interessante und kluge Frau. (Sehr richtig!) Wir würden in eine lächerliche und thörichte Chiquenwirtschaft verfallen, wenn wir Genossen wegen sachlicher Meinungsverschiedenheiten nicht die Hand reichen sollten. (Sehr richtig!) Calver hat mich nicht davon überzeugt, daß er eine fruchtbarere Kritik an der Parteipresse geleistet hat. Ja, wenn er nur den Mangel guter wirtschaftlicher Ueberlichten getadelt hätte. Aber er hat ganz allgemeine Bemerkungen über die Parteipresse gemacht, gewiß in guter Absicht, aber ohne Berücksichtigung der Verhältnisse der kleinen Parteipresse. Ich habe überhaupt den Eindruck, als wenn die Socialistischen Monatshefte in einer der Redaktion selbst nicht angenehmen, aber in den Verhältnissen liegenden Sucht der Kritik derartige Artikel bringen. (Sehr richtig.) Es lohnte sich nicht, dieses Pronouncement gegen die Parteipresse zu veröffentlichen. Statt dieser Kritik sollte

man lieber versuchen, im Verein mit den Genossen so gut als möglich Vetterung zu schaffen. (Sehr gut!) Leider kann ich die Domung Kautskys nicht teilen, daß jetzt, wo in der Vereinsfrage eine gewisse Verständigung erzielt worden ist, die auch von ihm beklagten Uebelstände in der „Neuen Zeit“ verschwinden. Es liegt nicht an dem häßlichen Ton, auch nicht daran, daß die „Neue Zeit“ durch die Vernunft-Debatte in eine besonders schwierige Lage gekommen ist. Nein, es liegt an der ganzen Organisation der „Neuen Zeit“, daß sie erhebliche Mängel zeigt. Sie verbindet Aufgaben mit einander, die der genialste Redacteur nicht lösen kann. Sie soll zugleich wissenschaftliches Diskussionsorgan und ein aktuelles Organ sein, das Stellung zu den Fragen des Tages nimmt. Das sind Aufgaben, die keine einzige Zeitschrift sonst miteinander zu lösen vermag und im Grunde ist. Ich habe schon einmal, und zwar in Uebereinstimmung mit Kautsky, ausgeführt, daß es nicht segensreich gewesen ist, nach dem Fall des Sozialistengesetzes aus der monatlich erscheinenden eine achtwöchentlich erscheinende „Neue Zeit“ zu machen, die neben der Forderung der alten Wissenschaftlichkeit zugleich die Forderung der Aktualität erfüllen soll. Kautsky hat ganz Außerordentliches geleistet, aber ein solches Unternehmen ist eine Unmöglichkeit. Die bürgerlichen Zeitschriften nehmen Journalistisch eine ganz außerordentliche Ausdehnung. Die „Socialistischen Monatshefte“ haben nicht nur wegen des schlechten Tons in den „Neuen Zeit“-Artikeln einen solchen Abonnententriumph gewonnen, sondern weil sie es gerade verstanden haben, aktuell zu werden. Der Parteivorstand sollte prüfen, ob nicht die Möglichkeit zu schaffen ist, ein wissenschaftliches Organ zu haben, welches in gründlicher Weise Probleme des Sozialismus behandelt, und auf der anderen Seite eine Wochenchrift, die in frischer aktueller Weise die politischen Ereignisse des Tages behandelt. Wenn auch die Monatszeitschrift ein Defizit haben würde — und wissenschaftliche Zeitschriften haben immer Defizits bei uns in Deutschland —, das könnte die Partei tragen.

Stipendi-Vertrag:

Ich bedauere den Ausfall Ehrharts, daß die Leistungen unserer Redactoren aufeinander von der Bezahlung abhängig seien, insbesondere bedauere ich auch die Bezugnahme auf Viebtuch. Das ist ja das Uebel, daß wir immer am Alten kleben, den Maßstab von vor 25, 30 Jahren anlegen, wo wir noch keine Berufsredactoren hatten. Man hat in den Preschkommissionen — dafür sind eine ganze Anzahl Belege vorhanden — vielfach die Ansicht, die Redactoren brauchen nicht besser zu stehen, wie sie, die Mitglieder der Preschkommissionen selbst. Das Papier, der Druck muß bezahlt werden, die Setzer haben ihren Tarif, da wird am Redaktionspersonal gespart. Das Ideal scheint zu sein ein Zustand, bei dem, wie man ja in Kassel will, man den Redacteur ganz abschafft und die Zeitung durch den Verleger und Expedienten herstellen läßt. Das kann nicht unsere Aufgabe sein, aus 14 Zeitungen eine 15. zu machen. Die Existenz des Redacteurs muß ausreichend und sichergestellt werden.

Singer wiederholt dem Redner gegenüber sein Ersuchen, die Forderungen des Vereins „Arbeiterpresse“ nicht zu begründen, da dem Parteitag das Material fehle.

Lebedour:

Seine hat in unerhörter Weise eine Anzahl Genossen, darunter auch mich angegriffen. Ueber den Ton von Angriffen gegen mich pflege ich mich nicht zu beschweren. Wenn aber Seine sich hier hinsetzt und andern Leuten gute Lehren geben will, so dürfte er doch nicht selbst in einen Ton verfallen, wie wir ihn noch niemals auf unsern Parteitagen zu hören bekommen haben — c'est la ton, qui fait la musique! — Es ist der Ton, der die Musik macht. — Ich weise nur auf den Feldweibelton hin, den er gegen den Genossen Jubel angeblasen hat. (Sehr richtig!) Ich begreife sein Auftreten als abschreckendes Beispiel. Vorüber ich mich aber hauptsächlich persönlich zu beklagen habe, ist nicht der Ton, das ist diese Methode, persönlichen Attacken, der ihm zugetragen ist, hier öffentlich auf der Tribüne auszusprechen. Irgend jemand hat Seine privatim gesagt, daß er sich privatim nach der Sitzung irgend etwas hat sagen hören. Es war nicht genau so, wie er es gesagt hat; ich habe keinen Anlaß, sachlich noch einmal die Vernunft-Debatte aufzurollen. Aber die Methode hier, so etwas in der öffentlichen Debatte vorzubringen, das ist nach allem gesellschaftlichen, nach allem politischen Gebrauch unzulässig (Sehr richtig!), das wird als unzulässig überall zugegeben. — das stimmt allerdings mit andern Gebrauchen überein, die jetzt bei uns Eingang gefunden haben, daß man Privatbriefe früherer Freunde auffammelt und dann mit ihnen haufieren geht (Vernunft: Gilt das mit?). Das gilt Ihnen (Vernunft: Ich bitte um Wort!) —, daß er aus einer Privatgesellschaft, wo ich zufällig mit ihm zusammengetroffen bin, mitteilt, was ich eigentlich hätte sagen müssen. (Weiterkeit.) Wenn diese Methode Vernunft und Heines Schule machen sollte, dann würde der gesellschaftliche Verkehr unter Genossen überhaupt unmöglich sein. (Sehr richtig!) Gradnauer sagte schon: Man kann noch so scharfe Differenzen haben, sich sogar sehr grob behandeln und doch gesellschaftlich verkehren; aber mit Leuten, die Privatbriefe öffentlich ausnutzen, im Parlament, in der Presse, auf dem Parteitag gegen Parteigenossen, überhaupt gegen Mitmenschen, kann man nicht mehr gesellschaftlich verkehren. Ich appelliere an das sachmännliche Verständnis Kautskys. (Weiterkeit.) Wenn es Auer passieren sollte, Ausstellungen, die er über andre Parteigenossen gethan hat, die immer sehr anständig sind, die ich immer sehr gern gehört habe — des Wizes wegen und weil sie meistens — er nimmt das ja nicht übel — langweilig sind (Weiterkeit.) — wenn die in höchstwilliger Absicht ausgeschlachtet würden gegen ihn, dann würde er sagen: ja, jetzt gebe ich in keine Kneipe mehr, wo ich mit Parteigenossen zusammenkomme! So etwas muß aufhören und ich spreche, Parteigenossen, glaube ich in Ihrer aller Stimme, daß wir uns detartiges Heranzutragen von Privatbriefen, derartige Ausnutzung von in Privatgesprächen gehaltenen Bemerkungen, von Stellen aus Freundesbriefen ein für allemal verbitten. (Sehr wahr!)

Aber das ist noch nicht das Schlimmste, was Seine gethan hat; das Schlimmste ist das, was er gegen Parvus vorgebracht hat. Er hat hier erzählt, Parvus verdanke die Möglichkeit seines Aufenthalts in München der Intervention Vollmars bei der bayerischen Regierung. Genossen, Sie alle wissen, was das sagen will. (Sehr wahr!) Genosse Parvus, gegen den ja wegen seines Tones Angriffe erhoben worden sind, der aber ein eifriger, überzeugter Parteigenosse ist, ist wegen seiner Parteithätigkeit durch Deutschland gehetzt worden, aus Preußen, aus Hamburg, aus Reich-Schleiz-Vobenstein, schließlich in Bayern hat er eine Ruhestelle gefunden. Man weiß ich nicht, ob das richtig ist, daß er dort diese Ruhestelle der Intervention Vollmars verdankt (Vebel: Das ist nicht richtig!) — vielleicht wissen Sie es nicht — (Vebel: Ich weiß es aber!) Wenn Vollmar das gethan hat, so hat er nur seine persönliche Pflicht und Schuldigkeit gegen einen Parteigenossen gethan, gleichviel ob er tausend Konflikte mit ihm hatte. (Vebharter Beifall.) Aber ich hoffe, daß Vollmar aus diesem Vorkommnis die Lehre ziehen wird, daß man detartige vertrauliche Mitteilungen nicht an Leute übergibt, die im Grunde sind, so etwas gegen den Gehetzten und Ausgewiesenen auf öffentlicher Volltribüne hier zu verwerthen. (Vebharter Beifall.) Ich halte den Genossen Heine für einen viel zu guten Juristen, als daß er nicht die Tragweite einer (Sehr richtig!) — ich will mich einmal eines deutschen Ausdrucks bedienen, da mir der fremdsprachliche zu grob ist — solchen Anzeige sich nicht bewußt sein sollte.

Parteigenossen, Ton hin und her, gesellschaftlicher Zustand hin und her — ich meine, die äußerliche Korrektheit des Auftretens wirkt unangenehm, wenn sie kolliert mit dem, was die Franzosen nennen politesse de coeur — Höflichkeit des Herzens. (Sehr richtig!) So etwas darf nicht vorkommen, und — unsere Meinungen mögen auseinandergehen wie sie wollen — so etwas müssen wir beurteilen als Socialdemokraten, als Männer von Herz und Gefühl. (Vebharter Beifall.)

Singer: Ich bitte, zum Schluß zu kommen.

Lebedour: Ich bin fertig. (Stürmischer Beifall.)

Grumwald:

Nach dem großen und verdienten Beifall, der meinem Vordrucker gezollt wurde, und nach der Bestimmung, die Sie damit befaßt haben, halte ich es nicht nur im Interesse der Zeit, sondern auch im Interesse des eigenen Tastes für völlig überflüssig, auf alles einzugehen, was gegen mich gesagt ist. Ich beschränke mich lediglich auf die Zurückweisung einiger persönlicher Angriffe. Ich erkläre, daß ich es lebhaft bedauere, die Versendung einiger Artikel an bürgerliche Zeitungen veranlaßt zu haben. Ich habe es im guten Glauben gemacht, wollte der bürgerlichen Presse auch ein anderes Bild von unserer Parteibewegung geben, als sie es im „Vorwärts“ gefunden hat. Ich habe eingesehen, daß es nicht richtig ist, ich bedauere es aber lebhaft. Stücken hat mich zuerst angegriffen. Es sind gebäufige Angriffe gegen mich aus Solingen gerichtet worden; ich habe darauf nicht geantwortet; für mich ist der Betroffene getrichen aus der Liste der ausländischen Parteigenossen. (Trombe: Das geht ja für die Ihnen! Weiterkeit.) Ich will Ihre Zeit nicht länger aufhalten; ich bin zu unrecht angegriffen worden, wenn ich auch vielleicht im Ton etwas über die Stränge geschlagen habe.

Frau Jettin:

Der geringe Abonnentenzustand der „Neuen Zeit“ ist von verschiedenen Seiten auf ihren einseitigen Charakter und ihren Ton zurückgeführt worden. Ich halte diese Ansicht für irrig; ich glaube, daß der wesentlichste Grund, welcher sich einer wünschenswerten Verbreitung der „Neuen Zeit“ entgegenstellt, mehr das ist, daß die „Neue Zeit“ ein wissenschaftliches Organ ist, das die Auffassung einer ganz bestimmten politischen Partei vertritt. In Deutschland giebt es nur eine einzige Wochenchrift — die „Woche“ natürlich ausgenommen — die an Abonnentenzahl die „Neue Zeit“ übertrifft. Es ist kein einziger unter uns, der der einen hohen Abonnentenzustand erlangen wollte durch Preisgabe ihres ausgesprochenen Parteicharakters und durch die Annahme eines Sensationscharakters wie der der „Zukunft“. (Vebharter Beifall.) Ich glaube, ein Parteigenosse, der eine Ueberzeugung hat, der seine Ehre darin setzt, einer politischen Ueberzeugung zu dienen, der wird nicht in die Fugtapfen eines Maximilian Harden treten. (Vebharter Beifall.)

Die Genossen, die ein solches Gewicht auf den Ton gelegt haben, haben übersehen, daß sie beeinflusst sind durch den ganzen internen Kampf der Meinungen für und wider die erstrebte Revision unserer Taktik und unserer Auffassungen. Dadurch hat man sich von beiden Seiten gewandt, nur jene Artikel ins Auge zu fassen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit jenem internen Kampf stehen, und man hat darüber die große Zahl instruktiver, wertvoller, wissenschaftlicher Artikel übersehen, die nicht im Zeichen des Kampfes gefunden haben, sondern die unserer allgemeinen theoretischen Schulung oder der Vermehrung unserer Kampfkraft auf den verschiedenen Gebieten gedient haben.

Man hat gesagt, daß der Ton der „Neuen Zeit“ erst durch Parvus und die Luxemburg, durch den Einfluß des fernsten Ostens heringebracht worden sei. Genossen, habt Ihr unsere Parteigeschichte und unsere früheren Kämpfe so vollständig vergessen? Haben wir vergessen, daß schon lange, ehe Ruffen und Ausländer mit uns gekämpft haben, die Socialdemokraten in den Bruderkämpfen sich mit der gleichen Grobheit und Leidenschaftlichkeit in die Haare gefahren sind? (Sehr wahr!) Diese Schwäche, die wir hier gezeigt haben, wurzelt in dem, was unsere Stärke gegen unsere Gegner ist (Vebharter Beifall); sie wurzelt in der Leidenschaft der Ueberzeugung, in dem flammenden Wunsch, unsere Sache zum Siege zu führen. (Stürmischer Beifall.) Sie sollten sich bezüglich dieses oft über die Stränge schlagenden Tones, auch der Ausländer, doch nicht auf den Standpunkt des Bürgermeisters von Krähwinkel stellen, sondern mit Heine sagen:

„Ausländer, Fremde sind es zumeist,
Die unter uns gefüt den Geist
Der Rebellion; dergleichen Sünden,
Gottlob, sind selten Landesinder.“
(Stürmischer Beifall.)

Sie dürfen bei Parvus und der Luxemburg über allem, was sie in der Form gefündigt haben, nicht vergessen, was sie in der Sache uns genügt. (Sehr wahr!)

Nun ist uns von Heine recht eindringlich gesagt worden, was die Luxemburg und Parvus sind. Unter uns sind sie nicht als Ruffen und Juden, sondern als Parteigenossen (Stürmischer Beifall), die auf dem Boden des gleichen Programms stehen wie wir. Wenn uns von Heine der Rat gegeben ist, unseren Ton zu ändern, so stimme ich mit ihm überein: wir sind allzumal Sünden und ermangeln des Ruhms, den wir für eine Anstandskommission für höhere Töchter haben sollten. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Ich schlage aber vor, zum Zweck einer Erziehung zum höheren Ton die letzten Ausführungen Heines möglichst wörtlich im Protokoll zu bringen (Vebharter Beifall und Beifall), damit wir wissen, wie anständig der Ton sein soll, dessen wir uns bestrengen müssen. (Stürmischer Beifall.)

Robbitt-Wandbeil begründet einen Schlußantrag. Es ist sehr wünschenswert, heute noch die beiden Reserate über die Accordmaurer-Angelegenheit zu hören. Es sind viele Parteigenossen, die ein Interesse daran haben, heute als Gäste erscheinen.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Persönliche Bemerkungen.

Heine:

Nun habe ich ja auch mein Fett weg. (Sehr verdient!) Gradnauer und Frau Jettin haben gewiß recht, daß ich auch Wenig bin. Es fällt mir gar nicht ein, das zu bestreiten, aber gegen zwei unrichtige Behauptungen muß ich mich verwahren. Lebedour hat mir etwas vorgeworfen, was in Ihrer aller Augen und auch in meinen Augen ein schwerer Vorwurf wäre. Ich soll gegen Parvus etwas gesagt haben, was eine Anzeige ist. Nach dem Stenogramm meiner Rede habe ich wörtlich gesagt:

Es ist besonders abscheulich, daß er ihm vorhält, er halte gute Beziehungen zur Regierung. Ich weiß nicht, ob er sie hält, aber wenn er sie hielt, dann könnte ich schlussfolgern, daß Parvus ohne diese guten Beziehungen Vollmars gar nicht in München sein würde, und daß er sich also nicht geniert hätte, diese Beziehungen auszunutzen. (Hört! hört!)

Nun frage ich Sie: Anzeigen heißt doch, jemandem etwas sagen, was er noch nicht weiß. . . .

Singer: Ich kann nicht zugeben, daß Sie im Rahmen einer persönlichen Bemerkung Ihre vorigen Ausführungen begründen. Sie haben richtig gestellt, was Sie gesagt haben, und damit müssen Sie diesen Punkt verlassen.

Heine: Ich glaube doch, daß ich im Rahmen einer persönlichen Bemerkung wenigstens sagen darf, warum das keine Anzeige ist.

Singer: Bitte!

Heine: Die guten Beziehungen, die Vollmar in München zwischen unsern Genossen und der Regierung hergestellt hat, und die sich unter andern darin geäußert haben, daß die Münchner einen großen Umzug machen durften mit der roten Fahne dorthin. . . .

Singer: Das geht aber doch nicht an, daß Sie im Rahmen einer persönlichen Bemerkung hier erzählen, was Vollmar in München möglich ist.

Heine: Sie haben recht. Ich will wieder zur persönlichen Bemerkung zurückkehren und ich muß mich dagegen verwahren, als hätte ich durch meine Bemerkung eine Anzeige erlassen. Ferner hat Frau Jettin es für nötig gehalten, zu betonen, daß die Luxemburg und Parvus unter uns nicht als Ausländer oder Juden, sondern als Genossen sind. Das habe ich selbst betont, ich selbst habe mich aufs entschiedenste gegen den Vorwurf antisemitischer Anwandlungen verwahrt. (Widerpruch.)

Stücken-Altenburg: Grumwald sagt, ich habe angefangen. Dem gegenüber stelle ich fest: Ich habe dem „Halleischen Volksblatt“ zugestimmt. Darauf rumpelte mich Grumwald an, und da schrieb ich:

„Ich bin ein entschiedener Gegner Bernsteins, aber einen so verdienten Parteigenossen muß ich doch in Säug nehmen gegen eine derartige wasserhässliche Kampfweise. (Weiterkeit.) Ja, wenn man schreibt, muß man doch gleich deutlich schreiben. Nun macht mir Grumwald den Vorwurf der Persiflage. Das ist mir höchst gleichgültig. Vielleicht schreibe ich jetzt für ihn auch aus der Liste der Parteigenossen aus. (Grumwald: Der ausländischen Parteigenossen!)“

Stadhagen: Heine hat uns in seiner, wie er selbst annimmt, außerordentlich vornehmen, selbstgefälligen, abgeklärten und schönen Weise ein Kolleg über Anstand gehalten und unter denen, die darin gefehlt haben, auch mich genannt. Ich soll Herrn von Gerlach als Schmutzfinken bezeichnet haben, obwohl ich wissen mußte, daß er Heines Freund ist. Thatsächlich habe ich von Schmutz am unrechten Ort gesprochen und angeführt, daß Gerlach in der Wiener „Zeit“ schreibt: „Ich verkehre bei Heine und muß sagen, prächtiger Kerl! Wenn alles erreicht ist, was er will — er meint zwar, er ist Socialdemokrat — dann bleibt uns National-socialen nichts weiter zu sagen übrig.“ Dies habe ich ausgeführt und hinzugefügt: „Solchen National-socialen und andren Schmutzfinken gegenüber sollte man nicht abprechen. Ich muß dabei bleiben, wiewohl ich Heine gar nicht abprechen will, daß das, was er heute gesagt hat, ein Gedanke am unrechten Ort ist. Weiter sagt Heine, ich hätte den Mitarbeitern der „Socialistischen Monatshefte“ und auch ihm gegenüber den Vorwurf erhoben, sie seien junge Leute. Das ist unvahr. Sie sind ja nicht im Grunde, die Tragweite Ihrer Handlungen zu übersehen, aber die Fähigkeit besitzen Sie zweifellos, daß Sie wissen, daß ich gegen Sie das nicht gesagt habe. Ich weise es zurück, daß Sie solche Unwahrheiten hier von der Tribüne herab aussprechen. Heine glaubte, der Hut-Ruf beziehe sich auf Parvus, er wird inzwischen eingesehen haben, daß er sich nicht auf Parvus bezog, sondern darauf, daß er etwas gethan hat, was nicht nur unter Socialdemokraten, sondern unter allen Menschen als unanständig gilt, jemand einer Regierung gegenüber zu demünzieren. (Bravo!)

Singer: Nachdem Heine erklärt hat, daß ihm die Absicht der Demunziation ferngelegen hat, haben Sie kein Recht, ihm den Vorwurf der Demunziation zu machen. (Stadhagen: Ich bitte um Wort!) Sie bekommen hierzu das Wort nicht mehr.

Bernstein: Es ist mir ein Vorwurf daraus gemacht, daß ich aus einem Brief von Kautsky hier eine Stelle citiert habe. Ich würde entscheiden einen Vorstoß darin erkliden und will durchaus kein Vorbild geben, mit Briefstellen herumzuwerfen. Aber nachdem ich in den letzten Nummern der „Neuen Zeit“, wie Kautsky selbst zugiebt, in einer Weise angegriffen bin, die meinen Charakter in Frage stellt, in einer Weise, die mir das Recht, Socialdemokrat zu sein, bestreitet, habe ich aus einem Briefe eine einzige Stelle citiert, die nicht geeignet war, Kautsky in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Daraus kann man mir keinen Vorwurf machen. Dann hat Lebedour — allerdings sehr bedingt — bestritten, daß er die von Heine vorgebrachte Bemerkung über mich gethan hat. Er hat meine Erklärung in der unanständigsten Weise verdreht, ihren Charakter entstellt. . . .

Singer: Ich bitte auch Bernstein, private Äußerungen nicht zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion zu machen.

Bernstein: Er hat einen Ausdruck, der mich von neuem verdächtigen würde, nicht zurückgenommen. Ich hoffe, daß er das noch thut.

Lebedour: Heine hat vollinhaltlich bestätigt, was ich ihm vorgeworfen habe. Die Worte, die jetzt nun glücklich durch ihn autoritativ festgestellt sind, die sind es eben, die ich, um mich eines milden Ausdrucks zu bedienen, als Anzeige bezeichne. Ueber die Definition, die Heine diesen Worten gab, würde ich mich mit ihm vielleicht auseinandersetzen, wenn ich mich vor Gericht befände, hier habe ich das nicht nötig. (Sehr richtig!) Es kommt Doyene von Malen vor, daß den Regierungen thatsächlich Dinge vollkommen bekannt sind, daß sie sich aber erst dann zum Einschreiten genötigt fühlen, wenn die conservative oder sonstige Presse sie in die Öffentlichkeit bringt. (Sehr wahr!) Was Bernstein von mir verlangt, ist geradezu ungläublich. Ich verwahre mich dagegen, daß hier Klatsch an die Öffentlichkeit gezerrt wird. Ich habe ausdrücklich gesagt, wie der Klatsch angebracht ist, ist er nicht ganz richtig. Aber unter allen Umständen lehne ich es ab, auf Klatsch hier sachlich einzugehen. Den Vorwurf, Genosse Bernstein, den ich gegen Sie erhoben habe, daß Sie private Vorkommnisse in Privatgesellschaften unter Namensnennung öffentlich ausbeuten, den haben Sie nicht zurückgewiesen. Ich fordere Sie auf, deshalb um Entschuldigung zu bitten, dann wollen wir weiter reden. (Beifall.)

Das Wort erhält nunmehr **Heine**. Als er die Tribüne betritt, erschallen laute Schlußrufe.

Singer: Es giebt keine parlamentarische Möglichkeit, persönliche Bemerkungen durch Schlußanträge oder sonst zu unterdrücken, wir müssen diesen Vogel von persönlichen Bemerkungen über uns ergehen lassen. (Auf: Stadhagen ist auch abgewiesen!) Stadhagen ist nicht abgewiesen, weil er sich zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet hat, sondern ich habe ihm gesagt, er bekommt nicht mehr das Wort zu einem Gegenstand, der vollständig erledigt ist.

Heine: Es giebt aber eine Möglichkeit, die Sache auf andre Weise zu Ende zu führen, indem nämlich der, der das Wort hat, darauf verzichtet, und da ich schon einmal etwas gesagt habe und eine Sache nicht darum richtiger wird, weil sie Lebedour wiederholt, so verzichte ich auf Wort.

Thiele: Halle berichtet, im Rahmen einer persönlichen Bemerkung auf die Ausführungen Ulrichs zu erwidern, daß es für eine Resolution nicht möglich sei, ein Budget aufzustellen, wird aber von Singer daran verhindert.

Jubel: Ich habe den Ruf „Hui“ gegen Heine nochmals gebraucht, und zwar erstens wegen seiner Ausführungen gegen Parvus und zweitens, weil er auf öffentlichem Parteitag seinen Freund Herrn v. Gerlach verteidigte, ohne auch nur ein Wort gegen Gerlachs Angriffe auf Singer, Lätarow oder mich übrig zu haben.

Singer: Das war nicht persönlich.

Gerlach erklärt in seinem

Schlußwort,

daß eine in der geschlossenen Sitzung berührte persönliche Angelegenheit von dem betreffenden Genossen der künftigen Kontrollkommission zur Untersuchung übergeben worden ist.

Vebel giebt folgende Erklärung zu Protokoll: „Die Erklärung des Genossen Heine, daß gute Beziehungen des Genossen Vollmar zur bayerischen Regierung die Aufenthaltsgestattung des Genossen Parvus ermöglicht hätten, entspricht, wie ich seit längerer Zeit aus der besten Quelle weiß, nicht den Thatsachen.“

Singer teilt mit, aus Lössau i. S. sei eine Depesche eingelaufen, wonach unsere Genossen in zwei Wahlkreisen gesiegt und in 4 Kreisen zur Stichwahl gelangt seien. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall und Händeklatschen. Geht eilt zum Bureau.)

Singer:

Wir wird soeben mitgeteilt, daß der Jubel ein wenig verflüht war. Hoffentlich war er aber ein gutes Omen. Wir wird soeben mitgeteilt, daß dieses Resultat erst das Resultat aus der dritten Wählerklasse ist und daß erst morgen und übermorgen die beiden andern Klassen zu wählen haben.

Es folgt der letzte Punkt innerhalb des Geschäftsberichts: die Diskussion über den in den Angelegenheiten der

Accordmaurer

gefaßten Schiedspruch. Die weitere Angelegenheit soll vollkommen getrennt davon behandelt werden und zwar erst, wenn die Revisionskommission mit der Untersuchung fertig ist.

Zur Behandlung stehen die Anträge 27, 28, 29, 88—89, 99, 102, 112, 118 und 114. Sämtliche Anträge gelten als genügend unterstützt.

Die Anträge lauten:

27. Parteigenossen in Breslau, im Wahlkreis Dortmund-Hörde, in Düsseldorf, in Magdeburg, in Staßfurt und in Zwickau: Der Hamburger Schiedsgericht ist zu kassieren, eventuell dem § 2 des Organisationsstatuts eine präzisere Fassung zu geben.

28. Parteigenossen in München und Halle: Den Hamburger Schiedsgericht aufzuheben und den Ausschluß der betreffenden Hamburger Accordmurer auszusprechen.

29. Parteigenossen des 1. Berliner Wahlkreises protestieren entschieden gegen das Urteil der Controlleure in Sachen der Hamburger Accordmurer und verlangen Aufhebung desselben.

33. Die am 2. September tagende Mitglieder-Versammlung des Socialdemokratischen Vereins für den 2. Hamburger Wahlkreis hält trotz des Entschlusses der Parteicontroleure an dem am 6. August von den gemeinsam versammelten Wahlvereinen aufgestellten Grundfäden in Bezug auf den Streitfall mit den Accordmurer, soweit sie Parteimitglieder sind, fest. Sie hält nach wie vor den in dieser Angelegenheit gefällten Schiedsgericht für einen Fehlspruch schlimmster Sorte und betrachtet die in der Begründung aufgestellten Grundfäden als mit den Grundfäden, die bisher in der allgemeinen Arbeiterbewegung in Bezug auf Disziplin, Unterordnung und Solidarität bestimmend waren, für nicht vereinbar. Von dem Parteitag in Lübeck erwartet die Versammlung, daß er diesen Fehlspruch aufhebt, und somit die altbewährten Grundfäden, wie oben genannt, wieder aufrichtet. In einem andern Beschlusse erklährt die Versammlung eine schwere Gefahr, wenn nicht ja eine Zerstörung der in der Arbeiterbewegung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu verzeichnenden Eintracht und Geschlossenheit.

34. Parteigenossen in Altona: Die Versammlung erklährt, daß sie es für notwendig erachtet, daß der Schiedsgericht in der Angelegenheit des Ausschlusses der Accordmurer beseitigt wird und eine Entscheidung getroffen wird, wodurch die Interessen der in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung kämpfenden Arbeiterklasse besser gewahrt werden wie in dem Schiedsgericht.

35. Die Mitglieder-Versammlung des Distrikts Eilbek (3. Hamburger Wahlkreis) richtet an den Parteitag das Ersuchen, sich in Sachen des Ausschlusses der Accordmurer nicht auf den Standpunkt des Schiedsgerichts und der Kontrollkommission zu stellen. Die Handlungsweise der Accordmurer wird von der großen Mehrheit der Hamburger Parteigenossen als eine ehrlose betrachtet und der Parteitag deshalb ersucht, im Interesse der gedeihlichen Weiterentwicklung der Partei-Organisation in Hamburg den in mehreren Versammlungen angenommenen Ausschlußantrag zu bestätigen.

36. Die Parteigenossen des Wahlkreises Buzlau-Lüben stellen an den Parteivorstand das Ersuchen, den Spruch des Schiedsgerichts in Sachen der Hamburger Accordmurer zu kassieren.

37. Parteigenossen des 1. badischen Kreises erklären sich mit dem Schiedsgericht in betreff der Accordmurer nicht einverstanden.

38. Die Konferenz des 9. badischen Reichstags-Wahlkreises kann sich dem Schiedsgericht der Kontrollkommission in Sachen der Hamburger Accordmurer nicht anschließen. Sie ist der Ansicht, daß ein wirklicher Streikbruch vorliegt. Die Fällung des Schiedsgerichtes beweist nach Ansicht der Konferenz die Unhaltbarkeit des § 2 des Organisationsstatuts; sie hält Fälle ähnlicher Natur für vermieden, wenn der Ausschluß wieder in den örtlichen Parteiveren erfolgt.

39. Die Parteigenossen des 17. sächsischen Reichstags-Wahlkreises erwarten vom Parteitag, daß er den gefällten Schiedsgericht in Sachen der Hamburger Accordmurer richtig stellt und ausdrückt, daß die Accordmurer als Streikbrecher anzusehen sind. Die Parteigenossen sind der Hoffnung, daß solche Anträge seitens der Gewerkschaften in Zukunft von der Partei zurückgewiesen werden.

39. Die heutige Versammlung hält den Schiedsgericht in Sachen der Hamburger Accordmurer für einen Fehlspruch und ist der Ansicht, daß die Accordmurer ehrlos gehandelt haben. Sie ersucht den Parteitag, den Schiedsgericht aufzuheben und den Ausschluß der betreffenden Hamburger Accordmurer auszusprechen.

Socialdemokratischer Verein in Straßburg
des Wahlkreises Raumburg-Weiskensfeld-Heiz.
gez. Hugo Peter, Vorsitzender.

102. Der Parteitag erklährt:
Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Respektierung der Beschlüsse der Mehrheit durch die Minderheit gemäß den Grundfäden der Demokratie.

Der der Partei oder seiner Berufsorganisation in einem von ihnen geführten Kampf durch Thaten entgegenwirkt oder Sonderhandlungen zur Förderung solcher Segenaktion betreibt, verliert wider das vorantwendete Lebensprinzip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, als sie in diesem Verhalten beharren.

Ed. Bernstein und 17 Genossen.
112. Die Mitgliederversammlung des socialdemokratischen Vereins Erfurt stellt den Antrag, der Parteitag möge den Schiedsgericht über den verlangten Ausschluß der Accordmurer in Hamburg aufheben und dieselben aus der Partei ausschließen.

113. Der Parteitag erklährt, daß er die Begründung des Schiedsgerichtes in der Hamburger Angelegenheit als richtig nicht anerkennt.

Er lehnt es jedoch ab, wegen Streikbruchs den Ausschluß aus der Gesamtpartei zu vollziehen und überläßt es den örtlichen Partei-Organisationen, im Einzelfall zu entscheiden, ob der Ausschluß von Streikbrechern aus der örtlichen Organisation erfolgen soll.

C. Regien, Hoch, L. Emmel, C. Windhoff, Anard, Wühl, Keil, V. Grosse, F. Bartels, G. Stolpe, F. Wittner, J. Gogowski, C. Klop, C. Eberle, Karl Weigner, J. Krohn, J. Jakobson, Fr. Torgler, Fr. Darm, H. F. W. Deutsch, J. Joss, Anton Walter, Al. Müller, A. Körten, Emma Jbrer, Carl Jurs, Alex. Ab. Rudolph, Düssel, Wähler, Paul Müller, G. Socer, B. Breuer, Almsdorf, Th. Müller, Job. Stanning, Fanny Jule, G. Hittmann, A. v. Elm, G. Steinbach, Wöhl, A. Möse, Anieriem, A. Kaitz, Veyer, Louise Jieg, G. Käppler, Schmidt (Frankfurt), J. Effinger, Röhloff, Otto Goerle, Pfäfer, Ray, A. Wesemeier, G. Thöne, J. Saase, Scheidemann, Grinpe.

114. Der Parteitag als Vertreter der in der Socialdemokratie organisierten Klassenbewußten deutschen Arbeiterklasse stimmt mit den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften, als den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, überein in der rückhaltlosen Verurteilung des Streikbruchs.

Der Parteitag erkennt auch an, daß die Gewerkschaften im Interesse ihrer Selbsterhaltung und der Erfüllung ihrer Aufgaben den Streikbruch mit aller Energie bekämpfen und ahnden müssen, daß aber die Führung dieses Kampfes und die Wahl der Kampfmittel in erster Linie den Gewerkschaften überlassen bleiben muß.

Dagegen lehnt der Parteitag es ab, in jedem Streitfall zu den Beschlüssen der Gewerkschaften über ihre Organisation und Taktik Stellung zu nehmen, oder von solchen Beschlüssen oder dem Verhalten der gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen dazu, die Zugehörigkeit zur Gesamtpartei abhängig zu machen.

Der Parteitag erklährt, daß das Schiedsgericht nach dem Wortlaut des Parteistatuts und dem ihm vorgelegten Tatsachenmaterial zu keinem andern Beschlusse als dem gefällten Urteil gelangen konnte.

Der Parteitag muß es den örtlichen Parteiorganisationen überlassen, zu entscheiden, mit welchen Mitteln sie den Centralverband der Maurer in seinem Vorgehen gegen die Hamburger Accordmurer unterstützen können, und namentlich in wie weit sie ein Zusammenarbeiten mit ihnen in ihren Parteiorganisationen für möglich halten.

H. Fischer-Berlin, Heine-Berlin, Singer, A. Gerisch, Mollenbuhr, Ginge, Ledebur, Grünwald, Bohn-Verein, Rosbigl, Schwarz, Antrich, Calver, Cohn, Förster, Alex. Barm, Steinbrügger, Emil Haber, Webel, Hug, W. Meyer, C. Ulrich, Landgraf, G. Goldstein, R. Lipinski, P. Reiffhaus, M. Kiesel, A. Schnell, V. Scholz, Brandt, Frau Thiel, Ottilie Goader, Jubel, Stadthagen, A. Hoffmann, E. Basner, B. Geise, Keul, K. Koge, Schlichtholz, Thiele, W. Stoab, A. Reiwand, A. Leopoldt, Albrecht, Halle-Berlin II, Geyer, J. Weister, Kaden, Jettin, Theodor Wegner, David, B. Eberhardt, E. Ernst, Frohne, Brendrich, Stolpe.

Das Wort erhält der Referent
Hömelburg:

Die Angelegenheit hat in der Presse und in Versammlungen recht viel Staub aufgewirbelt. So weit ich der ganzen Diskussion folgen konnte, habe ich gesehen, daß in der Sache selbst eine unangenehme große Unklarheit herrscht. Ich werde mich bemühen, diese Unklarheit zu lichten. Zunächst aber einige Vorbemerkungen. Die Controlleure haben sich besonders in ihrem Bericht darüber beschwert, daß man ihnen Vorwürfe der schwersten Art gemacht und daß man bei der Diskussion der Frage einen Ton angeschlagen habe, der verletzen mußte. Die Erregung war aber auch ziemlich groß und hat zu heftigen Auseinandersetzungen geführt, bei denen manches scharfe Wort gefallen ist, das bei ruhiger Ueberlegung besser beiseite geblieben wäre. Diese Seite in der Diskussion kommt aber um so weniger in Betracht, als die Redner in diesen Versammlungen nicht Akademiker sondern Arbeiter waren. Wenn Akademiker trotz ihres feineren Schiffs und ihrer höheren Bildung über die Stränge schlagen, dann mag man es auch dem Arbeiter nicht so verübeln. (Zustimmung.) Ich habe oft gehört, daß man von den Hamburger Angelegenheit als von einer Angelegenheit des Maurerverbandes gesprochen hat. Das ist vollständig unrichtig. Es handelt sich nicht um eine Angelegenheit der Maurer, sondern der Hamburger Parteigenossen. Sie haben die Anträge gestellt, mit denen wir uns hier zu befassen haben. Es ist weiter von verschiedenen Seiten behauptet worden, mit dieser Angelegenheit suche eine Clique einen Teil in die Arbeiterbewegung zu treiben.

In einem Artikel des „Vorwärts“ vom Genossen Auer in Nr. 215 heißt es: „Aber komisch wird es in weiten Parteilreisen empfunden, daß dieselben Leute, die im angeblichen Interesse der Neutralität sich fürgesetzt über Bevormundung der Gewerkschaften aus den Reihen der Partei beschwerten, jetzt einen rein gewerkschaftlichen Vorgang vor das Forum der Partei zerrten und ein Urteil derselben provozieren.“ Und in Nr. 206 des „Vorwärts“ schreibt Auer: „Das letzte Wort hat jetzt der Parteitag, und ich bin nicht im leisesten Zweifel darüber, daß dort den im Trüben sitzenden Herren, denen der Accordmurer-Fall als willkommene Gelegenheit erscheint, ihre Batterien zu demaskieren, ihr Treiben recht gründlich verurteilt werden wird.“

Und in einem Bericht des „Hannoverschen Volkswillen“ über eine Rede Weisters heißt es im Sperrdruck: „Das Ganze sei nichts als ein künstlich konstruierter Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft. Es gäbe Elemente, die auf eine solche Gelegenheit längst gewartet hätten.“

Aus d. n. Aeußerungen Auers in der Presse kann man schließen, daß wir es hier einzig und allein mit einer Sache zu thun haben, die vielleicht von Regien oder Elm provociert worden ist. Auch die Zusammenstellung des Aktenmaterials, das gedruckt vorliegt, führt auf solche Schlüsse. Man bringt Presstimmen, aber nicht etwa alle, sondern nur den Artikel im Korrespondenzblatt und Teile des Artikels von Elm in den „Socialistischen Monatsheften“. Ich stelle dem gegenüber fest, daß es sich hier nicht um die Sache einzelner Personen handelt. Das ist nicht der Fall. Die Frage hat zahlreiche Versammlungen in Hamburg beschäftigt, und wenn gesagt worden ist, es wäre besser gewesen, die Hamburger hätten die Angelegenheit unter sich ausgemacht, nun, mir und allen Hamburgern wäre nichts lieber, als wenn das möglich gewesen wäre. (Sehr richtig!) Wir haben uns sonst nie in irgendwelchen gewerkschaftlichen Kämpfen an die Gesamtpartei gewandt, sondern die unklarerer Elemente sofort selbst ausgeschlossen. Noch nach dem Hafnarbeiter-Streik haben wir sofort erklährt, der Streikbruch sei eine ehrlose Handlung und die Geschlossenheit nicht unter uns gebildet. Wer aber hat uns denn gerade zuerst darauf aufmerksam gemacht, daß das jetzt nicht mehr so ginge? Das war Mollenbuhr. Gleich in der ersten Versammlung hat er auf das veränderte Organisationsstatut hingewiesen und fragte: So geht das nicht wie früher; Ihr könnt nicht ohne weiteres ausschließen. Auch der Parteivorstand und die Controlleure sind der Meinung, daß alle Ausschlußfragen aus socialdemokratischen Vereinen durch Schiedsgericht erledigt werden müßten.

Wir haben die Sache gewiß nicht provociert, um Radau zu machen. Ich protestiere dabei dagegen, daß in den Aktenstücken über den Schiedsgericht, dem amtlichen Material über den Fall, Dokumente veröffentlicht worden sind, deren Richtigkeit von seiner Seite garantiert werden kann. Ich meine den Brief des Genossen Schmid, des Vorsitzenden des Zimmererverbandes, der dem Parteivorstand von dritter Stelle zur Verfügung gestellt worden ist. Ich wäre übrigens dankbar, wenn Auer nachher diese dritte Stelle nennen wollte. Es wäre mir lieb, zu wissen, an wen man solche Briefe schreibt, ohne daß die Mitglieder des Vorstandes der Zimmererorganisation davon Kenntnis erhalten. In den „Aktenstücken“ sind auch zwei Flugblätter veröffentlicht worden, sicherlich in der bestimmten Tendenz zu zeigen, mit welchen Mitteln in Hamburg gearbeitet worden ist. In Hamburg hat man mit verschieden Worten angedeutet, die Maurerarbeitsteile, von denen das eine Flugblatt ausgeht, seien zu dumm, so etwas zu machen, es müßten andere Leute dahinterstehen. Nun ich erkläre, niemand von uns hat, so viel ich weiß, von der Ansicht, das Flugblatt zu veröffentlichen, Kenntnis gehabt. Hätten mich meine Kollegen gefragt, ich hätte entschieden abgeraten. In den Versammlungen ist oft behauptet worden, wir wenden uns gegen die Accordarbeit im allgemeinen. Das ist nicht der Fall. Hier lag Streikbruch vor, der den Ausschluß aus der Partei begründet. Kein Gewerbe eignet sich für die Accordarbeit so wenig wie das Baugewerbe, denn da ist die Accordarbeit Kolonnenarbeit, bei der jedes Solidaritätsgefühl in die Urände gehen muß. Bei Accordarbeit im Baugewerbe ist eine Organisation ganz unmöglich. Es liegt auch im öffentlichen Interesse, daß im Baugewerbe keine Accordarbeit herrscht. Verpflichtet ein Schuhmacher ein Paar Stiefel, dann kann man sich an ihn halten; wird ein Bau versucht, so weiß man bei der Accordarbeit nicht, an wem die Schuld lag. Es ist Thatsache, daß die Schwindelbanten in Accordarbeit gemacht sind. Früher waren in Hamburg hohe Accordlöhne, Sie haben ja von den Champagnertrinkenden Maurern sicherlich in der Presse gelesen, thatsächlich wurden Accordlöhne von 1 Mark pro Stunde gezahlt. 1890 waren es dann die Unternehmer, die in Accord nicht mehr zahlen wollten. Es kam die Cholera, 15 000 Wohnungen standen leer, die Arbeitslosigkeit unter den Maurern war furchtbar, und nun kamen die Unternehmer und verlangten das höchste Maß von Leistungsfähigkeit, das früher in Accord zu erzielen war. Die Organisation ging in die Brüche, es waren 1895 hunderttausend organisiert als im Jahre 1889 Tausende organisiert gewesen waren. Da haben die Schwindelmeister den Accord wieder eingeführt. 1897 stimmten bei einer Enquete von 1935 befragten Personen 1525 gleich 79 Proz. für Aufhebung der Accordarbeit und nur 129 gleich 6 Proz. für ihre Beibehaltung, der Rest enthielt sich der Abstimmung. Wir hätten die Abschaffung der Accordarbeit schon damals 1897 durchgeführt, wenn unsere Organisation nicht zu schwach gewesen wäre. 1900 kamen wir dann zu der Vereinbarung mit den Unternehmern. Wird ein Tarif

zwischen zwei Organisationen verabredet, so ist es immer notwendig, dieselbe Verpflichtung auch bezüglich der außerhalb stehenden Unternehmern auszusprechen. So wird es immer gehandhabt und es kann sich niemand von den beteiligten Accordmurern darauf berufen, daß sie das nicht gewohnt hätten; sie sind in den Versammlungen anwesend gewesen und haben mitgestimmt. Nun stellte es sich heraus, daß eine Anzahl von Maurern in Accord arbeiteten. Wir stellten sie zur Rede; zunächst leugneten sie es; erst als der Unternehmer sie um die Accordüberschüsse befragen wollte und sie vor das Gewerbegericht gingen, mußten sie es zugeben. Nun erfolgte auch der Organisationsbruch unter Verletzung des demokratischen Prinzips, auf dem die Arbeiterbewegung beruht. Es begann eine Jagd nach Accordarbeit, denn von den Unternehmern ging das nicht aus. Mit den schamhaftesten Mitteln wurde versucht, die Leute für ihre Organisation zu gewinnen. Wir hatten laut Vereinbarung die Verpflichtung, sie an der Accordarbeit zu hindern. Was sollen wir thun? Sie vom Bau zu prägen ist leider nicht gestattet; da mußten wir die Arbeitsplätze sperren. Hier liegt nun der Schwerpunkt in dem ganzen Schiedsgericht: In dem Moment, in dem wir die Sperre über die Bauten verhängten, lag ein Streik vor. Das Schiedsgericht verneint das. Darum allein dreht es sich, alles andere ist Nebenache. Ich habe es in meiner gewerkschaftlichen Praxis nicht anders kennen gelernt, als daß die Sperre verhängt wurde und die, die sich ihr nicht fügten, als Streikbrecher bezeichnet wurden. Noch vorgestern hat ein Unternehmer in einem ähnlichen Falle nachgeben müssen, wo es sich um nichtorganisierte handelte. Aber hier erklärten die Leute: Die Arbeit einzustellen, fällt uns nicht ein. Ich frage die Controlleure und auch die Schiedsrichter, ob nach der gewerkschaftlichen Praxis die Leute, die trotz der Sperre bei der Arbeit bleiben, nicht Streikbruch verübt haben. Der Zustand war schon früher bei den Gewerbevereinen. Aber weiter! Es heißt in dem Schiedsgericht: „Doch Accordarbeiter an einer Arbeitsstätte weitergearbeitet haben, über welche der Verband wegen Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis, sei es wegen Lohn, Arbeitszeit oder inhumaner Behandlung der Arbeiter, die Sperre verhängt hat, ist weder erwiesen, noch während der Verhandlungen behauptet worden.“ Auch die Accordarbeiter sagen, wenn wegen schlechter Behandlung oder schlechter Arbeitsbedingungen die Arbeit niedergelegt wird, so nehmen wir sie nicht auf. Nun gehört die Frage der Abschaffung der Accordarbeit aber zu den Hauptforderungen der Maurer, und diese Forderung wird durch das Urteil des Schiedsgerichts einfach korrigiert. Niemand hat das Recht, die Forderung der Abschaffung der Accordarbeit von ihrem Programm zu streichen. Ich will den Schiedsrichtern keinen Vorwurf machen, sie haben nicht gemerkt, daß sie durch ihr Urteil eine Korrektur an dem vornahmen, was wir uns als erstrebenswert zur Aufgabe gemacht haben.

Ein weiterer Einwand, auf den ich in Versammlungen gestoßen bin, ist der, daß Streikbruch nicht in Frage kommen kann, da es sich gar nicht um einen Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern handelt. Dieser Einwand ist durchaus hinfällig. So lange mir nicht der Beweis gebracht wird, daß der Maurerverband nicht berechtigt war, die Sperre zu verhängen, und so lange mir nicht bewiesen wird, daß die Forderung der Abschaffung der Accordarbeit unberechtigt ist, so lange kann ich nicht zugeben, daß kein Streikbruch vorliegt. Streikbruch aber hat das Schiedsgericht selbst als ehrlose Handlung bezeichnet.

Die Leute haben sich über das Urteil des Schiedsgerichts sehr weise wie ich gefreut, aber wer sind diese Leute? In ihrer Charakterisierung verweise ich zunächst auf den Fall Dahl. Durch die Hände der Schiedsrichter ist doch das Erkenntnis des Hamburger Gewerbegerichts gegangen, wonach Dahl seinen Arbeitern die Summe von 474,00 M. schuldig geblieben ist. Die Vertreter der Accordmurer sagen in ihrer Rechtfertigungsschrift, es handle sich hier nicht um zurückgehaltene Löhne, sondern um einen Accordüberschuss, und sie sagen: „Die Sperre über den Bau von Dahl wurde erst verhängt, nachdem wir die Arbeit aufgenommen hatten.“ Das zeigt, wie groß die Wahrheitsliebe dieser Leute ist. Dahl hat zu einer Zeit, wo die Accordarbeit noch nicht ausgeschlossen war, Bauten im Accord aufzuführen lassen, er konnte den Maurern den Lohn nicht zahlen und zu helen war bei ihm nichts. Nach längerer Zeit übernahm er wieder einen Bau und da wurde die Sperre über ihn verhängt. Er wendete sich an den Vorstand der Organisation mit der Bitte, vorläufig die Sperre aufzuheben und ver sprach, sobald der Bau fertig sei und er Geld erhalten würde, den rückständigen Lohn zu zahlen. Darauf gingen unsere Leute ein, und als nun die Zeit da war, und unser Vorsitzender ihn an sein Versprechen erinnerte, was hat Dahl da? Er nimmt eine Kolonne Accordmurer an und entläßt die andern. Erst beschwindelt er die Arbeiter um ihren Lohn, und dann hält er nicht mal sein Versprechen. Das hat unser Bevollmächtigter den Leuten auf dem Bau vorgestellt, aber die Accordmurer haben einfach die Arbeit aufgenommen und durchgeführt und sich noch in der schamhaftesten Weise gegen die Organisation ausgelassen. An demselben Abend konnte die Annonce für das „Echo“ nicht mehr aufgegeben werden; daher kommt es, daß die Sperre erst am 10. aufgehoben wurde. Die Leute haben thatsächlich auf einem Bau gearbeitet, der gesperrt war, weil der Unternehmer den Arbeitern den Lohn schuldig geblieben ist.

Auf den Fall Baumgarten scheint Auer besonders großes Gewicht gelegt zu haben. Wie war dieser Fall? Die Sperre wurde allerdings verhängt, bevor die Accordarbeiter da waren, aber man muß die gewerkschaftliche Taktik kennen, die darauf hinausläuft, daß man die Sperre dann verhängt, wenn es den Unternehmer am meisten schmerzt. So war es auch hier. Bezeichnend war es, daß die Leute sich nicht scheuten, in diesem Falle sogar die Zimmerarbeiten auszuführen. Als ich den Schiedsgericht las, sagte ich mir, so etwas ist ja unmöglich. Die Angeklundigten sollen sich gewissermaßen in der Notwehr befinden haben, als sie die Sperre ignorierten. Nun das muß ich sagen: Hätten die Schiedsrichter so viel schwere wirtschaftliche Kämpfe kennen gelernt, wie ich in den letzten Jahren, hätten sie kennen gelernt, wie schwer es ist, gegen das Unternehmertum anzukämpfen, so wären diese Worte nicht gebraucht. (Sehr richtig!) Die Accordmurer hätten sich nur dem Beschluß der Mehrheit zu fügen brauchen. Selbst ein Landgerichtsdirektor hat die Sperre als berechtigt anerkannt. Die Accordarbeiter hätten jederzeit zur Organisation zurückkehren können, die Sache wäre erledigt und irgendwelche Unannehmlichkeiten wären ihnen nicht bereitet.

Es heißt weiter in dem Schiedsgericht: „Die Angeklundigten haben bei dieser Arbeitsmethode seit Jahren ihr Auskommen gesucht und recht und schlecht auch gefunden. Sie sind überzogen, daß das, was sie seit Jahren im Bunde mit ihren Kollegen und gewerkschaftlichen und politischen Kampfgenossen gemeinsam geübt haben, nun unmöglich mit einem Schläge eine ehrlose Handlung geworden sein könnte.“ Ich mache darauf aufmerksam, daß die Accordarbeit in Hamburg fast 10 Jahre nicht möglich war, die Leute wußten ganz genau, daß sie Unrecht handelten. Ich habe wirklich geglaubt, sie würden sich ihres parteigenösslichen Gewissens erinnern und von ihrem Thun ablassen. Aber das ist Ihnen nicht eingefallen. Das Schiedsgericht hat ihr Verhalten aufs schärfste verurteilt. Ist aber leider nicht zu dem Schluß gekommen, daß sie ehrlos gehandelt haben. Haben Sie gehört, daß auch nur ein einziger von ihnen von seinem Thun abgelassen hat? Ist ihnen gar nicht eingefallen! Und auch, nachdem die Controlleure ihr Verhalten doppelt scharf verurteilt haben, sind sie bei ihrem Treiben geblieben, und in ihrer Rechtfertigungsschrift sprechen sie es ja auch ganz klar aus, daß sie nicht die Absicht haben, in der Folgezeit davon abzulassen. Mit solchen Leuten hat man es zu thun.

Das schwerste, was ich Ihnen vorwerfe, ist der Organisationsbruch. Sie haben es den Hamburger Arbeitern auf lange Zeit hinaus unmöglich gemacht, die neuerrundige Arbeitszeit zu erringen. (Sehr wahr!) Sie haben den Rücken des Unternehmertums gestärkt. Wenn ich mir das alles vergegenwärtige, so sage ich mir, sie haben nicht bloß ehrlos gehandelt, nein, ich kann mir überhaupt keinen Menschen denken, der so schlecht ist, wie diese Personen. Wenn ihre Handlungen nicht ehrlos sind, so giebt es überhaupt nichts Ehrloses. (Sehr richtig!) Die Leute sind Streikbrecher. Dabei bleibe ich,

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Auer:

Trotz meines körperlichen Befindens halte ich die Ueberrahme des Referats doch für eine Ehrenpflicht gegen den Referenten und gegen die Parteigenossen. Nachdem ich Bömelsburg gehört habe, bin ich noch mehr als vorher davon überzeugt, daß, wenn nicht unterirdische Dritte sich dazwischen geschoben hätten, die Partei und die Maurer sich wie bisher, so auch bei dieser Gelegenheit ganz gut vertragen hätten und daß die Differenzen überhaupt nicht entstanden wären. Aber die Ausführungen Bömelsburgs können doch auch nur mit dem üblichen Körnersatz richtig angesehen werden. Hier habe ich einen Brief, der die Ueberrahme trägt: Centralverband der Maurer Deutschlands und der verwandten Berufsgenossenschaften, Zahlstelle Hamburg, datiert vom 9. Februar 1901, und mit der Unterschrift Ihres Kollegen Auer. Er lautet: „Werter Genosse! Im Auftrage einer am 31. Januar d. J. abgehaltenen Mitgliederversammlung habe ich den Vorständen der drei Hamburger Wahlkreise folgenden Antrag zu unterbreiten: Die Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Maurer Deutschlands, Zahlstelle Hamburg, ersucht die Vorstände der drei Hamburger Wahlkreise, auf die Tagesordnung der nächsten kombinierten Mitgliederversammlung zu setzen: Ausschluß aller derjenigen Maurer aus dem socialdemokratischen Verein der drei Hamburger Wahlkreise, welche an einer von dem Centralverbande Deutschlands, Zahlstelle Hamburg, gesperrten Arbeitsstelle gearbeitet haben, sowie auch derjenigen, welche sich in dem Verein „Freie Vereinigung der Maurer Hamburg“ vereinigt haben zu dem ausgesprochenen Zweck, als Streikbrecher zu arbeiten.“

Es ist ja ganz nebenbei, wer das Kamidell ist, das angefangen hat, aber es geht hieraus doch ganz klar hervor, daß entgegen der Behauptung Bömelsburgs, die Sache sei von den Maurern gar nicht angeregt worden, sie in der offiziellsten Form von jener Seite an die Partei-Organisation herangebracht ist.

Von unendlicher Wichtigkeit aber für den Fall Baumgarten ist der Brief von dem Vorsitzenden der Hamburger Zimmerer-Organisation E. Schmal. Man hat es immer als vernünftig für den Schiedsrichter hervorgehoben, daß die Accordmaurer sogar Zimmerarbeit hergestellst haben, das sei ehelos. Hüttmann hat ja schon loyal zugegeben: wir hatten den Verdacht, daß die Arbeiter auf dem Bau Baumgarten, 14 Mann — Accordarbeiter, die aber wohlverstanden nicht im Accord, sondern mit den 35 Verbandsmaurern im Tagelohn arbeiteten —, wenn der Bau mauerfertig ist, dann in Accord arbeiten würden, und um ihnen das Präventiv zu spielen, habe er sich mit seinen Kollegen und dem Leiter der Verbandsstelle in Verbindung gesetzt und gesagt: halt einmal, die wollen wir hinausgraulen! Sie haben ihre Organisationsinteressen, die wirklichen oder vermeintlichen, gewahrt. Das ist ihr Recht; für uns kommt es aber nur darauf an, ob die Handlung dazwischen, die wir ausschließen wollen, ehelos war. Nach Meinung Hüttmanns war die Gelegenheit gekommen, einen Schlag gegen die Mitglieder der Vereinigung zu führen. Er hatte in Erfahrung gebracht, daß einige dieser Leute an Baumgarten herangekommen und ihn gefragt hätten, ob er nicht in Accord arbeiten lassen wolle. Dieser habe es zwar abgelehnt, aber die Gefahr sei vorhanden gewesen, daß wenn der Bau mauerfertig sei, die Verbandsmaurer entlassen und die Pub- arbeiter in Accord angefertigt werden würden. Es fanden Besprechungen der Maurer und Zimmerer getrennt statt. Die Leitung der Zimmerer machte darauf aufmerksam, daß weder Accordarbeit noch sonstige Differenzen auf dem Bau vorhanden (Hört! hört!), ein richtiger Grund zur Aussperrung überhaupt nicht vorhanden sei; man solle sich das Vorgehen sorgfältig überlegen, es könnte eine Niederlage die Folge sein. Weil aber die Verhältnisse günstig lägen, seien sie gewillt, die Maurer in ihrem Kampf gegen die Accordarbeit zu unterstützen. Er machte einen Vermittlungsvorschlag, der aber von der Leitung der Verbandsmaurer abgelehnt wurde (Hört! hört!); diese erklärte, wenn die Zimmerer nicht mitmachen würden, so würden sie allein vorgehen. Da haben die Maurer die Arbeit niedergelegt. Und nun das Entscheidende: Von Seiten des Vorstandes der Zimmerer wurde, weil Gründe nicht angegeben waren, auch keine Sperre über die Arbeiten verhängt. (Hört! hört!)

So also lag die Sache: es war ein tatsächlicher Zug der Maurer, deren Berechtigung oder Unberechtigung mich nichts angeht. Wir werden und müssen uns hüten, in die gewerkschaftlichen Kämpfe, in die Handhabung der Angelegenheiten der einzelnen gewerkschaftlichen Organisationen uns hineinzuwickeln. Wenn aber diese Organisationen umgekehrt zu uns kommen und sagen: wir haben die und die bei uns ausgeschlossen, das ist eine ehelose Handlung und Ihr habt ohne Prüfung die Betroffenen aus der Partei hinauszuwerfen — das können, das dürfen wir nicht. Und wenn wir auf diese schiefe Ebene Ihnen folgen würden, Parteigenossen, die Sie den Gewerkschaften angehören und unter schwierigen Verhältnissen sie zu leiten haben, Sie würden in ganz kurzer Zeit diese Stellungnahme zu bedauern haben. Wenn irgend ein Fall zeigt, wie richtig die Anschauungen der Schiedsrichter gewesen sind, so ist es gerade dieser Fall Baumgarten. Wir können nicht einseitig wie Bömelsburg den Standpunkt der Maurer in Betracht ziehen, wir haben zu untersuchen, ob eine ehelose Handlung vorliegt. Besteht diese darin, daß Hüttmann und seine Freunde die Vermutung hatten, die Maurer könnten später in Accord arbeiten, und daß er auf Grund dieser Vermutung sagte, Schmeißen wir sie vorher schon hinaus, ehe die Möglichkeit eintritt; daß die Zimmerer bestimmt wurden, auch mitzugehen und daß dann die Maurer die paar Balken unter Leitung des Poliers gelegt haben, um weiter arbeiten zu können? Die Zimmererleitung erklärt ausdrücklich, von Seiten der Zimmerer ist überhaupt keine Sperre verhängt. Sie muten der Partei eine Aufgabe zu, die sie nicht erfüllen kann.

Und nun zum Schiedspruch selbst. Bömelsburg behauptet, das Urteil des Hamburger Gewerkschafts habe unter den Schiedsrichtern circulierte; möglich, aber ich konstatiere, daß ganze Material, das den Schiedsrichtern vorgelegt wurde, ist der Brief, den Sie auf Seite 5 des Schiedspruchs abgedruckt finden. Nur meiner Initiative ist es zu verdanken, daß wir überhaupt erfahren haben, wen wir denn überhaupt ausschließen sollten. Ich mußte erst an Stubbe nach Hamburg schreiben, um das Objekt für den Ausschluß zu ermitteln. Da erhielt ich von Stubbe ein Verzeichnis von 103 Maurern; die sollten ausgeschlossen werden, die andern werden dann folgen; kein Wort davon, ob sie Parteigenossen, ob sie organisiert sind. Ich frage an; da schrieb mir Stubbe: das wird schwer halten, festzustellen (Heiterkeit), aber wir werden den Versuch machen! Da stellte sich denn heraus, daß die Mehrheit 53, überhaupt gar keine organisierten Parteigenossen waren. Ohne mich wäre die Sache ausgegangen wie das Hornberger Schießen.

Ungemein interessant ist aber der Fall Dahl. In dem Verzeichnis der 103 sind alle Bauten mit Namen genannt, aber den Dahlfischen Bau finden Sie in dem ganzen Schriftstück nicht mit einem Worte erwähnt. (Hört! hört!)

Was ist das für eine Art und Weise, Anlagen vorzubereiten, bei denen es sich um den Ausschluß von 50 Genossen handelt, die unter dem Socialistengesetz tren ihre Pflicht erfüllen haben? Gätte ich nicht Ordnung in diese Schweinerei gebracht, so hätten wir alle 108 Genossen ausgeschlossen, darunter aber nicht einen einzigen von dem Bau Dahl, wo angeblich solche Mißstände herrschen. Wäre ich Maurer und Verbandsstosse, so würde ich Bömelsburg

Recht geben, ich würde aber noch hinzufügen: Das ist Sache der Maurer, nicht aber der Partei. Die Verhandlungen des Schiedsgerichts sind ruhig, objektiv und ohne Leidenschaft geführt worden. Ich verlange nicht, daß Sie mit dem Schiedsrichter einverstanden sind, aber das müssen Sie alle zugeben, daß ein Urteil gar nicht sachlicher und objektiver in der Form sein kann. Und was ist alles draußen dagegen gesagt worden? Wir haben geglaubt, ein Bundetwert zu verrichten. Legien meinte am Sonntag: Ach Gott, die Geschichte kennen wir, Auer hat den Schiedsrichter einfach geschriebe und die andern waren hypnotisiert. Gewiß, geschrieben habe ich ihn, einer mußte ihn doch schreiben, aber glauben Sie doch nicht, daß die andern Schiedsrichter einfache Aulen sind. Ich bedaure nur, daß Legien so vorsichtig war, sich nicht unter die Hypnose von Auer zu begeben. Sie sind doch sonst ein so selbständiger Mann, das Prototyp eines unabhängigen Genossen, sowohl gegenüber dem Terrorismus des Parteivorstandes als gegenüber Schmeideleien! Hier war mal Gelegenheit, Auge in Auge Ihre Anschauungen zu verteidigen, hier konnten Sie einmal dem Genossen Auer, diesem bösen Geist der Gewerkschaften, gegenüber so recht zeigen, was Sie können. Wie war denn die Sache? Unter den 8 Delegierten, die von den Hamburger Genossen und den Accordmaurern gewählt sind, war auch nicht ein einziger, der mir nicht sagte: Ja, ausschließen können wir sie nicht! Ich sagte: Wie kommt denn das, wo sind denn die Genossen, die für den Antrag auf Ausschluß eintreten? Und da wurde mir erwidert, diese Genossen haben es alle abgelehnt, ins Schiedsgericht zu gehen. (Hört! hört!) Im zweiten Wahlkreise hat zunächst Legien mit Rücksicht auf den Termin, an dem das Schiedsgericht stattfinden sollte, mit Dank abgelehnt. Dann wurde v. Elm vorgeschlagen, er schloß sich der Ablehnung an. Man ging weiter und sagte sich: Wenn v. Elm nicht kann, dann kann die Frau Steinbach! (Große Heiterkeit.) Man hat ihr an, einzutreten, sie lehnte ebenfalls ab, und so hat man's gemacht auf der ganzen Linie. Alle, von denen bekannt war, daß sie für den Ausschluß waren, haben abgelehnt unter der Motivierung, daß ihnen der Termin nicht paßte. Es wurde gesagt, Auer habe mit der von Barbus ja bestrittenen, hier und da aber anerkannten Schlauberei (Heiterkeit) einen Termin ausgewählt, an dem v. Elm und Legien verhindert waren. Ja, wir in Berlin haben genau gewußt, daß die Genossen an dem Tage nicht in Hamburg sind. Diese geistige Beziehung erscheint mir etwas eigenartig, Gedankenleser bin ich nicht, aber es ist auch nicht wahr, daß ich den Termin so festgesetzt habe, daß er nicht mehr zu ändern war; eine solche Distanz über ich nicht aus. Wenn ich auch nicht inschlau bin, so dumme, so etwas zu machen, bin ich denn doch nicht. Ich habe hier den Brief vor mir, den ich geschrieben habe. Darin heißt es: „Ich schlage Ihnen vor, das Schiedsgericht auf einen Tag vom 14. Juli ab, also morgen über acht Tage, einzuberufen. (Hört! hört!) Es bleiben auch dann noch volle acht Tage Zeit, um die notwendigen Vorarbeiten zu treffen. Als Lokal schlage ich Euch das Konferenzzimmer auf der Redaktion des „Echo“ vor, als geeigneten Tag für die Verhandlungen bringe ich Montag, den 15. Juli in Vorschlag. Beginn 10 1/2 Uhr vormittags. Den Accordmaurern sind die gleichen Vorschläge von mir gemacht. Vielleicht verständigt Ihr Euch. Besonders wäre dies angebracht, wenn Ihr über Ort, Zeit usw. andre Vorschläge zu machen habt.“ (Hört, hört!) Dies mein Brief. Und was sagen nun meine Gegner? Ich hätte den Termin diktiert! Frau Steinbach namentlich unterstell mir, ich hätte mit besonderem Raffinement wieder einen Tag gewählt, an dem die Genossen nicht kommen konnten. Der Fall selbst ist in dem Schiedsgericht völlig aufgefäkt, die Sache ist in aller Form erledigt, und nun kommt Frau Steinbach und redet wieder von dem bösen Streich des Auer. Deshalb werden wir beide uns nicht zanken, Sie dürfen von mir erzählen, was Sie wollen, Frau Steinbach, nur, bitte, loben Sie mich nicht. (Große Heiterkeit.)

Zu dem von der Kommission des Hamburger Gewerkschaftsartells herausgegebenen Aktienstück heißt es: „Im ersten und dritten Wahlkreise ernannten die Vorstände zwei der Schiedsrichter unter der etwas eigentümlichen Begründung: der unparteiische, vom Parteivorstande bestellte Richter J. Auer habe ihnen das Datum diktiert, an dem das Schiedsgericht zusammentreten müßte.“ (Wui!) Dieser eine Vorgang zeigt, daß da im Hintergrunde Elemente gewirkt haben, denen es nicht darauf ankam, Frieden zu stiften, sondern denen dieser Vorgang wieder einmal eine sehr willkommene Gelegenheit war, ihre Gegenfähigkeit zu uns zu dokumentieren und im Trüben zu fischen. (Sehr wahr!) Aber die Fische gehen nicht an die Angel. Bleiben Sie ganz ruhig, ich bin krank, aber soviel Kraft habe ich noch immer, Ihre Treibecken aufzudecken. (Beifall. Frau Steinbach ruft: Ach, Sie wissen ja nicht, was Sie thun!)

Daß der Schiedspruch objektiv ist, habe ich schon betont. Ich weiß ja, diejenigen, die in den Verhandlungen am kräftigsten dagegen gesprochen haben, haben ihn nicht gelesen. Das ist nicht nötig, bei uns urteilt man am besten, wenn man von einer Sache möglichst wenig unterrichtet ist. Aber an Sie, die Sie die höheren Richter sind, die Sie auch über mich zu urteilen haben, an Sie richte ich jetzt ausdrücklich das Ersuchen: Lesen Sie den Schiedspruch! Ob Sie ihn billigen, ist Sache für sich, aber daß er ein Aktienstück ist, das sich bestrebt, objektiv und sachlich den Thatbestand wiederzugeben, darüber kann nicht der leiseste Zweifel sein. Und Bömelsburg, Hand aufs Herz! Ist nicht der Schiedspruch vollinhaltlich sachlich, daselbe was auch Sie uns hier gesagt haben? Ich appelliere an diejenigen, die den Schiedspruch gelesen haben, wie darin über die Accordarbeit geteilt ist. Für uns aber handelt es sich nicht um die Schädlichkeit der Accordarbeit, sondern darum, ob Handlungen vorliegen, auf die der § 2 unseres Organisationsstatuts Anwendung finden muß. Sind Handlungen vorgekommen, die als ehelos zu betrachten sind? Erst wenn das erwiesen ist, können wir verurteilen. Wir haben die Handlungsweise der Accordmaurer aufs tiefste bedauert und das auch im Schiedsgericht ausgesprochen. Ich habe den Schiedspruch geschrieben und halte ihn aufrecht. Was denken Sie denn von mir? Ich bin ein Parteigenosse wie Sie alle, ich habe in allen Zeiten treu zur Partei gehalten, die Partei ist ein Stück von mir und ich ein Stück von ihr, ich habe darin gelebt und werde darin sterben. Glauben Sie, daß es mir gleichgültig sein kann, ob an einem Ort wie Hamburg ein Streit ist oder nicht? Glauben Sie etwa, daß ich dazu beitragen würde, die Differenzen, die Sie ja nach und nach in Ihren Gewerben überwunden haben, die Sonderfindelerei usw., zu fördern? Nein, ich weiß ja, viele behaupten das, sie irren sich aber. Ich kann von mir sagen, was schon Maria Stuart von sich sagte: Ich bin besser als der Ruf, den ich bei Ihnen habe. Nein, der schlechte Kerl bin ich nicht! Wäre ich wirklich das, was gewisse leitende Kreise, nicht unter den Maurern, aber sonst in der Gewerkschaftsbewegung glauben, ich wäre Ihnen vielleicht schon unangenehm geworden. Aber ich bin es nicht! Alles, was in dieser Beziehung gesagt wird, ist Märchen und wird geglaubt. Es trifft zu, was der Dichter sagt: „Am Urteil der Landleute ändert nichts der Zahn der Zeit, da hilft kein Jaudern und kein Sträuben, Du mußt der kleine Teufel bleiben.“ Und das bin ich nun mal, ich bin der schwarze Mann, der alles aufbieten soll, um die Gewerkschaften nicht hoch kommen zu lassen. Ich habe meine Kölner Rede nochmals nachgesehen. Was steht darin? Auch nicht ein Wort gegen die Gewerkschaftsbewegung! Mit Legien habe ich mich auseinandergesetzt. Es man sein, daß ich zu weit gegangen bin, aber daß ich ein sachlicher Widerpruch, ein feindseliges Urteil gegen die Gewerkschaften darin finde, — ich zähle jedem, der das nachweisen kann — na — viel habe ich nicht, ich bin ein armer Kerl, eine anständige Bedel! (Stürmische Heiterkeit.) Mit einer Silbe habe ich im Schiedsgericht die Streitfrage der Neutralität gestreift. Mit voller Absicht habe ich diese Objektivität gewahrt weil ich es für meine Pflicht hielt, alles zu thun, um den Streit zu beilegen, um unter Wahrung des Rechts, wozu wir berufen waren, beiden Teilen die Möglichkeit zu geben, sich wieder zu verständigen.

Nicht beschern, verziehen wollten wir. Das schwebte uns vor, und beschließen wollten wir vor allem, daß sich eine neue Schlichtung für das Bauwesen aus den Accordmaurern bildet. Und dafür diese Verhandlung in den Verhandlungen.

Die einzige strittige Frage im Schiedsgericht war die Verteilung des Falles Baumgarten, die Ausführung von Zimmerarbeiten durch Accordmaurer. Und da ist es sehr interessant zu erfahren, welche Seite vorschlug, hier vielleicht ein Exempel zu statuieren. Es war ein von Seiten der Accordmaurer gewählter Schiedsrichter, der da meinte: Es raßt der See, er will sein Opfer haben. Schmeißen wir ein hinein, vielleicht zieht der Balken nachher befriedigt ab. (Heiterkeit.) In den Sonntagsverhandlungen über die Tagesordnung ist angeführt worden, daß das Schiedsgericht keine Gründe angeführt hätte und — ein gewisser Widerpruch — seine Gründe taugten nichts. Ob die Gründe etwas taugen, das zu beurteilen ist Sache des persönlichen Urteils. Die Gründe mögen Ihnen nicht gefallen, aber seit wann, Genosse Legien, ist es denn eine Parteieinrichtung, daß wir, sobald in einer Gewerkschaft Jank entsteht, von Partei wegen die Befehle der Gewerkschaftsbewegung zu erfüllen haben! (Sehr richtig.) Das ist der erste Fall, der mir vorgekommen. Der Fall ist neu, aber die Grundzüge, daß wir solche Versuche abwehren müssen, sind alt. (Sehr gut!) Und die Manier! Die Herren kommandieren und wir gehorchen! Wenn Sie uns die Entscheidung überlassen, weshalb dann Ihre Erregung über unsre Entscheidung? Sollten wir einfach sagen: In Befehl! (Lebhafte Zustimmung.)

So stehen die Dinge. Wenn es aber dahin kommen sollte, dann brauchte die Partei überhaupt nicht mehr zu existieren, dann machte die Gewerkschaft alles. Wir können davon nicht abgehen, daß wir darüber entscheiden, wer zu uns gehören soll. Grund hin, Grund her, die ganze Richtung gefällt Ihnen nicht, die wir repräsentieren. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind Ihnen gegenüber immer so vorsichtig, wie nur möglich gewesen. Wir schonten Sie, auch wenn wir andere Meinung waren. Sie können keinen Fall anführen, wo wir die General-Kommission zur Intervention aufgefordert hätten. Wir haben uns jeder Zeit solcher Maßnahmen enthalten. In Ruhe und Frieden wollten wir mit Ihnen leben, nicht weil wir in Sie verliebt sind (Heiterkeit), sondern weil es im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung liegt, daß wir nicht in Konflikt mit einander kommen. Aber sofort, als wir uns durch den Schiedspruch in Widerspruch zu Ihren Wünschen setzten, gingen die persönlichen Angriffe gefährlichen Charakters an. Daß man mich als den Oberstabsrichter bezeichnete, na, das ist nicht schlimm; auch nicht, daß es gleich im Anfang hieß: der in Gewerkschaftskreisen genügend bekannte Auer, Frau Steinbach, die ein besonderes Faible für mich hat (Heiterkeit), hat herausgekegelt, daß ich die Schiedsrichter hypnotisiert hätte. (Heiterkeit.) Sehen Sie sich doch einmal die Exemplare der Schiedsrichter an. Da ist der Genosse Hoffmann, von Geburt Schuster (Heiterkeit), nachher Seemann, ein vierstündiges Ungeheuer. (Große Heiterkeit.) Frau Steinbach überschätzt die Kraft meiner Hypnose. Ich kann nur bedauern, daß sie dem Schiedsgericht nicht angehört hat. Sehen Sie, Frau Steinbach, auf Sie wäre ich den Versuch der Hypnose gemacht haben. (Stürmische Heiterkeit.) Bei Ihrem hochentwickelten, unerlöschlichen Gerechtigkeitsgefühl hätte ich darauf gerechnet, daß Sie als Schiedsrichterin dem Schiedspruch dann zugestimmt hätten.

Wie weit aber ist man sonst mit den Angriffen gegangen. Ein Gewerkschaftsorgan hat geschrieben, über den Schiedspruch brauche man sich nicht zu wundern. Seien die Schiedsrichter doch Leute, die nichts von der Gewerkschaftsbewegung verstanden, Lagerhalter, Gastwirte, Bureauvorsteher. Das Schaufmacherorgan, die „Post“, hätte höchstens noch hinzugefügt: Eigarenhändler. (Bewegung.) Ist das die Art, wie wir untereinander verkehren sollten! Auch noch die Akademiker sind hineingezogen worden. Na, die Mitglieder der Kontrollkommission, der alte Wegner, Raden, Meister sind wirklich nicht Akademiker. (Heiterkeit.) Und der kleine David soll die übrigen acht eingekerkert haben. Na, es ist wirklich manchmal abgeschmackt, wie Sie kämpfen! Es giebt noch weitere markante Stellen in den Gewerkschaftsblättern, so die Äußerungen des Neutralisten Huß im Organ der Bergarbeiter. Da wird behauptet, das Schiedsgericht habe eine gemeingefährliche Streikbrecherkolonne in seinen Schen genommen, die Gewerkschaftsbewegung werde zu der Rolle des Achenbröckels verurteilt. Solchen Äußerungen gegenüber muß man wirklich fragen: Thun Sie das noch um der Sache willen oder thun Sie es wegen anderer Zwecke. Ich kann die Empfindung nicht los werden, daß dieser Verdacht gerechtfertigt ist. (Bewegung.) Wenn die Genossen, die so polemisieren, glauben, daß in der Verteilung so viel Animosität und Widerwillen gegen die Gewerkschaftsbewegung besteht, dann wäre es längst ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, einzugreifen und nach dem Rechten zu sehen (v. Elm: Das thun wir jetzt!) Oh, Herr v. Elm! da will ich Sie an einen andern Fall erinnern. In einem Artikel des „Korrespondenzblattes“ über die Sache wird in ganz bössartiger Weise auch der Leipziger Fall mit den Buchdruckern hineingezogen. Dieser Fall ist wirklich nicht von der Verteilung eingeleitet worden. Als war er unangenehm genug. Dieser Leipziger Fall hat wochenlang die Fraktion beschäftigt. Auch Fraktionsitzungen haben darüber verhandelt. Unre Fraktionsgenossen sind ausdrücklich geworden gegen Bebel, Pfannkuch, Singer und mich. Schließlich ist ein Antrag sogar in der Fraktion angenommen worden, der uns einen bestimmten Termin stellte. (Meister bestätigt es.) Es hieß: Wenn Sie die Sache nicht bis da und dahin zur Erledigung bringt, dann gehen wir an die Öffentlichkeit. Wir wurden in der Fraktion direkt begünstigt, wir hätten nicht den Mut, gegen den Buchdrucker-Verband vorzugehen, wir wählten das Verbandsinteresse mehr als das Parteinteresse. (Meister: Stimmt!) Wir haben die Sache hingezogen und hingezogen, so lange als es nur ging. Immer und immer wieder haben wir Verhandlungen mit dem Verband geführt. Auch die Verbandsleitung hat nach meiner Empfindung alles getan, um einen verständigen Ausgleich herbeizuführen. Aber der Schwierigkeiten konnte sie und wir nicht Herr werden. Es waren Gegenfälle in Leipzig, die nicht zu überwinden waren. Weil nicht alle Verbandsbuchdrucker wieder an die alten Stellen kommen konnten, sollten keine sie wiederhaben. So wurde der Bruch unvermeidlich trotz aller unsrer Tätigkeit.

Wenn je ein Fall es gebot, daß ein so prononciertes Vertreter der Gewerkschaften wie Elm in der Fraktion erschien, dann hier. Ich konstatiere, daß Elm allen unsern Verhandlungen fern geblieben ist. (Bewegung.) Elm mußte davon unterrichtet sein. Zweimal sind wir zusammengekommen in jener Woche. Elm aber hat sich bei uns nicht sehen lassen! (Hört! hört!) Wie nichts mehr zu retten war, da hat Elm einen Artikel in den „Socialistischen Monatsheften“ geschrieben und hat uns gründlich heruntergemacht. Alle Vorwürfe des interessanten Verkäufers (Sehr gut!) hat er sich zu eigen gemacht und seine höhere Einsicht produziert. Ist das die richtige Art, die Gegenfälle auszugleichen!

Wenn man immer wieder solche Dinge sieht, dann muß Verdacht in einem aufsteigen. Elm ist es gewesen, der in den Hamburger Versammlungen den Antrag gestellt hat, die Angelegenheit hierherzubringen. Ich bin vom Vorstande nicht autorisiert, aber meine Meinung ist, daß wir in unendliche Schwierigkeiten kommen, wenn wir den Lokalvereinen nicht das Recht des Mitgliederzuschlusses lassen. Dieser Ausschluß bedingt nicht eo ipso den Ausschluß aus der Partei. Wenn man aus der Partei ausschließen will, dann braucht man ein Schiedsgericht. Wir haben ja jetzt schon Genossen, die ihre Beiträge direkt an den Vorstand einsenden. In Hamburg hat man sich darüber gestritten und ich gebe zu, daß die Frage strittig ist. In Hamburg wird bei dieser Gelegenheit die interessierten Organisationen in den Verhandlungen zahlreich er-

Hienen. Es ist so weit gekommen, daß unser Wollenbuch in seiner Heimatsstadt überhaupt nicht mehr reden kann, daß er überall niedergeschrieben wird. (Hört! hört!) Ein ist es eben durch seine begeisterte Beredsamkeit gelungen, die Massen so aufzuregen. Als Wollenbuch sich privatim darüber beschwerte und meinte, so schlimm brauche er es doch nicht zu machen, da sagte Frau Steinbach: Das ist eben die Bruderliebe, die aus v. Elm spricht. (Frau Steinbach: Das ging doch nicht gegen Wollenbuch. Ja, Genossin Steinbach, das macht wieder Ihrem Herzen alle Ehre, ich wundere mich nur, daß die Bruderliebe v. Elms sich nicht auf uns alle erstreckt. Aber diejenigen, die immer in Verammlungen sind, einfach niederzukücheln und diejenigen, die sich sehr selten sehen lassen, auf den Schild zu heben, für diese Art Bruderliebe habe ich kein rechtes Verständnis.)

Die Sache ging weiter. Die Stedebithe scheint mir erreicht zu sein in der Resolution des Hamburger Gewerkschaftsartikels vom 18. August, die den Schiedsgericht als „Sanktionierung des schamlosten Streits- und Organisationsbruchs in Permanenz“ erklärt. So hat von Elm über unsere Thätigkeit resolvieren lassen. Und hier, wo wir Auge in Auge gegenüberstehen, wo wir verlangen, daß unsre Ankläger auch ihren Mann stellen, was beantragt man da? „Der Parteitag erklärt, daß er die Begründung des Schiedsgerichts in der Hamburger Angelegenheit als richtig nicht anerkennt.“ In Hamburg „Sanktionierung des schamlosten Streits- und Organisationsbruchs in Permanenz“ und hier eine Handlung, die nicht ganz richtig ist! Ein besonderes Zeichen von Tapferkeit kann ich darin nicht erblicken. (Sehr richtig!) Ich zittere auch vor Schrecken. Ich gehe nicht gern in den Kampf, aber wenn ich im Gefecht bin, dann sehe ich meinem Gegner in die Augen. Sie machen es umgekehrt. Sie parieren mit einer Front, die zum Parieren sonst nicht dient. (Große Heiterkeit.) Ich glaube es Bömelburg, daß er und seine Freunde aus der Leitung des Maurerverbandes mit den Anrufen für die Delegierten wohl nichts zu thun hat. Das sind viel zu alte und erfahrene Taktiker, als daß sie sich zu solchen Streichen hergeben. Aber es giebt Freunde, von denen man sagen muß: Gott bewahre mich vor ihnen. Bömelburg und Stening haben ja gesehen, was für schlechte Erfahrungen sie mit ihren Freunden in Ostpreußen gemacht haben. Ich glaube es Stening, so unerfahren ist er nicht, daß er zu Schwarz gesagt hat: Geh nach Ostpreußen und verschaffe mir ein Mandat, Diäten brauche ich nicht. Schwarz ist noch zu jung, den müßt Ihr nicht wieder hinausjücken, der hat die Sache viel zu dumm gemacht. (Große Heiterkeit.) Rein, solche Dummheiten machen Sie nicht. Mit demselben Rechte können Sie noch meiner Ueberzeugung auch die Anrufe von den Hamburger Delegierten wählen ablehnen, aber charakteristisch sind sie doch.

Charakteristisch ist es auch, daß gesagt wird, wir werden noch dahin kommen, bei den nächsten Reichstagswahlen Kandidaten aus dem Baugewerbe aufzustellen. Gewiß! Das Streben, auch Genossen aus dem Baugewerbe als Vertreter der Partei in den Reichstag zu schicken, findet unsre volle Unterstützung, aber wogegen wir uns wenden, das ist die Taktik, die mehr und mehr in den Vordergrund tritt, die Auswahl der Vertreter nicht mehr vorzunehmen auf Grund unsres Programms, sondern nach dem Gesichtspunkt, ob der betreffende Maurer, Schuster oder dergleichen ist. Hat doch schon bei einer Nachwahl ein großes Gewerkschaftsorgan es offen ausgesprochen, nicht weil der Kandidat Sozialdemokrat, sondern weil er Vergarbeiter ist, unterstützen wir ihn.

Es ist eigenartig, daß man in gewissen Kreisen dazu übergeht, Dinge, die die Partei angehen, in Gewerkschaftskartellen oder auf Gewerkschaftsversammlungen zu erörtern und so eine Nebenorganisation, eine Seitenorganisation oder vielleicht noch eine höhere Form der Organisation zu schaffen.

Der Parteivorstand hat die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, heute schon alles zu thun, Verstreunungen nicht aufkommen zu lassen, die darauf hinauslaufen, eine Parteilinie zu bilden von Elm bis zum Pfarrer Raumann. (Bewegung, dann stürmischer Beifall und Händeklatschen. Weibel ruft: Was zu Verleisch!) Ich sage nicht, daß das Ihr Zweck ist, Herr v. Elm, aber es sind andre Leute da, die das wollen, und so sie nicht durch Ihre Art und Weise, einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft hervorzurufen, umbeugt dieses Streben unterstützen, das möchte ich Ihrer Erwägung und Prüfung anheimgeben!

Nach einer charakteristischen Tatsache. Im „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ wurde gesagt, jetzt sei der Moment, loszuschlagen gegen den Terrorismus, den die Partei gegen die Gewerkschaften ausübt. Wenn die Partei jetzt nicht den Auer herunterschleudert und den Schiedsgericht beschwört und die Gewerkschaften zu ihrem Recht kommen läßt, so sei der Zeitpunkt gekommen, wo die Entscheidung fallen müsse. Jetzt seien die Maurer gegen die Partei, mit den Maurern werde man siegen, wie Schweiger mit den Maurern anfangs der siebziger Jahre Platz geschaffen habe.

Und noch ein andres Beispiel: Bernstein hatte sich auch in die Sache gemischt und wie das so seine Art ist, wollte er nach seiner Seite hin verlegen; er hat in seinem Artikel einerseits und andererseits gesagt; (Heiterkeit) er meinte, der Schiedsgericht sei nicht ganz richtig, aber er möchte doch zugeben, daß er nach Lage unsrer Gezeje nicht anders ausfallen konnte. Er hat auch Vorschläge gemacht, die so unpraktisch sind, wie manches andre von ihm. (Heiterkeit.) Das greift die Raumannsche „Hilfe“ auf. Sie schrieb: „Auf was will sich denn Bernstein in seinen Verstreunungen stützen, wenn er auch die Gewerkschaften nicht mehr auf seiner Seite hat.“ Da sehen Sie die Absichten unsrer Gegner. Wir müssen vorsichtig sein. Diese Warnung richtet ich nicht an die Maurer, sondern an eine ganz andre Seite. Wir können nicht den Zustand eintreiben lassen, daß die Gewerkschaften zu befehlen und wir zu gehorchen haben.

Können denn die Gewerkschaften Gegenseitigkeit üben? Rein! Ich wünsche, daß möglichst viele Arbeiter in die Gewerkschaften gehen; daß da verschiedene politische Ansichten herrschen, das können wir nicht verhindern. Was aber würden Sie sagen, wenn etwa bei den nächsten Wahlen der nationalsozialistische Gewerkschaftler Tischendörfer gegen einen Sozialdemokraten kandidierte und wir deshalb seinen Anschluß aus der Gewerkschaft verlangten? Eine solche Forderung würde zu den ungeheuerlichsten Konsequenzen führen. Die Gewerkschaften können einfach nicht Gegenseitigkeit üben, selbst wenn sie es wollten.

Man hat gesagt, nicht die Accordarbeit, sondern der Disziplinbruch solle bestraft werden. Ja, das ist doch nur ein Zeichen-Spielerkunststück. Woher kommt denn der Disziplinbruch, woher der angebliche Streikbruch, den ich als solchen nicht anerkenne? Doch nur aus dem Streit über die Accordarbeit. Gewiß, darin stimme ich mit den Maurern überein, daß der Beschluß der Organisation zu befolgen ist. Aber was die Maurer mit ihren Leuten anfangen wollen, das geht uns nichts an. Ich habe nichts dagegen, wenn Sie sie aus dem Verband ausschließen, nur dürfen Sie ihnen dann nicht Organisationsbruch vorwerfen, wenn sie sich eine eigene Organisation schaffen. Die Leute sind aus der Organisation hinausgeworfen, aber haben sie damit auch das Recht verloren, das ihnen gesetzlich zusteht, sich eine neue Organisation zu gründen? Es ist sehr bedauerlich, daß sie einen neuen Verein gegründet haben, aber Sie haben sie doch dazu gezwungen. Bömelburg sagt, es liegt Streikbruch vor; aber er hat nicht nachgewiesen, daß die Accordmaurer irgendwo die Arbeit aufgenommen haben, wo eine andre Differenz als die über die Accordarbeit vorhanden war; er konnte nichts andres anführen, als auch die dem Schiedsgericht unterbreitete Thatsachen. Hier uns ist die That der Accordmaurer meiner Meinung nach keine ehrlöse Handlung, die den Ausschluß aus der Partei bedingt. Dazu können wir uns nicht hergeben, daß wir den Leuten die Vermutung des Vereinsbruchs verdröten. Sie haben es ja fertig gebracht, auf Grund Ihrer Mehrheit und Ihrer Macht ihnen das Vrecht zu illustrieren zu machen, es werden keine Annoncen von den Accordmaurern im Hamburger Parteivorstand aufgenommen, es kommen keine Verammlungsberichte hinein, es wird von ihnen überhaupt nicht Notiz genommen. An mich als Firmenträger von Auer u. Co. in Hamburg kam eine Beschwerde von einem Accordmaurer mit der Bitte um Abhilfe. Es sei eine Ungerechtigkejt, ihm ein „Eho“ zu verschließen, während die Zahlstelle es hemte, um sie anzugreifen.

Die Prehkommision hat das Ersuchen der Accordmaurer abgelehnt, da sie sich nicht auf den Standpunkt stellen könne, daß zeitlichen Minoritäten irgend einer Gewerkschaft das Recht der Organisation zuzugestehen sei. (Hört! hört!) Die Frage der Accord- oder Lohnarbeit war für die Prehkommision nicht entscheidend. Es hatte eine Sitzung der Prehkommision stattgefunden wegen einer Beschwerde, weil das „Eho“ eine Todesanzeige der Accordmaurer gebracht hatte (Hört! hört!); die Prehkommision beschloß, daß das Verbot sich nur auf solche Anzeigen beziehe, die einen agitatorischen Zweck haben. Also eine Todesanzeige selbst hat unter den Verbandsmaurern in Hamburg eine derartige Aufregung hervorgerufen, daß sie sich mit einer Beschwerde an die Prehkommision wandten!

Wir können das nicht ändern; aber ich meine, auch dieser Vorgang beweist, daß wir alles vermeiden müssen, was dazu führen könnte, Differenzen herbeizuführen.

Kun aber, wir werden als der Störenfried angefaßt; und was thun Sie? Es ist hier konstatiert, daß Sie die Prehfreiheit in dem Organ, das diese Maurer selbst haben schaffen helfen, die es unterstützen, einfach in einer Weise, wie sie in keinem Bourgeois-Staat heute mehr möglich ist, kaum mehr in Rußland, die Möglichkeit einer freien Meinungsäußerung einfach unterbinden. Sie haben die Macht dazu. Mit dem Vereinsrecht können Sie gegen die Leute nicht einschreiten, dafür erklären Sie aber die Bildung einer Organisation für disziplinlos, für einen Organisationsbruch, für eine ehrlöse Handlung und verlangen, daß die Partei sie ausschließt! Derartige Dinge muß man doch auch wissen, um zu begreifen, wie ich zu meiner Stellungnahme gekommen bin.

Damit wird mir in dem Urteil der Vorwurf gemacht, daß ich in dem großen Kampf zwischen Unternehmer und Arbeiter den kämpfenden Kollegen in den Rücken gefallen und Partei ergriffen habe für die Schutztruppe der Unternehmer. Auch das ist nicht richtig. Der Kampf wird geführt zwischen Arbeitern und Arbeitern, zwischen Verbandsgenossen und organisierten Genossen in einer freien Vereinigung; und wenn überhaupt von einer Veteiligung der Unternehmer gesprochen werden kann, nun, dann hat die Stimmung mit den Verbandsmaurern ein Abkommen gegen die Accordarbeit getroffen; auch dieser Vorwurf bezieht sich also nicht mit den Thatsachen. Also ich kann nicht zugeben, daß ein Streikbruch in dem Sinne vorliegt, wie auch ich ihn eventuell als ehrlös betrachte.

Wohin das führen würde, wenn wir die Bahn beschreiten wollten, auf die Sie uns drängen wollen, das zeigt doch der Schiedsgericht in Ottenfen. Ist es nicht gerade ungeheuerlich, daß da der Winkelmann einstimmig aus der Partei herausgeschmissen wird, und dieselben Leute haben nachher, als sie ruhiger, objektiver mit Gericht die Sache untersuchten, ebenso einstimmig den Ausschluß wieder zurückgenommen! (Hört! hört!) Denn es stellte sich heraus, daß der Mann zu derselben Zeit, wo er die ehrlöse Handlung begangen haben sollte, krank zu Bett gelegen hatte. Sie sehen, die Leidenschaft ist ein schlechter Berater.

Ich komme zum Schluß. Ich hätte noch manches mitzutheilen und auszuführen; aber ich habe Ihre Zeit lange genug in Anspruch genommen und ich habe ja auch noch ein Schlußwort. Parteigenossen, ich erkläre bei meiner Ehre und bei meiner Parteizugehörigkeit, daß ich nach bestem Wissen und Gewissen, ich nehme das für alle übrigen Schiedsrichter mit in Anspruch, den Schiedsgericht so gefällt habe, wie er ist, und muß auch, nachdem ich heute Bömelburg gehört habe, bei meinem Schiedsgericht stehen bleiben. Sie können nur beweisen, daß Differenzen unter den Maurern bestehen, die wir alle miteinander bedauern. Aber solange Sie den Radweid einer ehrlösen Handlung nicht bejubringen vermögen, teile und verstehe ich Ihre Wünsche, aber folgen kann ich Ihnen nicht. (Stürmischer Beifall.)

Singer:

Es liegen eine Reihe von Meldungen zu persönlichen Bemerkungen vor. Ich werde nur persönliche Bemerkungen in Bezug auf das Schlußwort des Korreferenten zulassen und jede sachliche Bemerkung unweigerlich zurückweisen.

Persönliche Bemerkungen.

Begin: Von den vielen Behauptungen Auer's mir gegenüber, die nicht auf Wahrheit beruhen, halte ich es für notwendig, eine heute noch zu widerlegen. Auer erklärte, ich hätte Gelegenheit gehabt, in dem Schiedsgericht ihm Auge in Auge gegenüberzutreten zu können, ich hätte aber den besseren Teil der Tapferkeit gewählt und die Annahme eines Mandats für das Schiedsgericht abgelehnt. Wenn Auer eine solche Behauptung aufstellte, so hätte er sich erst informieren müssen, aus welchen Gründen ich das Mandat ablehnte. Ich war von der Generalkommision in die Generalversammlung der Formsticher in Eindeß delegiert worden, und zwar erklärte die Generalkommision es für notwendig, daß gerade ich hinging. Uns ist weder in der Versammlung noch in dem Vorstand des zweiten Wahlkreises der Brief, den Auer vorgelesen hat, vorgelegt worden. Hätte uns unser Wahlkreises-Vorsitzender gesagt, der Termin vom 17. Juli müsse nicht absolut festgehalten werden, Auer habe freigestellt, einen andren zu bestimmen, dann wäre ich im Schiedsgericht gewesen. Sie sehen, daß ich diesen zwingenden Grund für die Ablehnung hatte. Auf derselben Basis stehen die andren Behauptungen Auer's. Ich kann ihm erklären, daß ich mich nicht gefürchtet habe. Ich bin überzeugt, das Beste für die Partei und die gesamte Arbeiterbewegung zu wollen, und in dieser Ueberzeugung fürchte ich mich nie, Auer oder einem andren Genossen entgegenzutreten.

von Elm: Ich bin leider nicht in der Lage, mich nur gegen eine einzige unwahre Behauptung Auer's wenden zu müssen. Er hat von unerhörten Angriffen von mir in Angelegenheit der Buchdrucker gesprochen. In meinem ersten Artikel habe ich nur den Beschluß der Fraktion verteidigt, von Angriffen gegen die Partei steht darin auch nicht ein einziges Wort. In meinem letzten Artikel „Durch Särung zur Klärung“ befindet sich über die Buchdrucker nur ein Satz, der lautet: „Ein andrer Fall, der eventuell noch für das gesamte Partei- und gewerkschaftliche Leben unheilvoll werden kann, ähnlich der schon sattem bekannten, zum Schaden der Arbeiter verlaufenen Leipziger Buchdrucker-Angelegenheit.“ Wo steht in diesem einzigen Satz ein Angriff auf die Partei? Mit derartigen Mitteln operiert man, um mich als großen Sünder erscheinen zu lassen!

In den Fraktionsitzungen soll ich nicht anwesend gewesen sein, wo die Buchdruckerangelegenheit behandelt wurde. Als Vogenitz und Pinlau damals von Leipzig nach dem Reichstag kamen, wurde die Sache in der Fraktion nicht behandelt. Eine besondere Einladung zu der betreffenden Fraktionsitzung habe ich nicht erhalten. Ich kann doch nicht dafür, daß ich gerade nicht da war. Ich bin ein vielbeschäftigter Mann, Sie dürfen mir doch nicht die Absicht unterstellen, daß ich absichtlich ferngeblieben bin und hinterher suche, die Partei anzugreifen. Das ist einfach unerhört.

Dann die Wahl zum Schiedsgericht. Anfangs dachte ich, Auer sagt das in gutem Glauben; aber nachher hat es auf mich den Eindruck gemacht, als wenn es nicht der Fall sei. Ich habe in der Versammlung gefragt: Ist es unabänderlich, daß die Verhandlung am 17. Juli stattfinden soll? Da sagte der Vorsitzende Blume: Jawohl! Da sagte ich: Dann bedauere ich; denn ich hatte einen gerichtlichen Termin für die Genossenschaft, von der ich einzig und allein mein Einkommen beziehe, wahrzunehmen, wo es sich um eine große Summe Geldes handelte, die der Genossenschaft ebenfalls verloren gehen könnte. (In großer Erregung.) Mir einen Vorwurf daraus zu machen, das alles sei böse Absicht — ich habe keinen Ausdruck dafür, daß man eine derartige unerhörte Anschuldigung erhebt! Auer hat davon geredet, daß wir es nicht wagten, dem Gegner ins Auge zu sehen; wir hätten in Hamburg einen ganz andren Standpunkt eingenommen. Welchen Standpunkt haben wir denn eingenommen? Wir hätten nichts andres gemacht, als diese Leute aus unsrer örtlichen Organisation hinausgeworfen; erst als Wollenbuch uns lang und breit auseinandergelegt hat, daß das formell nicht angehe, haben wir dann diesen Weg beschritten.

Singer: Sie können doch nicht in einer persönlichen Bemerkung den Standpunkt der Hamburger Genossen verteidigen. Ich bitte dringend, sich darauf zu beschränken, was Auer in Bezug auf Ihre Person gesagt hat, und das andre der späteren Diskussion vorzubehalten.

v. Elm: Wie soll das in zehn Minuten möglich sein? Parteigenossen, wenn Sie in der Weise verfahren, wie es der Vorsitzende will, dann bedauere ich, dann ist es eine Ungerechtigkejt. (Zurufe: Sie werden ja Redezeit haben!)

Singer: Der Genosse v. Elm hat keinen Anlaß, vorauszusetzen, daß der Parteitag ihn in seiner Redefreiheit irgendwie beschränken wird. Ja, Parteigenossen, ich bin in einer sehr unangenehmen Lage, den Genossen sagen zu müssen, daß sie nicht weiter reden sollen. Ich habe an dieser Stelle die Pflicht, den Parteitag in seiner Gesamtheit zu vertreten und seine Arbeiten zu fördern. Wenn dem entgegen gehandelt wird, dann ist es meine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, Sie darauf aufmerksam zu machen.

Frau Steinbach: Sie können es gar nicht glauben, welch eine Gemanglung mir toeben geworden ist, von der Sie gar keine Ahnung haben können. (Belächter.) Das Gewieher ist eigentlich Ihrer gar nicht würdig. (Große Unruhe.)

Singer: Ich muß die Genossin Steinbach dringend auffordern, Ausdrücke, wie sie sie eben gebraucht hat, zu unterlassen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Steinbach: Parteigenossen! Wenn Genosse Pöplow im Schiedsgericht darauf verzichtet hat, aus der Art der Zusammenlegung des Schiedsgerichts — (Zurufe: Ist das persönlich?) — ob bitte sehr, es kommt schon! — Wenn er darauf verzichtet hat, daraus eine Ablehnung des Schiedsgerichts herzuleiten —

Singer: Sie können im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht den Genossen Pöplow vertreten. (Heiterkeit.)

Frau Steinbach: Auer hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich mich im zweiten Wahlkreis in Hamburg nicht hätte ins Schiedsgericht wählen lassen, aus Furcht, von Auer hypnotisiert zu werden. Zunächst befindet sich Auer im Irrtum, ich bin nicht Mitglied des zweiten Wahlkreises. Dort hat man die Wahl vorgenommen, im ersten und dritten Wahlkreise hat man wegen angeblich zu kurzer Zeit die Mitglieder des Schiedsgerichts ernannt. Ich frage Auer, ob er seine Behauptung noch aufrecht erhält, daß es in meinem Willen gelegen habe, ob ich im Schiedsgericht vertreten war. Wäre Legien, v. Elm oder ich ins Schiedsgericht gewählt worden, dann wäre Auer das Material in einer Weise beigebracht worden, daß seine Hypnose auf uns keine Wirkung gehabt hätte. (Große Heiterkeit.)

Stubbe: Auer hat ausgeführt, daß es längerer Zeit bedurft hätte, von mir das Material zu erhalten. Das ist nicht der Fall. Am 18. Juni fand die gemeinschaftliche Mitgliederversammlung statt, in der der Antrag auf Ausschluß der betreffenden Genossen gestellt wurde. Am 22. Juni habe ich den Parteivorstand von dem Beschluß in Kenntnis gesetzt; ich hätte noch einige Tage gewartet, wenn nicht unsre gesamte Presse von dem Hamburger Beschluß schon Rotz genommen hätte. Ich legte die Liste, die uns von den Maurern angegeben war, bei; es war darin uns nicht mitgeteilt, wer Mitglied eines sozialdemokratischen Wahlvereins war, es fehlten die Adressen. Auer hat aber gleich am 23. geschrieben, er möchte wissen, wer Mitglied ist; am 24. konnte ich es ihm bereits von 39 Personen vom 3. Wahlkreise mitteilen, am 1. Juli auch bezüglich der übrigen. Es ist also nicht an dem, daß das Schiedsgericht deswegen nicht zu Stande kommen konnte.

Singer: Es ist folgende Erklärung einzuzeigen:

Nachdem Genosse Auer in seinem Korreferat Material beilamit gegeben, das uns bisher unbekannt war, ziehen wir unsre Unterchrift unter dem Antrag 118 hiermit zurück.

Düvell, Scheidemann, Wähler, Alb. Rudolph, May.

Singer: Ein Telegramm aus dem zweiten Dresden er Landtagswahlkreis meldet toeben, daß in der dritten Wählerklasse von unsrer Partei 119, vom Ordnungsbrei 12 Wahlmänner gewählt sind. (Beifall.)

Singer: Das Lokalkomitee bittet uns, der Dampferfahrt wegen die morgige Sitzung schon um 12 Uhr zu schließen. Da wir heute weit über die übliche Zeit gearbeitet haben, können wir dieser Bitte wohl nachkommen. Ich schläge aber dafür vor, die Sitzung morgen schon um 9 1/2 Uhr zu beginnen. (Zustimmung.) Ich bemuge den Anlaß, die Mitglieder des Parteitags darauf hinzuweisen, daß noch eine Reihe wichtiger Punkte auf unsrer Tagesordnung stehen, und daß zu dem gegenwärtigen Verhandlungsgegenstand vorläufig vierzig Redner sich gemeldet haben. (Heiterkeit.) Ich glaube, wir werden dem Minister Zielen dankbar sein können, daß er die Dauer der Retourbillets auf 45 Tage verlängert hat, denn dann werden wir mit den Parteitagsverhandlungen wohl fertig sein. (Heiterkeit.)

Schluß der Sitzung 9 1/2 Uhr.

[Lied, den 26. September.

Vormittags-Sitzung.

8 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Der zweite Wahlkreis Chemnitz telegraphiert: Sämtliche Wahlmänner dritter Klasse gewählt. Sozialisten 1/3, Gegner 2/3 Stimmen. Niemann. (Beifall.) Sozialdemokratische GröÙe sendet Arbeiterchaft Oelsnitz. Gestern vollständig gesiegt. Doehler. (Beifall.)

Der Hamburger Schiedsgericht

Die Diskussion über den Hamburger Schiedsgericht wird fortgesetzt.

(Anträge 27, 28, 29, 88 bis 89, 99, 102, 112, 113 und 114). **Singer:** Ich werde zunächst die Anträge, die eine zu dem Schiedsgericht gegenfällige Auffassung beinhalten, begründen lassen, die Anträge 113, 88 und 114 und dann die Diskussion eröffnen. Das Wort zu einer Erklärung nimmt

Auer:

Ich möchte, um etwas dazu beizutragen, in Nebensachen die Diskussion möglichst einzudrängen, folgende Erklärung abgeben.

Ich habe gestern auf Grund der mir gewordenen Information unter den Personen, welche den Eintritt in das Schiedsgericht abgelehnt haben, auch Frau Steinbach genannt. Diese Information ist mir von Wollenbuch geworden, wie ich hier mitzutheilen von ihm selbst ermächtigt bin. Er hat mir gestern nach der Diskussion sofort erklärt, daß er irrig berichtet wor. Ich erkläre deshalb, daß meine Ausführungen in Bezug auf den Eintritt in das Schiedsgericht, soweit sie Frau Steinbach betreffen, irrig sind. Zweitens habe ich aus den Ausführungen Stubbes entnommen, daß er meine Angaben in Bezug auf die Schwierigkeiten der Beschaffung des Materials auf sich bezogen hat, als wenn ihn die Schuld trafe. Ich erkläre demgegenüber, daß es gerade Stubbe gewesen ist, durch dessen thätkräftige Vermittelung und ungemein rasche und eifrige Thätigkeit ich überhaupt erst in den Stand gesetzt wurde, das, was ich zu unsrer Information für notwendig hielt, zu erhalten. Bömelburg fragte mich gestern, von wem mir der Brief des Zimmerers Schnaud übergeben ist. Ich antworde auch heute nicht, weil der Betreffende anwesend ist, auf der Rednerliste steht und selbst die gewünschten Angaben machen wird. Den Antrag 118 begründet

Legien:

Es wird fortgesetzt verurteilt, die Sache als eine Angelegenheit der Maurer hinzustellen, es wird ferner verurteilt, es so darzustellen, als seien die Maurer wegen ihres Arbeitens in Accord oder wegen ihrer Zugehörigkeit zur freien Vereinigung ausgeschlossen, und drittens hat Auer gestern die Angelegenheit als Folge einer Gezeje einzelner Personen bezeichnet. Wäre dies letztere wahr, Genosse Auer, dann hätten auch unsre Gegner recht, wenn sie sagen, daß die ganze sozialdemokratische Bewegung nur die Folge der Gezeje einiger bezahlter Agitatoren ist. (Sehr richtig!) Aber es ist nicht die Gezeje einzelner Personen, die zu diesem durchaus traurigen Ergebnis geführt hat, es ist ja auch undenkbar, daß zwei oder drei Personen eine solche Bewegung hervorrufen können. Ich möchte also Auer sehr bitten, sich zu überlegen, ob er seine gestern mit so großem Wohlgefallen hier vorgetragenen Behauptungen aufrecht erhalten und wiederholen will.

Es handelt sich zunächst nicht um eine Maurerangelegenheit. Dem Brief Robers, auf den sich hier bezieht, und dem Beschluss der Verwaltungsstelle der Maurer in Hamburg sind lange Verhandlungen vorausgegangen, nicht in der Gewerkschaft, sondern in der Partei. (Sehr richtig!) Ich habe als Vorstandmitglied des Wahlvereins für Hamburg II an allen Sitzungen teilgenommen, in denen die Maurer-Angelegenheit auf der Tagesordnung stand. Im November vorigen Jahres wurde aus dem 85. Bezirk beim Vorstand ein Antrag eingebracht auf Ausschluss eines Accordmaurers, eines Streikbrechers. Mehrere Anträge lagen den Vorständen der Wahlvereine Hamburg I und III vor; deshalb wurde im Dezember eine gemeinsame Sitzung aller Vorstände einberufen; an den Brief Robers und an den Beschluss der Verwaltungsstelle der Maurer Hamburgs war damals noch gar nicht zu denken. Zu dieser Sitzung waren eingeladen die Vertreter der Verbandsmaurer und der Accordmaurer. Die Vorstandsmitglieder der Freien Vereinigung waren vollständig anwesend. Wir haben uns stundenlang mit ihnen auseinandergesetzt und gesagt: Die Frage der Accordarbeit scheidet für uns als Parteiorganisation aus, für uns ist einzig die Frage maßgebend, ob Streikbruch vorliegt. Ich besonders war es, der die Accordmaurer dringend bat: „Leute, überlegt Euch, was Ihr mit dieser Handlungsweise thut; wir stehen seit 1890 in Hamburg einem organisierten Unternehmertum gegenüber, das nur auf den Augenblick wartet, wo eine Sprengung unserer Einheit in der Arbeiterbewegung eintritt, um dann seinen Angriff zu beginnen. Ueberlegt es Euch, Leute, es handelt sich um die Einheit der Hamburger Arbeiterbewegung. Wollt Ihr es mit Eurem Gewissen vereinbaren, den Streit in unsere Bewegung hineinzutragen? Sie sehen also, die Angelegenheit hat sich völlig im Rahmen der Partei-Organisation abgepielt. Aus der Partei kamen die Anträge, in der Partei wurde darüber verhandelt. Seit 1897 werden bei uns Streikbrecher aus der Partei ausgeschlossen. Wir sagten den Accordmaurern, gebt uns die, die den Streikbruch verübt haben, auf! Sie gaben uns die Namen an, aber wir schritten noch nicht zum Ausschluss. Wieder trat einer von denen, von denen hier behauptet wird, daß sie eine Hege innehaben, an die Accordmaurer heran und bat sie dringend, von ihrem Thun abzulassen. Es wurde noch nicht der Ausschlussantrag gestellt, sondern nur die Resolution Bömelburg angenommen, die eine Verwarnung an die Accordmaurer enthielt. Sie sehen also, daß die Sache nicht von der Gewerkschaft in die Partei getragen ist. Halten Sie es für anzügig, daß jemand, der in der Gewerkschaft als ehelos bezeichnet ist, zusammensetzt in der politischen Bewegung mit dem, der ihn als ehelos bezeichnet hat? Glauben Sie, daß die Neutralität der Gewerkschaften so weit geht? Man kann sich doch nicht halbieren. Es ist absolut unmöglich, daß diese Leute gemeinsam bei den internen Aktionen miteinander arbeiten in einer Partei, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, in einer Partei, deren Grundlage die Solidarität ist. Ganz logisch und folgerichtig mußte also aus der Partei selbst, nicht von den Gewerkschaften der Antrag auf Ausschluss gestellt werden. Es handelt sich nicht darum, daß die Partei den Mittel der Gewerkschaften machen und nolosens volens deren Geschäfte ausführen soll. Rein, in der Partei selbst sind alle diese Differenzen entstanden.

Die zweite Frage ist: Steht es der Partei zu, über die Frage der Accordarbeit zu urteilen? Meiner Meinung nach nicht. Ueber die Frage der Accordarbeit sind die Ansichten so getrennt, daß es geradezu ein Unglück für die Partei wäre, wollte sie nach dieser Richtung hin Beschlüsse fassen. Gewiß, der Brüsseler Kongress hat die Accordarbeit verurteilt, aber ich würde es für einen Schaden für die Partei halten, wenn sie sich mit der Frage der Accordarbeit eingehend beschäftigen wollte. Aber so liegt auch die Frage in Hamburg nicht; nicht die Frage der Accordarbeit hat die Differenzen hervorgerufen, sondern das Arbeiten auf gesperrten Bauten. Das zunächst einmal, um Ihnen klar zu machen, daß die Behauptungen, auf Grund deren hier zu der Warnung an Sie gekommen ist, sich ja nicht auf diesen Weg einzulassen, ebenso falsch sind, wie die übrigen, auf denen seine Darstellung beruht.

Nun ein paar Worte zur Begründung des Antrags 113. Die Nichtanerkennung der Beschlüsse des Schiedsgerichts wird nicht darin verlangt. Aber die Begründung des Schiedsgerichts kann und darf von der Partei nicht anerkannt werden. Ueberlegen Sie es sich doppelt und dreifach, ob Sie diese Begründung anerkennen wollen. Geben Sie Ihre Zustimmung dazu, dann gibt es keinen Streikbruch mehr, der als ehelos betrachtet werden muß.

Kuer hat viel Gewicht auf den Fall Baumgarten gelegt. Wir sind nun in der glücklichen Lage, einen sehr unerspäglichem Zeugen für die Richtigkeit der von uns aufgestellten Behauptung nennen zu können. Das sind die Accordmaurer selbst. In der von ihnen herausgegebenen Broschüre heißt es: „Bei dem Unternehmer Baumgarten hatten die Zimmerer mit Verbandsmaurern zusammen die Arbeit eingestellt, weil die dort arbeitenden Mitglieder der „Freien Vereinigung“ den Arbeitgeber um Accord beim Putzen gestraft hatten.“

Die Accordmaurer bestätigen also, was wir gesagt haben. Und da will man behaupten, daß die Accordmaurer bei Baumgarten willfährlich an der Arbeit gedrängt worden seien.

(Worte des Vorsitzenden: Die Redezeit ist abgelaufen.)

Legen: Vielleicht fragen Sie die Versammlung, ob ich weiter reden soll.

Singer: Wir wollen uns verständigen. Ich kann es jedem Redner nachsagen, daß er gern alles sagen möchte, was er auf dem Herzen hat, und daß es ihn schmerzt, durch die beschränkte Redezeit daran gehindert zu werden. Andererseits steht es fest, daß es doch auch eine Zumutung an den Parteitag ist, zu Gunsten einzelner Ausnahmen zu machen. Will der Parteitag es darauf ankommen lassen, seine Tagesordnung nicht zu erledigen, gut, ich habe nichts dagegen. Beschließen Sie so. Vorläufig aber halte ich mich an Ihre ersten Beschlüsse für gebunden. Wollen wir doch nicht dadurch, daß wir Ausnahmen zulassen, eine Aristokratie von Rednern großziehen. (Beifall.) Aber ich will den Parteitag befragen.

Legen: Rein, ich bin mit Ihnen einverstanden. — Zum Schluss deshalb nur noch ein Wort an Kuer. Ein Drittel seiner Rede war persönlich gegen mich gerichtet. Ich komme voraussichtlich nicht mehr zum Wort und kann ihm auch nicht mit einer Silbe erwidern — auch nicht dann, wenn er im Schlusswort fortfährt, was er gefleht begonnen. Ich bin nicht da, denn ich habe Termin vor dem Hamburger Schiedsgericht. Ich gestatte Ihnen Kuer, über meine Person zu sagen was Sie wollen. Aber ich sage das eine: Diese Art der Polemik, wie sie in der Partei jetzt beliebt wird, wird der Arbeiterbewegung nicht dienlich sein. (Beifall.)

Den Antrag 85 begründet

Frau Steinbach:

Ich bin in der angenehmen Lage, Sie mit Ausführungen in Bezug auf meine Person nicht mehr belästigen zu müssen. Ich wiederhole aber, daß die Verlegung des Termins auf eine andre Zeit möglich gewesen wäre; Stubbe hätte den Brief Kuers rechtzeitig erhalten; bei den Hamburger Vorständen ruht also die Schuld — ob bei Stubbe allein oder den andern mit, kann ich nicht unterscheiden — daß wir in das Schiedsgericht nicht hineingekommen sind. Wenn ich gestern in der ungeheuren Erregung über die Abstimmung, in die Sie in einer Frage, die für die Arbeiterbewegung von solch einschneidender Bedeutung ist, die Mägen eines Kuer verlegt haben, von Gewisler gesprochen habe, so werden wenigstens die, die nicht gelacht haben, es mir nachsagen können. Es entspricht der Würde des Parteitages nicht, bei einer solchen Angelegenheit in unauflösbliche Felleckheit zu verfallen.

Die Leute haben den vereinbarten Tarif gebrochen, sie haben sogar die Meister dazu zu verleiten gesucht, die Abmachungen mit der zusehenden Centralorganisation zu brechen. Streikbruch ist ehelos, raud müssen sie!

Streikbruch ist eine vorübergehende Erscheinung; nicht so leicht werden Sie mit dem Organisationsbruch fertig. Ich glaube, jeder, der sich im Dienst der Arbeitersache bewährt hat, eine Organisation in die Höhe zu bringen, sie so stark zu machen, daß sie es fertig bringt, die auf Eigennutz, auf selbstsüchtiger Raffgier beruhende

Accordarbeit zu beseitigen, verdient unsere sorgsamste Unterstützung, aber ganz entschieden nicht, daß die Arbeiterpartei mithilft, sie in Gefahr zu bringen. Die Gefahr beruht in der demagogischen Hege gegen den Verband. Man braucht ja nur das Material des Herrn Sach — Accordmaurer, wie er sich stolz nennt — gelesen zu haben, um einzusehen, daß die Kerle aus der Arbeiterpartei herausmüssen. Gegen die Macht der Unternehmer Frauenen wie eine gleich starke und fähigere Macht der Arbeiterorganisation, aber nicht — vergehen Sie den nicht ganz ästhetischen Ausdruck — naströpfelnde Organisationen. Mit Organisationen, die 30 Pfennig Beitrag monatlich erheben, kann man keine wirkungsvollen Kämpfe führen. Stolz erklären da die Accordmaurer: „Recht 80, sondern 10 Pfennige; außerdem finden freiwillige Sammlungen statt!“ Parteigenossen, wir haben glücklicherweise mit der Periode abgeschlossen, in der ein Reichstags-Abgeordneter auf einem Gewerkschaftskongress den Ausspruch thun konnte: „Wir müssen mit der verwerflichen Tendenz der höheren Beiträge brechen, wir müssen das Kaffeegeld abschaffen.“ Wir sind jetzt glücklicherweise so weit, daß wir uns das Kaffeegeld ganz ruhig gefallen lassen können; je schwerer es ist, desto besser für die Organisation! Aber die Accordmaurer möchten das Kaffeegeld beseitigen und uns wieder auf den Kassebeutel bringen. Es heißt da in ihrer Erklärung weiter — ich bitte auf das Demagogische zu achten:

Meiner Ansicht nach wird durch das fortwährende Steigern der Beiträge für die Gewerkschaften die Partei finanziell zurückgestellt. Hier in Hamburg ist es bis vor ca. fünf Jahren so luas gewesen: einen Jahrlatz wird für die Partei, den folgenden für die Gewerkschaft gesammelt. So wurde es auch während des Ausnahmezustandes gehandhabt; jetzt sind die Sammlungen auf der Parteiseite für die Partei vollständig fortgefallen, es existiert dort nur die Gewerkschaft. Die Arbeiterorganisation hatte es im Jahre 1898 sogar durch Verammlungsbeschluss so weit gebracht, daß überhaupt gar nicht für die Partei gesammelt werden durfte, — achten Sie, bitte, darauf, Parteigenossen! — diese sollte von der Gewerkschaft nach Gutdünken ihr Teil abgeben. Einer solchen Bau-Ordnung stimmten die Maurer Hamburgs zu, aber warum? Dieser Antrag kam vom Vorstand der Maurer.

Nun muß man wissen, daß Maurer keine Philanthropen, sondern arme Arbeiter sind und daß die Frauen in ihrem Unverständnis lieber sehen, wenn die Männer keine Beiträge zahlen. Jetzt kommen die Accordmaurer und sagen, der Verband erhebe die Beiträge nur deshalb, damit er bezahlte Beamte unterhalten kann! Beim Bau Dahl hat man gesagt, kommt in unsere Organisation, dann darfst du arbeiten und brauchst nur 50 Pfennig pro Monat zu zahlen. Wie ist es eine gemeinere Abtreibung von Mitgliedern? Und eine solche Gesellschaft wollen Sie unterstützen, die in einer solchen Weise Stellung nimmt gegen die Arbeiterorganisation? Wir zahlen Beiträge für die im wirtschaftlichen Kampf stehende gewerkschaftliche Organisation; wir sind aber immer geübt gewesen, daß auch für unsere Mutter, für die Partei, ein Eisenstein und zwar ein nicht zu kleines abfällt: früher, als das Kind noch nicht auf eigenen Füßen stehen konnte, erhielt die Mutter ja alles. Nun gehen die Accordmaurer mit der Lüge freiben und scheuen sich nicht, es dem Parteitag sogar gedruckt vorzulegen, daß die Verbandsmaurer nicht mehr für die Partei sammeln wollen. Wie liegt die Sache? Die Verbandsmaurer sammeln, um den Drallebergern entgegenzutreten, den Leuten, die sagen: „Ist best all geben, nur ged ich noch mal!“, alles in einen Fonds und davon geben sie die Hälfte für den Verband, und als Parteigenossen, die sie ja meist sind, die Hälfte für die Partei.

Singer erwidert die Rednerin, zu schließen, da ihre Redezeit abgelaufen ist.

Frau Steinbach: Dann hoffe ich, daß Bömelburg in seinem Schlusswort die Sache noch richtig stellt. Ich hoffe, daß Sie unter Erwägung aller Umstände uns den Kampf nicht nur in Hamburg, sondern in ganz Deutschland den einheitlichen Klassenkampf der Gewerkschaften und der Partei nicht unsagbar erschweren. Geben Sie den von den sachlich unterrichteten Schiedsrichtern und Controleuren gefällten Schiedspruch auf, oder stimmen Sie zum wenigsten für den Antrag 113, dessen Unterstützung ein paar Genossen insofern der Drahtzieheri Aners zurückgezogen haben. Ich weiß nicht, wie sie mit dieser salomonischen Entscheidung vor ihren Wählern bestehen werden. Ich bitte Sie, heben Sie den Schiedspruch auf, verweisen Sie die Sache an uns nach Hamburg zurück, zum mindesten aber heben Sie die Begründung auf. Wir werden auch in Zukunft nicht mit der Rückseite Front machen, sondern immer Auge in Auge selbst Kuer gegenüberstehen. (Beifall.)

Singer: Es ist ein Amendement zum Antrag 114 eingegangen (Antrag 116): Den Absatz 4 zu streichen und dafür zu setzen:

„Der Parteitag spricht die Ueberzeugung aus, daß die schiedsrichterlichen Instanzen bei ihrem Votum sich von der ethischen Abficht haben leiten lassen, Recht zu finden und Recht zu sprechen. Es wird rücksichtlich der Reueheit des Falles anerkannt, daß diesen Instanzen aus ihrem Votum ein Vorwurf nicht zu machen ist.“

Legen: Stänigal, R. Seifert, Besmeier, Rich. Weher, Stadtmann, Friedrich-Darmstadt, G. F. W. Deutsch, G. Schneider, G. Jhrer, G. Silberkamdt, Ruge, Ebert, W. Klotz, J. Jacobson, G. Klingenhagen, G. Stolpe, Eberle, Harm, J. Efflinge, G. Thöne, Frohme, Toelge.

Singer: Entsprechend dem von Mitgliedern des Parteitages geäußerten Wunsche ist es wohl richtig, daß wir auch für den Antrag 102, der gleichfalls eine andere principielle Auffassung vertritt, eine Begründung mit der 20 Minuten-Rede zulassen; es ist das der Antrag von Bernstein. (Zustimmung.)

(Schluß im Hauptblatt.)

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

23. Sitzung vom Donnerstag, den 26. September, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhand eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Eine große Zahl von Rechnungen aus den Etatsjahren 1897 bis 1899 wird auf Grund der Anträge des Rechnungsausschusses von der Versammlung beschwert.

Ueber die Verhandlungen des Wahlprüfungsausschusses betr. die gegen die

Gemeindevählerlisten

erhobenen Einsprüche berichtet Stadt. Hugo Sachs. Von den 83 Einsprüchen sind 2 hinfällig, da die betr. Reklamanten in der Liste stehen; 17 Proteste sollen als unbegründet zurückgewiesen, 11 als berechtigt anerkannt werden. In 3 Fällen erachtet der Ausschuss noch weitere Erhebungen für notwendig. Der Reklamant Jermann hat angegeben, er zahle 12 M. Steuern, während die Auskunft des Steuerbüros aus 2,40 M. lautet; der Reklamant Stodmar ist im IV. Quartal 1900 wegen Ableistung einer militärischen Uebung für 2 Monate steuerfrei gewesen und soll für den dritten Monat (Steuerbetrag 75 Pf.) steuerlos exekutiert worden sein; im dritten Fall ist der Einspruch nach Ansicht des Ausschusses nicht verpätet, dagegen sei über die Richtigkeit der Meldung als Schlafsuche noch zu recherchieren.

Was die abzuweisenden Proteste betrifft, so hat sich die Ausschussmehrheit entgegen den Veranlassungsbeschlüssen vom 10. August 1899 dreimal auf den vom Ober-Verwaltungsgericht vertretenen Standpunkt gestellt, daß 1. nur solche Personen das Wahlrecht besitzen und in die Liste aufzunehmen sind, die schon zur Zeit der Auslegung der Liste, d. h. am 15. Juli, sich mindestens ein Jahr in Berlin befinden; 2. daß auch das zur Wahl berechtigende Alter von 24 Jahren zur Zeit der Auslegung bereits erreicht sein muß.

Nach den inzwischen angestellten Recherchen haben sich Gründe für die Verächtlichung der Proteste Jermann und Stodmar nicht ergeben; dagegen wäre der Beschwerde des dritten der oben erwähnten Reklamanten stattzugeben, da derselbe als Chambregarnist zu betrachten ist.

Die Erledigung des Gegenstandes wird um 6 Uhr durch die Vorahme der

Wahl eines unbefordeten Stadtrats

unterbrochen. Gewählt wird Stadt. Handelsrichter Emil Behrke mit 73 von 96 Stimmen. 1 Stimme erhält Stadt. Jylicz, 17 Zettel sind unbeschrieben.

In den vorerwähnten Ausschussbeschlüssen bemerkt Stadt. Ewald (So.): In einem Falle ist der erhobene Protest berücksichtigt worden, weil der Betreffende sich kurze Zeit in dem Sanatorium Gütergog befunden hat und diese Abwesenheit nicht als Unterbrechung seines Aufenthalts in Berlin anzusehen sei. Ganz analog liegt ein Fall, der einen geborenen Berliner betrifft, der sich kurze Zeit in der Heilanstalt am Grabowsee befunden hat. Ich beantrage die Aufnahme dieses Reklamanten in die Wählerliste.

Da der Referent darauf hinweist, daß der Betreffende für diese Zeit auch keine Steuern gezahlt hat, wird auf Antrag Ewald der betreffende Fall zur eruchten Prüfung an den Ausschuss zurückverwiesen; im übrigen beschließt die Versammlung nach den Ausschussanträgen.

Den Magistratsantrag, für die Südseite der

Alten Jakobstraße

zwischen Sebastian- und Dredenerstraße eine neue Fluchtlinie mit einer Straßenbreite von 18 Meter festzusetzen, hat der betr. Sonderausschuss nach eingehender Erörterung abgelehnt und dafür vorgeschlagen, den Magistrat um eine anderweitige Vorlage zu ersuchen, welche die Verbreiterung der Straße auf der Strecke von der Ritter- bis zur Dredenerstraße bis zu ca. 10 Meter ermöglicht.

Stadt. Ballach (A. L.) beantragt und befürwortet die unbedingte Annahme des Magistratsvorschlages. Für die Strecke von der Stallreiber- zur Dranienstraße sei ja erst im vorigen Jahre eine neue Fluchtlinie zur Verbreiterung auf 10,50 Meter beschlossen worden.

Stadt. Reutel (A. L.) schließt sich, obwohl er im Ausschusse anderer Meinung gewesen, heute dem Antrag Ballach an.

Die Mehrheit nimmt nach diesem Antrage die Vorlage unbedingte an.

Den Verkauf der dem Gasanstaltsterrain im Köpenicker Forst auf der Halbinsel am Wilhelmshof an der Oberspreew vorgelegerten Parzellen von der Maschinenbau-Anstalt Grob u. Co. zu Leipzig-Eutritzsch für 380 080 M. hat der niedergesetzte Ausschuss gut geheißen. Die Versammlung stimmt ohne Debatte zu.

Das Ortsstatut betreffend die

Krankenversicherung der Handgewerbetreibenden

ist vom Oberpräsidenten genehmigt, zugleich aber die von uns bereits beleuchtete Anregung gegeben worden, welcher der Magistrat durch die folgende neue Fassung des Art. III Abs. 3 Satz 3 des Statuts gerecht zu werden gedenkt:

„Unterliegt der unmittelbare Arbeitgeber selbst der Versicherungspflicht oder vermittelt er die Beschäftigung von Handgewerbetreibenden als Zwischenperson (Ausgeber, Faktor, Zwischenmeister usw.), ohne zur Gewerbesteuer veranlagt zu sein, so hat die Beiträge und Eintrittsgelder für alle von ihm beschäftigten versicherungspflichtigen Personen, sowohl für die Handgewerbetreibenden, als auch für die unselbständigen Arbeiter, derjenige an die zuständige Kasse zu zahlen, für dessen Geschäftsbetrieb dieselben durch ihn (den unmittelbaren Arbeitgeber) beschäftigt werden oder in dessen Auftrag die Zwischenmeister die Waren herstellen oder bearbeiten lassen.“

Das Inkrafttreten des Ortsstatuts soll bis zum 1. Januar 1902 hinausgeschoben werden.

Ohne Diskussion tritt die Versammlung den Magistratsvorschlagen bei.

Von den Griechenowischen Erben soll eine 5000 bis 5500 Quadratmeter große, an der Straße 18 B, Abt. XII, des Bebauungsplans, belegene Grundstücksfläche zu Gemeindefulzwecken für 21 M. pro Quadratmeter erworben werden.

Dem Eigentümer des Grundstücks Siegmundhof 11 soll eine Entschädigung von noch 44 500 M. für die ihm durch die Höherlegung der Straße erwachsenen Nachteile gewährt werden. Beide Vorlagen gelangen ohne weiteres zur Annahme.

Die Vorlage wegen Räumung des Steindepotplatzes auf dem Brunnenplatz und Errichtung eines Erfindungsdepots an der Ecke der Seefstraße und des Nordufers geht auf Antrag Parth an einen Ausschuss.

Der Verkauf des städtischen Grundstücks Alte Jakobstraße 112 an den Reichsdruckerei zur Erweiterung der Reichsdruckerei für 385 000 M. genehmigt die Versammlung. Schluß 7 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Ueber die Arbeiterbewegung in Oesterreich wird unser Parteigenosse Dr. E. Vernerstorfer auf der Rückreise von Lärak am Dienstag in einer vom zweiten Wahlkreise nach dem „Vod“ einberufenen Volksversammlung einen Vortrag halten. Wir bitten, für zahlreichen Besuch agitierten zu wollen.

Die Vertrauensleute.

Im dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis liegen Petitionslisten gegen den Drotwader an folgenden Stellen zur Einreichung an: Gaskirke: Kinkel, Kottbuserstr. 67, Schieber, Admiralstraße 21, Köhler, Admiralstraße 19, Heim, Bräuerstraße 7, Schönmann, Stallgerstraße 7, Jenisch, Elisabethufer 26, Mangel, Dredenerstraße 18, Krüger, Raumstraße 64, Jild, Simeonstr. 23, Vier, Alte Jakobstraße 119, Jacharovskij, Brandenburgstraße 49, Stramm, Ritterstraße 123, Ladewig, Kommandantenstraße 65, Kahlke, Neue Jakobstr. 1, Leudner, Franz- und Jolefstraßen Ecke, Jestrann, Sebastianstr. 77, Ww. Wipf, Krügerstr. 73, Beudert, Köpenickerstr. 38, Biebertstein, Waldbergstr. 61, Richter, Franzstr. 1, Franke, Neue Grünstr. 39/40, Eichwitt, Sendelstr. 11, Cigarettenhandlungen: W. Börner, Ritterstr. 15, Löbe, Waldemarstr. 29, Ehler u. Rood, Sebastianstr. 24, Ede, Alexanderbrunnstraße, Horst, Gewerkschaftshaus, Engelauer 16, Reicha, Engelauer, Ede, Waldbergstraße.

Parteigenossen des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises. Von verschiedenen Seiten ist uns die Mitteilung zugegangen, daß ein großer Teil der anlässlich der Beratung des Organisationsstatuts in der Minderheit gebliebenen Genossen der Schönhauser Vorstadt beabsichtigen, heute abend im Prater, Kastanien-Allee 7-9, eine Sonderorganisation zu gründen. Wir richten das dringende Ersuchen an unsere Genossen in der Schönhauser Vorstadt, die in den Versammlungen durch ihre Diskussionsredner ihr Wort verstanden, unter keinen Umständen sich abzusondern, dafür zu wirken, daß die Einheitlichkeit und Schlagfertigkeit, die bisher der Stolz der Genossen des 6. Wahlkreises war, aufrecht erhalten bleibt zum Nutzen der Partei und zum Schaden unsrer Gegner.

Der Vorstand des Wahlvereins für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Socialdemokratischer Wahlverein Nieder-Schöneweide. Morgen, Sonnabend, ist bei Franz, Grünauerstraße 5, Mitglieder-Versammlung.

Tokales.

Der Teltower Landrat

hat an den Vorbeeren, die er mit seinem ersten Erlaß an die Schöneberger Ortskrankenkasse erlangen hat, noch nicht genug; er hat interim 17. September wieder an den Apotheker in ein Schreiben gerichtet, in welchem er die Apotheker ersucht, den Wit-

gliedern der Ortskrankenkasse Schöneberg wieder Arznei auf Kredit zu gewähren, unter der Bedingung, daß die Schöneberger Kasse keine Sperre gegen einige Apotheken ausübt, daß sie auch keinen Rezepturrabatt erhält. Der Herr Landrat macht sich anheißig, falls der Apothekerverein hiermit einverstanden ist, die Schöneberger Ortskrankenkasse zu einem entsprechenden Antrage an die „vereinigten Apotheker“ zu veranlassen.

Auch dieser Eingriff des Landrats v. Stubenrauch muß die Apotheker in ihrem Widerstande gegen die berechtigten Forderungen der Krankenkassen bestärken und bedeutet so für die Kassen eine abermalige Erschwerung ihrer Bemühungen, durch Erlangung günstiger Arzneibezugsbedingungen die Finanzen der Kassen zu verbessern und so ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Ferner ist dieser Eingriff dem ersten Erfolg auch insofern ähnlich, als auch eine rechtliche Grundlage mehr als zweifelhaft ist. Insbesondere ist ganz unerfindlich, wie der Herr Landrat den Kassen vorstand zu einem solchen Antrage „veranlassen“ will, da freiwillig der Kassenvorstand einen solchen Antrag wohl kaum stellen wird. Jedenfalls aber macht dieser neue Eingriff des Herrn Landrats es allen Kassenmitgliedern um so mehr zur Pflicht, die Kassen in ihrem Vorgehen in jeder Weise zu unterstützen. Die Arbeiter sind es ja längst gewöhnt, daß sie auch bei jeder rein wirtschaftlichen Bewegung nicht allein auf den Widerstand der kapitalistischen Unternehmer, sondern auch auf den der Behörden stoßen. Der Herr Landrat v. Stubenrauch will augenscheinlich den Beweis bringen, daß das nicht allein bei Lohnbewegungen so ist, sondern auch hier, wo es sich darum handelt, für die staatlichen Organisationen der Arbeiterschaft, die Krankenkassen, einen wirtschaftlichen Vorteil zu erringen. Wohl: die Arbeiterschaft wird wissen, was sie hiergegen zu thun hat. Sie wird um so fester zusammenstehen, sie wird um so energischer daran festhalten, die freigegebenen Medikamente nur aus Drogengeschäften zu beziehen, und sonst nur die zugelassenen Apotheken in Anspruch zu nehmen.

An die Kassenmitglieder in Schöneberg, Friedenau und den angrenzenden Teilen Berlins und Charlottenburg ergreift aber noch die besondere Bitte, nicht-eilige Rezepte nicht in die Apotheke zu tragen, sondern im Bureau der Ortskrankenkasse Schöneberg, Hauptstr. 8, oder bei Herrn Winkler, Friedenauer Ortsteil, Hauptstr. 15, abzugeben. Es werden dann die Medikamente aus der Apotheke zum Vorrat in Potsdam bezogen und den betreffenden Kassenmitgliedern binnen 3 oder 4 Stunden gratis ins Haus geliefert. So ersparen die betreffenden Mitglieder die Mühe des Wartens in der Apotheke, bzw. eines abermaligen Ganges dorthin, die Kassen sparen Geld, da die Potsdamer Apotheke ohne weiteres einen Rabatt von 20% gewährt hat und andererseits werden die Berlin-Schöneberger Apotheker so am wirksamsten für ihren hartnäckigen und eigensüchtigen Widerstand gegen die berechtigten Forderungen der Krankenkassen gestraft!

Mißstände auf dem Brett. Zum Kampf um erträgliche Existenzbedingungen wollen sich nimmere dem Anschein nach auch die in der „Internationalen Artisten-Lige“ organisierten Leute von der Variétébühne rüsten. Ihre Forderung besteht vor allem darin: „Der Direktor soll die engagierten Artisten während der kontraktlich vereinbarten Zeit auftreten lassen und die vereinbarte Gage zahlen. Er soll nicht, wie bisher, sich das einseitige Recht zusprechen, den Kontrakt in den ersten drei Tagen ohne weiteres zu lösen.“ Dieses Recht der einseitigen Kündigung hatte für die Artisten sehr traurige Konsequenzen. Sie waren bei einer hohen Konventionstrafe gezwungen, rechtzeitig zum Antritt ihres Engagements einzutreffen und sich nicht anderweitig zu binden. Nachts nun der Direktor von seinem Kündigungsrecht Gebrauch, so konnte der Artist zusehen, was aus ihm wurde. Wäre der Kündigungsparagraph nur in wirklich berechtigten Fällen in Anwendung gebracht worden, so wäre, wie die Artisten mitteilen, die Lige vielleicht gar nicht entstanden. Aber es hatte sich mit der Zeit namentlich bei Direktoren in der Provinz die Gewissenhaftigkeit gebildet, immer mehr Artisten zu engagieren, als sie für ihr Programm brauchen konnten, um sich alsdann die vorteilhaftesten Nummern zu behalten, und die andern auf Grund des obigen Paragraphen einfach zu entlassen. Eine Anzahl gewissenloser Direktoren benutzte auch die Leichtgläubigkeit, mit der sie die Artisten kündigten, dazu, um die durch die plötzliche Entlassung in Verlegenheit gebrachten Artisten sofort mit neuem Kontrakt für die ursprünglich vereinbarte Zeit, aber mit erheblich verminderten Sagen, zu behalten. Diese unlauteren Machenschaften zu belämpfen ist die vorläufige Aufgabe der Internationalen Artisten-Lige.

Vom Gemeinsein der Hausbesitzer. Die gemischte Deputation zur Vorbereitung der Pläne über Errichtung eines Nordparks auf den Rehbergen tagte gestern unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungsrats Stadtrat Friedel. Der Deputation lag das sogenannte Projekt eines kleinen Nordparks vor, nach dem der Plan eines großen Nordparks an den übertriebenen Forderungen der beteiligten Grundbesitzer geknüpft ist. Wie aus den Erörterungen über den Plan eines kleinen Nordparks hervorging, droht auch dieser Plan an den Forderungen der beteiligten Grundbesitzer zu scheitern. Der Magistrat und die Stadtverordneten werden ihre Zustimmung zu den Plänen nur geben, wenn die Beteiligten ihre Forderungen wesentlich ermäßigen. Einige Mitglieder der Deputation wollen nun nochmals versuchen, eine Mäßigung der Forderungen zu bewirken, andernfalls kann der Plan der Errichtung eines kleinen Nordparks als endgültig gescheitert gelten.

Der Ausschuh zur Neugestaltung der Strahe Unter den Linden wird am Freitagabend zusammenzutreten. Das vorliegende vom Stadtbaurat Krause ausgearbeitete Projekt, dessen Kosten auf eine Million Mark veranschlagt worden sind, liegt dem Ausschuh vor. Der Kommunalrat hat hier wiederum Gelegenheit, zu zeigen, daß er der Behandlung in der Straßenbahnfrage zum Trotz konstant bis in die Knochen ist.

Eine gewagte Demonstration hat eine Versammlung der Inhaber von Markthallen in London beschlossen, um den Magistrat zu Verbesserungen in den Markthallen und zum Kampfe gegen den Straßenhandel zu zwingen. Es wurde eine Resolution folgenden Inhalts angenommen: „Die verammelten Standinhaber fordern vom Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung, daß sie nicht durch Protektion des Straßenhandels die Standinhaber sowie alle schaffenden Gewerbetreibenden schädigen, sondern bedingungslos der geplanten Polizeiverordnung zustimmen. Sie verlangen ferner vom Magistrat eine bindende Erklärung, daß er den gerügten Missständen abhelfen wolle, widrigenfalls durch Massenandrängen die Schließung der städtischen Markthallen herbeigeführt und die öffentlichen Märkte wieder hergestellt werden sollen.“

Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß der Referent in der Versammlung, ein Herr Bösch, in seiner mittelhändredirenden Rede mit der Behauptung agierte, die Gewerbedeputation habe sich in der Frage des Straßenhandels durch die blasse Furcht vor der Sozialdemokratie zu ihrer ablehnenden Haltung bestimmen lassen.

Für den Krankentransport auf den Eisenbahnen hat die Staatsbahnverwaltung eine Erleichterung geschaffen. Bisher mußten die mit Tragbahnen u. ausgearüsteten Krankenträger, die einen Kranken oder Verletzten vom Eisenbahnzuge abholen wollten, wie jede andre Person Bahnsteigkarten lösen, wodurch oft eine unliebsame Verzögerung eintrat. Jetzt ist die Bestimmung getroffen worden, daß in allen Fällen, wo Kranke oder Verletzte nach und von den Zügen transportiert werden sollen, das Wartepersonal von der Lösung von Bahnsteigkarten entbunden ist. Und da fage noch einer, im Reiche des Herrn Thielen sei die Humanität ein unbekannter Begriff.

Zahlungsdrückung einer hiesigen Damenschneidfabrik. Die Frau S. Reimann, Lindenstraße 28, Inhaberin des dortigen Schneiderei-Geschäfts, befindet sich, wie die Zeitschrift „Deutsche Konfektion“ mitteilt, in Zahlungsschwierigkeiten. Die Passiva betragen 125 000 M., denen 68 000 M. Aktiva gegenüberstehen. Beteiligt sind hauptsächlich Berliner Stofffabrikanten und Großhändler. Die Firma beabsichtigt, ihren Gläubigern Liquidation vorzuschlagen.

Der Komiker Oskar Wenke, eines der berühmtesten Mitglieder des alten Ballner-Theaters, ist gestern im jüdischen Krankenhaus an Herzschwäche gestorben.

Zum Milchriege. Die vereinigten Milchhändler Berlins verbreiten ein an die Hausfrauen gerichtetes Flugblatt, worin sie zum Wohlstand der Milch aus der Centrale auffordern. — Ebenso tritt der Verband der deutschen Gewerksvereine mit einem Flugblatt gleicher Tendenz hervor. — Der freie Verein für Naturschutz in Charlottenburg verpflichtet seine Mitglieder zum Wohlstand der Milch. — Die Milchhändler bringen von jetzt an in den Kühlräumen der Eiswerke in der Trebbinerstraße massenhaft Milch unter. Die Milch gefriert dort bei der Temperatur von 3—7 Grad und erhält sich völlig frisch.

Berliner Adressbuch 1902. Die Hauslisten für den Jahrgang 1902 des Adressbuchs für Berlin und seine Vororte sind nunmehr den Hauseigentümern bzw. Verwaltern zur Verteilung an die Haushaltungsvorstände zugegangen. Im Interesse der Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Eintragungen ist es dringend geboten, daß die Haushaltungsvorstände die Listen persönlich ausfüllen. Nur dadurch werden genaue Schreibweise des Namens verbürgt und Wünsche der Eintragenden (betr. Zufüge zur Berufs- oder Standesbezeichnung, Angabe der Sprechstunde usw.) bekannt, so daß sie von der Adressbuch-Redaktion berücksichtigt werden können. Die Abholung der Hauslisten beginnt bereits am Donnerstag, 3. Oktober. Es ist daher erforderlich, daß die Ausfüllung der Listen möglichst sofort geschieht. Näheres erfahren unsere Leser aus dem betreffenden Inserat in der heutigen Nummer.

Der hypnotisierte Geistesranke. Ein aus der Irrenanstalt entsprungener Geistesranke, der 24 Jahre alte Arbeiter Max Bartel aus der Provinzstraße 107 zu Reinickendorf, verursachte in der vergangenen Nacht zwischen 11 und 12 Uhr in der Badstraße einen großen Anlauf. Bartel war seit einem halben Jahre in Dalldorf. Nachdem er vor drei Tagen entsprungen war, lief er gestern abend, nur mit Hemd und Hose bekleidet, in der Badstraße umher und suchte wirre Reden. Nur mit Mühe gelang es einigen Schenklingen, ihn nach der nächsten Anfallstation zu bringen. Hier ereignete sich ein Zwischenfall. Ein Mann aus dem Publikum sprach den Unglücklichen mit den Worten: „Max, komm wir wollen nach Hause gehen!“ an und begann, ihn zu hypnotisieren. Die Wirkung stellte sich bald ein. Als der Arzt das Gegebenen wahrnahm, verwies er den Hypnotiseur von der Wache. Der Kranke, der mit einem Pfälzer Rettungswagen nach der Neuen Charité gebracht wurde, kam erst nach geraumer Zeit in seinen früheren Zustand zurück.

Selbstmord verübt hat der 49 Jahre alte Banarbeiter Otto Druschke aus der Hübnerstraße Nr. 2, der sich seit acht Tagen in Unterzuchungshaft befand. Druschke lebte mit seiner Frau seit 26 Jahren in unglücklicher Ehe. Nach häufigen Streitigkeiten drohte er sie zuletzt wiederholt mit dem Tode. Nach einem heftigen Auftritt verließ er am Donnerstag voriger Woche seine Wohnung, kaufte sich einen Revolver und kehrte mit der geladenen Waffe zurück. Nachdem er einen Schuß auf seine Frau abgegeben hatte, ohne sie zu treffen, holten Hausgenossen der Bedrohten Schutzmänner und Kriminalbeamte, die den Mann festnahmen, bevor er Unheil angerichtet hätte. Druschke wurde von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter zugeführt und wegen verlustigen Gattenmordes in Haft behalten. Im Untersuchungsgefängnis in Roabit machte er seinem Leben ein Ende, indem er sich in seiner Zelle erhängte.

Die flüchtigen Bankiers dürsten in der Berliner Lokalchronik bald häufiger werden als die ungesessenen Droschkenpferde. Der neueste Bankier auf Reisen ist ein Herr Karl Rothschild, der seit etwa einem Jahre in der Spandauerstraße 44 ein kleines Bankgeschäft betrieb. R., ein ehemaliger Bankbeamter, mietete, ohne irgend welche pekuniären Mittel zu besitzen, in dem erwähnten Hause einen kleinen Laden, und ließ die innere Einrichtung des Geschäftes auf Kredit anfertigen, ja selbst das große Firmenschild mit der Aufschrift „Bankhaus Karl Rothschild“ ist unbegahlt geblieben. Rothschild, welcher wohl hoffte, daß bei der günstigen Lage seines Geschäftshauses inmitten der City Berlins die Kundschaft sich sofort nach seinem Institut drängen werde, wurde jedoch bald enttäuscht, und so suchte er sich veranlaßt, um möglichst viel Geld in die Finger zu bekommen, Escompte- und Discount-Geschäfte anzuführen. Er verkehrte sich so auch hauptsächlich abmählich einen kleinen Kundenkreis und, da Rothschild anfänglich prompt regulierte, so wurden ihm bald größere Geschäftswechsel zum Disconto anvertraut. Nimmere versuchte der Bankier durch Wörtenspekulationen sich weitere Geldmittel zu verschaffen, erlitt jedoch hierbei derartige Coursverluste, daß er seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte. Rothschild entließ nun sein „Personal“, welches in einem jungen Mann bestand, und machte Kellnerwechsel, die er auch mit Erfolg unterbrachte. Bald erschien nun der Gerichtsvollzieher, der dann zu den ständigen Besuchern des Bankhauses gehörte und das Mobiliar desselben nach der Pfandkammer in der Neuen Schönhauserstraße bringen ließ. Am 12. d. Mts. trat Rothschild eine Geschäftsreise an und betraute für die Zeit seiner Abwesenheit seinen Kassenbuden B. mit der Leitung des Bankhauses. Da der Bankier bisher noch nicht zurückgekehrt, seine Frau und die beiden Kinder aber ebenfalls vermisst sind, so wird angenommen, daß Rothschild nach Amerika geflüchtet ist. Die Höhe der hinterlassenen Schulden ist noch nicht festgestellt, dürfte jedoch weit über 100 000 M. betragen.

Feuerbericht. Ein Schadenfeuer kam Donnerstagfrüh 4 1/2 Uhr in einer Metalldruckerei am Luisen-Ufer 8 aus nicht ermittelter Ursache aus und beschäftigte die Wehr längere Zeit. Mittwochsabend 6 Uhr entstand Dresdenstr. 109 ein Zimmerbrand, bei dessen Ablösungsversuchen sich der Wohnungsinhaber starke Brandwunden zuzog. Kurz darauf wurden Calvinsstr. 14 in einem Mädchenzimmer Regale mit Wäsche und Kleidern eingestürzt. Neue Jakobstr. 8 hatten in der Nähe des Schornsteins Bretter und Immobilien Feuer gefangen, das indes noch im Keime erstickt werden konnte.

Aus den Nachbarorten. Eine Denkschrift über die Annahme der Städteordnung durch die Landgemeinde Neu-Weihensee ist schon von dem dortigen Gemeindevorstand herausgegeben worden. Nach einem historischen Rückblick auf die Entstehung des Ortes sowie der später neugebildeten Gemeinde Neu-Weihensee wird statistisch nachzuweisen versucht, daß diese Gemeinde weit über den Rahmen einer Landgemeinde hinausgewachsen ist und schon jetzt mit einer solchen nichts weiter als die Gemeindeverfassung gemein hat. Außerdem werden aber in der Denkschrift noch eine Menge andere Gründe aufgeführt, von denen nur sehr wenige Gemeindeglieder behaupten werden, daß sie zureichend sind. So wird die Unzulänglichkeit der Landgemeindeverfassung damit begründet, daß es dem Gemeindevorsteher an genügenden Garantien zur Ausübung des Disciplinarstrafrechts mangelt. Dieser Grund erscheint für die hier vorliegende Frage denn doch allzu gesucht, und wenn man sich die heute schon zu beobachtende Abhängigkeit der Beamten betrachtet, als geeignet, das „Schielen nach oben“ zu stehender Einwirkung zu machen. Die Ansicht, daß Zwang und Straandrohung notwendig sind, die Beamten zur Pflichterfüllung anzuhalten, steht in argem Kontrast zum vielgerühmten Pflichtgefühl der preussischen Beamten.

Die wenigen minimalen Verbesserungen, welche die Landgemeinde-Ordnung gegenüber der Städte-Ordnung hinsichtlich des Wahlrechts und der Wählbarkeit aufweist, sind den Vätern der Denkschrift ein Dorn im Auge. „Als Grundbesitzer haben sogar Frauen und nicht selbständige Personen das Wahlrecht. . . Von ihnen ist eine wohlüberlegte Ausübung des Wahlrechts nicht zu erwarten.“ Diese Ausführungen stehen, wenn man sich nicht gerade auf den Standpunkt eines in seinen Vorrechten bedrohten „Ball-

bürger“ stellt, mit der Praxis in krassem Widerspruch. Das Streben nach Aufrechterhaltung von Vor- und Sonderrechten ist diesen Herren aber so sehr zur zweiten Natur geworden, daß andre minderbemittelte Klassen der Bevölkerung als „Schuld“ bezeichnet werden, das Streben der Arbeiterklasse nach Gleichberechtigung als frivole Annahme betrachtet wird.

Ein Doppel-Selbstmord, welchen Großvater und Enkelin ausführten, hat in der Gegend von Straußberg großes Aufsehen hervorgerufen. Der 70 jährige Rentier Friedrich Kack war Besitzer eines Bauerngutes in dem Dorfe Wesendahl gewesen und trat vor mehreren Jahren das Gut an Verwandte ab, sich nur das Mientelrecht vorbehaltend. Vorübergehend wohnte er in Straußberg, zog jedoch nach dem vor einem Jahre erfolgten Tode seiner Frau endgültig wieder nach Wesendahl, wo seine Enkelin, die zwanzigjährige Martha Preiß ihm die Wirtschaft führte. Vor einigen Wochen verbreitete sich in Wesendahl das Gerücht, daß die P. Mutter geworden sei und das Kind geüdt habe. Es wurde eine amtliche Untersuchung eingeleitet, und das Mädchen legte ein teilweise Geständnis ab, verweigerte jedoch Auskunft über den Verbleib des Kindes. Die fortgesetzte Untersuchung führte jedoch in anderer Richtung zu einem überraschenden Resultat. Es wurde festgestellt, daß das junge Mädchen nicht bloß die Geliebte ihres Großvaters war, sondern, daß der letztere auch Vater eines vor drei Jahren geborenen Kindes der P. sei. Nimmere sollten die beiden verhaftet werden. Sie verschwanden jedoch aus Wesendahl, und die Nachforschungen nach ihrem Verbleib waren resultatlos. Vorgestern wurden Großvater und Enkelin im Straußsee als Leichen aufgefunden. Sie hatten sich mit einem Taschentuch an den Armen zusammengewunden und waren so gemeinsam in den Tod gegangen.

Eine entsetzliche Bluttat ist gestern früh in Raderdorf von einer geisteskranken Arbeiterin verübt worden. Die Frau, die seit einiger Zeit ein sehr schwermütiges Wesen zeigte, erhielt den Besuch des Rentiers Döschow, der ihr Mut zusprechen wollte; sie glaubte jedoch, daß man sie in eine Anstalt bringen wollte, ergriff deshalb ein Messer und verwundete den alten Mann so schwer, daß er nach kurzer Zeit starb.

Ein Zusammenstoß zwischen der Elektrischen und einem Bierwagen fand gestern nachmittag in Halensee statt. Der Bierwagen wurde vollständig demoliert. Der Kutscher erlitt schwere Kopfverletzungen.

Gerichts-Beitrag.

Der „Prinz Antonio, Herzog von Ciano“ hatte sich gestern wegen der in Charlottenburg begangenen Schwindelthat, über die wir mehrfach berichtet haben, vor der ersten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Der „Herzog“ ist früher Fabrikarbeiter gewesen und dann Bademeister geworden; sein richtiger Name ist Anton Pfleger. Er war des vollendeten Betruges in zwei und des versuchten Betruges in vier Fällen beschuldigt. Nach erfolgter Beweisaufnahme wurde der falsche Prinz und Herzog zu einem Jahr Gefängnis wegen der Betrugsfälle und außerdem wegen Spielens in einer auswärtigen Lotterie zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt.

Mit Recht hob der Verteidiger zur Entschuldigung des Angeklagten hervor, daß dieser bei seinem gänzlichen Mangel an Schluß und Bildung nicht seine Opfer hätte betören können, wenn es nicht immer noch Thoren und Thorinnen gebe, die vor einem adligen Namen einen heillosen Respekt hätten.

Die Strafkammer in Sorau verurteilte den 71 Jahre alten Förster Rieth aus Ragdorf wegen schuldhafter Tötung zu vier Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte die der Rehbockpflanze die zwölfjährige Tochter des Gärtners Loge aus Brindorf, die er in der Dämmerung für einen Rehbock hielt, niedergeschossen.

Versammlungen.

Eine Versammlung des Wahlvereins für den dritten Wahlkreis fand am Dienstag im „Dresdener Kasino“ statt. Genosse Victor Bräunli hielt einen interessanten Vortrag über den Katholikentag in Osnabrück. Auf Grundlage der Berichte der „Germania“ über die letzte große Parade des Ultramontanismus übte der Referent eine scharfe Kritik an den dort gehaltenen Reden und zeigte, wie dort mit Lügen, Fälschungen und Verdrehungen gegen die Aufklärung und für die Verbannung des Volkes gearbeitet wurde, und wie man es sich besonders angelegen sein ließ, in maßvoller Weise Gift und Geifer auf die Socialdemokratie zu speien. Bezugsnehmend auf die sogenannte Rationaltheologie de Liguoris und unter Hinweis auf die vielen Schandthaten und Verbrechen, von denen uns die Geschichte der Päpste berichtet, wies der Redner nach, wie es eigentlich mit der vielgepriesenen Moral des Katholizismus bestellt ist, und welches Unheil und Verderben der Merkantilismus schon über die Menschheit gebracht hat. Der Redner kam zu dem Schluß, daß nur eine Partei, die Socialdemokratie, im Stande ist, gegen die Macht der Dunkelmänner aufzukommen. — An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine rege Diskussion. Am Schluß forderte der Vorsitzende die Genossen auf, in Zukunft pünktlich zu erscheinen, damit die Versammlungen um 1/2 Uhr beginnen können.

Eine Versammlung von Konfektionsarbeitern und Arbeiterinnen tagte am 24. September im „Eutinmünder Gesellschaftshaus“. Genosse August Lätzer referierte über die christliche und die moderne Heimarbeiterrinnen-Bewegung. Redner schilderte die Entwicklung der Großkonfektion und die der Heimarbeit, legte deren Schäden bloß und wies nach, daß eine Verbesserung der jammervollen Zustände nur möglich sei, wenn die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen sich auf ihre eigene Kraft verlassen. Sie müßten sich einer Organisation zuwenden, die vor einem thätkräftigen Einschreiten im geeigneten Moment nicht zurückzubleibe. Da sie nun vor einiger Zeit unter dem Protektorat einer Gräfin ein Heimarbeiterrinnen-Verein gegründet worden, der dem Ideal einer Arbeitervereinerung absolut nicht entspreche. Es werde dort viel gebetet, außerdem gebe es Thee gratis. Die Gräfin wollten zwar angeblich die Lage der Mitglieder bessern, es fehle ihnen aber an Mut zum offenen Kampf. Man verlege sich aufs Bitten. Von einer grundsätzlichen Stellungnahme gegen die Heimarbeit sei in diesem Verein überhaupt nicht die Rede. Mit einer solchen Organisation sei nichts anzufangen. Redner betonte dann noch die Notwendigkeit des regelnden Eingreifens der Gesetzgebung und empfahl als Organisation, die wirklich den Dingen auf den Grund gehe, den Verband der Schneider und Schneiderinnen. Den beifällig aufgenommenen Ausführungen folgte eine kurze Debatte, in der unter anderem dem christlichen Gewerkeverein der Heimarbeiterrinnen jede Bedeutung abgesprochen wurde.

Vermischtes.

Wegen der Pestfälle in Neapel werden alle von Neapel kommenden Passagiere von den betreffenden italienischen Lokalbehörden einer siebenstägigen ärztlichen Beobachtung im Hause unterworfen. Auf dem Kirchhofe von Neapel wurde gestern eine verdächtige Leiche ausgegraben und bakteriologisch untersucht, wobei Bakterien nicht konstatiert wurden. Das Allgemeinbefinden der Pestkranken im Lazarett Risibbia ist ein den Umständen nach befriedigendes. Alle von Neapel abfahrenden Schiffe müssen mit einem Patent versehen sein und an der nächsten Landungsstelle ärztliche Visitation gewährleisten. Die Kleider des Schiffspersonals werden desinfiziert, die Mäuse mit Stigmas geüdt.

Der Typhus in Beterdurg. „Daily Express“ berichtet aus Beterdurg, eine schwere Typhusepidemie sei daselbst ausgebrochen. Augenblicklich liegen über 1500 Typhuskranken in den Spitälern.

